

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENTP R O T O K O L L

der

B o t s c h a f t e r t a g u n g 1965

(1.-3. September)

Inhaltsverzeichnis:

A. Regionalkonferenz "Arabische Welt"	Seite 1
B. Regionalkonferenz "Lateinamerika"	" 16
C. 1. Plenarsitzung	" 27
D. 2. Plenarsitzung	" 43
E. 3. Plenarsitzung	" 55

Beilagen:Referat von Herrn Bundesrat Wahlen:
"Die Stellung der Schweiz in der Welt"Referat von Herrn Botschafter Stopper
über die wirtschaftliche Stellung der SchweizReferat von Herrn Vizedirektor Bühler
über wirtschaftliche Probleme der arabischen Staaten

15.9.1965



An der diesjährigen Konferenz haben folgende
Botschafter teilgenommen:

Erwin Bernath, Kopenhagen
 Giovanni Bucher, Lagos **)
 Samuel Campiche, Rabat *)
 Jacques-Albert Cuttat, Athen * **)
 Pierre Dupont, Warschau
 Alfred Escher, Wien *)
 Beat von Fischer, London
 Werner Fuchss, Budapest
 Anton Roy Ganz, Moskau
 Friedrich Gygax, Stockholm *)
 Jean Humbert, Guatemala **)
 René Keller, Ankara, * **)
 Max König, Teheran *)
 Guido Lepori, Bukarest
 Arturo Marcionelli, Leopoldville
 Sigismond Marcuard, Algier *)
 Robert Maurice, Kairo *)
 René Naville, Lissabon
 Jean-Louis Pahud, Brüssel
 Jean de Rham, Tokio
 Agostino Soldati, Paris
 Sven Stiner, Santiago **)
 Jean de Stoutz, Tel Aviv *)
 Jean-Jacques de Tribolet, Dakar *)
 Max Troendle, Köln
 Bernard Turrettini, Caracas **)
 Paul Henri Wurth, Brüssel (Mission)
 Philippe Zutter, Rom

*) Teilnahme an der Regionalkonferenz "Arabische Welt"

***) Teilnahme an der Regionalkonferenz "Lateinamerika"

CONFERENCE DES AMBASSADEURS 1965

A. Conférence régionale "Monde arabe" du 1er septembre
(1430 - 1815 h)

M. l'Ambassadeur Micheli: ouvre la séance en excusant l'absence de M. le Conseiller fédéral Wahlen qui ne pourra venir que plus tard. M. le Secrétaire général indique en quelques mots l'utilité de cette Conférence régionale qui doit permettre à la fois de décharger la séance plénière de la Conférence des Ambassadeurs et de dégager les problèmes essentiels qui devraient être débattus en séance plénière.

Etant donné que M. le vice-directeur Bühler devra quitter la séance avant la fin, il est proposé que les affaires mentionnées dans l'ordre du jour soient traitées dans l'ordre suivant:

- 1) problèmes économiques
- 2) problèmes politiques
- 3) problèmes de l'assistance technique et de l'aide humanitaire.

1) Problèmes économiques concernant les pays du monde arabe

Fürsprecher Bühler, Vizedirektor der Handelsabteilung:

s. Beilage 1

M. l'Ambassadeur Maurice: voudrait savoir si la Commission pour la garantie des risques à l'exportation a été mise à contribution par des débiteurs insolvables et le cas échéant dans quelles mesures.

Vizedirektor Bühler: erklärt, dass bis jetzt die Exportrisiko-Garantie nur in sehr seltenen Fällen beansprucht wurde. Es sei öfters vorgekommen, dass Schuldner ihren Verpflichtungen erst mit Verspätung nachgekommen sind. In Syrien gibt es noch einige Fälle, die ausstehend sind, aber man hofft, dass man auch diese Gelder mit der Zeit einkassieren kann.

M. l'Ambassadeur Marcuard: mentionne l'importante aide que l'Algérie reçoit de la France. Il remarque que la Suisse a pu, avant la conclusion du récent accord franco-algérien, accorder des prêts aux taux de 6 3/4 %. Il est probable qu'à l'avenir, des meilleures conditions devront être offertes. Il y a lieu dès lors de se demander si la Suisse ne devrait pas se mettre au diapason de ses éventuels concurrents. Il voudrait aussi savoir ce qui est fait du côté suisse pour le maintien de notre position sur le marché algérien.

Vizedirektor Bühler: Es stellt sich zuerst die Frage, von wo diese Kredite kommen. Die Staaten, die auf Kredite angewiesen sind, müssen sich in erster Linie an den Finanzmarkt wenden. Der Zinssatz wird natürlich etwas von der Kreditrisiko-Garantie abhängig sein. In vielen Fällen ist man in dieser Hinsicht in letzter Zeit ziemlich

grosszügig gewesen. Die Regel des Bernerklubs, wonach die Kreditgarantie nicht für eine längere Zeitspanne als 5 Jahre erteilt werden sollte, ist öfters nicht angewandt worden. In der Schweiz beschäftigt man sich mit diesem Problem und ist auf der Suche nach einer neuen Konzeption unserer Kreditpolitik; allerdings ist hierfür die parlamentarische Zustimmung notwendig.

M. l'Ambassadeur Micheli: Il s'agit en effet d'une question générale qui touche d'une part les relations économiques entre la Suisse et l'ensemble du tiers monde et d'autre part une question qui relève du domaine de la politique intérieure.

M. l'Ambassadeur Marcuard: voudrait savoir si quelques idées pourraient lui être données sur la direction dans laquelle sont effectuées ces études.

Vizedirektor Bühler: Jeglicher neue Vorschlag muss der heutigen Konjunktur Rechnung tragen. Wir sind uns im klaren, dass wir in einigen Fällen gewisse Aufträge verlieren werden. Es ist für die Schweiz schwierig, sich an die Kreditpolitik anderer Staaten anzupassen, da dieselbe oft durch politische Ueberlegungen beeinflusst ist.

M. l'Ambassadeur Micheli: se demande si ce problème se pose pour d'autres pays que la France.

M. l'Ambassadeur Marcuard: Les Américains font un gros effort et disposent de moyens considérables pour développer leur position en Algérie. Quant aux Allemands, ils ont également déployé une grande activité dans cette direction. Il est vrai qu'en ce moment, pour des motifs politiques, cette action est suspendue.

M. l'Ambassadeur Keller: se demande si l'on peut considérer la garantie pour les risques à l'exportation comme ayant vraiment le caractère d'une mesure d'aide, étant donné que jusqu'à présent la Suisse n'a pratiquement pas subi de pertes à ce titre.

Vizedirektor Bühler: Wir sind uns bewusst, dass man auf der internationalen Ebene die Exportrisiko-Garantie immer weniger als eine Hilfeleistung betrachtet. In der Schweiz teilen wir allerdings noch nicht diese Ansicht. Wie gesagt, sind wir jedoch auf dem Wege, eine neue Konzeption unserer Kreditpolitik ins Leben zu rufen.

2) Politische Fragen; Nationalisierungen

M. Probst: Prinzipiell bedeuten die Nationalisierungen bekanntlich keinen Verstoss gegen das Völkerrecht, sofern gewisse Bedingungen eingehalten werden. Die wichtigsten davon sind, dass

- keine Diskriminierung stattfindet, mit andern Worten die Ausländer den Einheimischen oder zumindest den anderen Ausländern gleichgestellt sind;
- die Geschädigten eine effektive und adäquate Entschädigung erhalten.

Dabei ist einigermaßen umstritten, was unter der Effektivität der Entschädigung zu verstehen ist. Im besondern stellt sich die Frage der Transferierbarkeit. Die Schweiz hat immer den Standpunkt vertreten, dass die Transferierbarkeit ein Element der Effektivität darstellt, jedenfalls dort, wo keine nützlichen Reinvestitionsmöglichkeiten bestehen. Doch gehen hier die Auffassungen von Gläubiger- und Schuldnerstaaten auseinander. Die finanziellen Fähigkeiten des Gläubigerstaates spielen dabei praktisch natürlich eine wesentliche Rolle. Die OECD hat ihrerseits einen prinzipiellen Vertragsentwurf über den Investitionsschutz aufgestellt, der das Dilemma widerspiegelt. Die Schweiz vertritt ausserdem konsequent die Auffassung, dass nicht nur die neuen, sondern auch die alten Investitionen in Investitionsschutzverträgen berücksichtigt werden müssen. Doch stand sie damit oft alleine und wurde namentlich auch von Gläubigerstaaten, wie der BRD, die keine alten Investitionen mehr zu verteidigen haben, im Stiche gelassen.

In historischer Hinsicht erlebten wir, wenn wir auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurückgehen, in den Nachkriegsjahren eine erste heftige Welle von Nationalisierungen in den europäischen Oststaaten im Sinne der Kommunistischen Wirtschaftslehre. Nach schwierigen Verhandlungen ist es der Schweiz gelungen, mit diesen Staaten eine Anzahl bilateraler Verträge abzuschliessen. Sie beruhten in der Regel auf einer Globalentschädigung, deren Finanzierung durch Abspaltungen aus dem Warenverkehr gesichert wurde. Es handelt sich um die Verträge mit Jugoslawien (1948), Polen (1949), der Tschechoslowakei (1949), Ungarn (1951), Rumänien (1951), Bulgarien (1954). Ein Teil dieser Abkommen ist vollständig abgewickelt worden, für andere konnte das Verfahren nicht gänzlich zu Ende geführt werden. Mit Ungarn und der Tschechoslowakei sind noch gewisse Restverhandlungen (Hausbesitz) zu erledigen.

Ausser diesen Oststaaten haben auch einige westliche Länder aus sozialen und wirtschaftlichen Ueberlegungen gewisse Betriebe in der Nachkriegszeit verstaatlicht. Es handelt sich insbesondere um Kohlengruben, Elektrizitätswerke, Transportunternehmen usw. Solche Massnahmen wurden besonders von Frankreich, Grossbritannien, Oesterreich und Italien getroffen. Die Schweiz stiess nicht auf allzugrosse Schwierigkeiten, eine mehr oder weniger angemessene Entschädigung seitens dieser Länder zu erhalten.

Eine dritte, intensive und wachsende Nationalisierungswelle ist zurzeit in einer Anzahl junger Staaten, die während der Nachkriegsjahre in Asien und Afrika die Unabhängigkeit erlangten, im Gang. In der arabischen Welt treten besonders folgende Staaten hervor:

VAR

Die von der ägyptischen Regierung ergriffenen Massnahmen waren für die dortige blühende Schweizerkolonie, die der Wirtschaft des Landes in der Vergangenheit grösste Dienste geleistet hatte und eine unserer ältesten Auslandkolonien ist, besonders schmerzhaft. Im Jahre 1957 wurden die Banken, Versicherungsgesellschaften sowie Import- und Exportfirmen zunächst "ägyptianisiert"; 1960 begannen die ersten eigentlichen Nationalisierungen, die 1961 in grossem Umfang weitergeführt wurden; 1963 folgten restliche Massnahmen. 1961 wurde auch eine Anzahl

Schweizer unter Sequester gestellt.

Unter der Leitung von Vizedirektor Bühler von der Handelsabteilung wurden 1962 bis 1964 schwierige Verhandlungen mit der Regierung der VAR geführt. Es gelang schliesslich der Schweiz, ein Abkommen zu treffen. Unsere Verluste wurden mit rund 60 Mio. Fr. beziffert, wovon etwa die Hälfte auf die Verstaatlichung des Zementunternehmens Tourah (Gruppe Schmidheiny) entfiel. Da für die Tourah teilweise eine Sonderlösung getroffen werden konnte, verbleiben zur Abwicklung innerhalb des zwischenstaatlichen Abkommens noch 40 Mio. Fr. Wir akzeptierten eine Reduktion dieses Betrages auf 65 %, was eine endgültige Entschädigungssumme von 26 Mio. Fr. übrigliess, wofür wir als Gegenleistung deren Transferierbarkeit sowie eine Kursgarantie einhandelten, was angesichts der unstabilen Verhältnisse im Mittleren Osten und der langen Vertragsdauer von 8 Jahren unerlässlich erschien. Zum Zwecke des Transfers an die schweizerischen Nationalisierungsgeschädigten wird der in ägyptischen Pfunden zur Verfügung zu stellende Entschädigungsbetrag zu 50 % für die Bezahlung der Auslagen von Schweizer Touristen in Aegypten und zu 50 % für die teilweise Bezahlung schweizerischer Warenbezüge aus Aegypten verwendet. Momentan ist die VAR mit ihren Zahlungen im Rückstand. Die Jahresquoten sind auf 3,25 Mio. Fr. festgesetzt. Obwohl sich das erste Vertragsjahr seinem Ende nähert, wurden ägyptischerseits erst Entschädigungen im Gegenwert von 1,13 Mio. Fr. freigegeben, wovon ca. 400'000 Fr. bereits effektiv transferiert sind.

Was in Aegypten an schweizerischen Vermögenswerten noch verbleibt und weiter verstaatlicht werden könnte, ist, mit Ausnahme des Restaurationsunternehmens Groppi, das vorderhand nicht gefährdet erscheint, relativ wenig.

Algerien

Hier befanden sich ebenfalls wichtige schweizerische Interessen. Die grossen Schwierigkeiten, unter denen dieses Land seine Unabhängigkeit erlangte und mit denen es weiter zu kämpfen hat, erschwert die Verteidigung unserer Interessen.

Unsere Landsleute wurden durch drei Gruppen von Massnahmen betroffen:

1. Dekrete von 1963 hinsichtlich der sog. "biens vacants", also der landwirtschaftlichen, gewerblichen, industriellen und kommerziellen Betriebe und Liegenschaften, die von den überstürzt abreisenden europäischen Besitzern im Stiche gelassen wurden. Diese Betriebe wurden der Selbstverwaltung unterstellt. Die algerische Massnahme, die der grossen Arbeitslosigkeit steuern und die illegale Besetzung von Wohnraum möglichst verhindern sollte, erschien in der gegebenen Situation nicht unverständlich. Eigenartigerweise wurden die Eigentumsrechte im Prinzip nicht aufgehoben, können aber faktisch nicht mehr ausgeübt werden.

2. Durch Dekrete von 1963 konnten zudem auch solche Betriebe und Immobilien unter den Schutz des Staates gestellt werden, deren Art des Erwerbs oder der Bewirtschaftung geeignet erschien, die "öffentliche Ordnung oder den sozialen Frieden" zu bedrohen, sogar wenn diese Betriebe nicht im Stiche gelassen worden waren. Auch hier bestehen die Eigentumsrechte an sich weiter.

3. Agrarreform. Im Jahre 1963 wurde im Rahmen der Agrarreform sämtlicher ausländischer Grundbesitz aufgehoben. Hier gingen die Eigentumsrechte ausdrücklich verloren. In allen drei Kategorien wurde auch Schweizerbesitz betroffen. Wir haben mit Hilfe unserer Botschaft in Algier eine Bestandesaufnahme durchgeführt und sind zu folgenden Resultaten gelangt:

Gesamtwert des Schweizerbesitzes in Algerien	ca. 48 Mio. SFr.
Eigentum von Norschweizern, das durch eine der oben erwähnten Massnahmen betroffen wurde	ca. 16,5 " "
Eigentum von zumeist schweizerisch- französischen Doppelbürgern, das ebenfalls betroffen wurde	ca. 6,5 " "

Rund die Hälfte der Schäden von 16,5 Mio. Fr. entfällt auf die Agrarreform. Andererseits blieben bisher schweizerische Eigentumsrechte im Werte von ca. 25 Mio. SFr. noch unberührt.

Entschädigungsverhandlungen mit Algerien sind vorderhand, auch angesichts der jüngsten politischen Umwälzung, in den Anfängen stecken geblieben. Grundsätzlich wurde uns seitens der Algerier guter Wille bekundet. Es gilt, diesen nun in konkrete Resultate umzuwandeln.

Tunesien ist das erste Land, das, nachdem wir mit ihm einen Investitionsschutzvertrag (1961) abschlossen, zu Nationalisierungen geschritten ist. Es handelt sich also um einen eigentlichen Testfall. Das Abkommen von 1961 postuliert

- eine effektive und adäquate Entschädigung;
- die Begleichung "sans retard injustifié";
- den Transfer der Entschädigung "dans un délai raisonnable".

Die Nationalisierung erfolgte 1964, als der Bodenbesitz aller Ausländer dem "domaine privé de l'Etat" übertragen wurde. Unter Anrufung unseres Abkommens traten wir (Minister Long) mit den Tunesiern in Verhandlung und erzielten diesen Sommer eine bisher einmalig gebliebene Vereinbarung. Sie beruht auf dem Umstand, dass schweizerische Organisationen in Tunesien Projekte der T.Z. durchführen, wofür ihnen auch Auslagen in Landeswährung entstehen. Diese Beträge sollen nun inskünftig von Tunesien in Dinar direkt zur Verfügung gestellt werden, womit der Gegenwert der betreffenden T.Z.-Kredite in der Schweiz für die Entschädigung der schweizerischen Nationalisierten in SFr. in der Schweiz frei wird; oder anders gesagt: "Les indemnités payables aux ayants droit suisses sont compensées par les dépenses engagées en Tunisie". Die Dinar-Auslagen der T.Z. innert 3 Jahren werden ca. 800'000 Fr. entsprechen; die Entschädigungsforderungen der Nationalisierten wurden mit 5 - 600'000 Fr. eingesetzt; die Operation sollte sich also in 2 bis 3 Jahren abwickeln lassen. Die meisten tunesischen Schätzungen des enteigneten schweizerischen Eigentums liegen schon vor. Sie machen rund 30 % der von den Interessenten selbst angemeldeten Werte aus. Dafür haben die tunesischen Behörden erfreulicherweise

auf einen "quitus fiscal" verzichtet. Unsererseits bestanden wir nicht auf einer eigentlichen Kursgarantie, da das Risiko angesichts der kurzen Frist von 2 - 3 Jahren nicht allzugross sein dürfte. Es konnte auch erwirkt werden, dass Schweizerbürger, die noch in Tunesien wohnhaft sind, ihre Entschädigung prinzipiell dennoch in Schweizerfranken in der Schweiz erhalten können.

Wir sind uns bewusst, dass der Inhalt dieser Vereinbarung nicht ganz unbedenklich ist. Es handelt sich um ein Experiment, das wir eingehen, um eine rasche Lösung zu finden. Auf keinen Fall darf diese pragmatische Lösung als Präzedenzfall gelten. Schon wurden bei uns Befürchtungen laut, dass ansonst ausländische Nationalisierungsmaßnahmen getroffen werden könnten, um auf diese Weise schweizerische technische Hilfe zu erzwingen. Tunesischerseits wurde demgegenüber spekuliert, dass die schweizerische technische Hilfe im Augenblick, wo es kein Nationalisierungsproblem mehr gäbe, ein Ende nehmen könnte. Es sollte daher bei der Auskunfterteilung an ausländische Vertretungen etc. grösste Diskretion gewahrt werden. Auf Fragen wäre lediglich zu antworten, dass angesichts der relativ geringen in Betracht kommenden Entschädigungssumme die Schweiz für die Organisation des Transfers behilflich gewesen sei.

Marokko

Bis jetzt ist in Marokko im Rahmen der schon vor einiger Zeit verkündeten allgemeinen Agrarreform nur ein Teil des ausländischen Bodenbesitzes in Anspruch genommen worden. Es handelt sich um die sog. "lots de colonisation", d.h. um Grundstücke, die die französische Kolonialverwaltung sich seinerzeit angeeignet und an die europäischen Einwanderer verteilt hatte. In einer ersten Verstaatlichungsetappe dieser "lots" wurden schweizerische Werte von rund 5,6 Mio. Fr. (eigene Schätzungen der Interessenten) betroffen. Eine zweite Etappe wird schätzungsweise etwa 2 Mio. Fr. Schweizerbesitz erfassen.

Neben den "lots de colonisation" gibt es noch die sog. "terres melk", die von den Eigentümern käuflich auf dem normalen Wege erworben worden waren. Es besteht die Gefahr, dass mit der Zeit auch dieses private Eigentum durch den Staat enteignet wird. Schätzungsweise betragen die schweizerischen Interessen in dieser Kategorie 8 - 10 Mio. Fr. Insgesamt sind also in Marokko schweizerische Vermögenswerte von 16 - 18 Mio. SFr. bereits erfasst oder bedroht.

Den Franzosen ist es Ende 1964 gelungen, mit den marokkanischen Behörden zumindest betreffend die Entschädigung des Viehbestandes, der landwirtschaftlichen Maschinen, der Vorräte und Pflanzungskosten einerseits, des Ertrags der laufenden Ernte andererseits Entschädigungs- und Transfervereinbarungen zu treffen. Schweizerischerseits sind wir bestrebt, die Gleichbehandlung zu erlangen. Im Prinzip haben sich die marokkanischen Behörden damit einverstanden erklärt. Die Verhandlungen, auch hinsichtlich der eigentlichen Landentschädigung, gehen weiter.

Es sei hier noch kurz erwähnt, dass die anlässlich der Unruhen des Jahres 1956 geschädigten Schweizer endlich Wiedergutmachungszahlungen erhalten haben, deren Betrag sich auf ca. 60'000 Fr. beläuft.

Auch in Syrien und Irak wurden Nationalisierungsmaßnahmen getroffen, doch sind davon zum Glück bisher keine schweizerischen Inte-

ressen in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Fragen der Nationalisierung sind für das Politische Departement von grösstem Interesse. Auch in Kuba, Argentinien, Brasilien und anderswo stellen sich ähnliche Probleme. Unseren Vertretungen im Ausland sind wir daher für jegliche Information über die Nationalisierungspolitik ihres Gastlandes sehr dankbar. Asien und Afrika sind wahrscheinlich die gefährdetsten Gebiete.

M. l'Ambassadeur Micheli: L'exposé de M. Probst nous donne l'occasion de passer en revue le problème des nationalisations dans les pays arabes.

M. l'Ambassadeur Maurice: La question a été posée de savoir si des entreprises suisses ont pu échapper aux nationalisations en Egypte et continuer leur activité. Ma réponse est affirmative. Certes, le gouvernement égyptien a mis main basse sur toutes les entreprises qui présentaient un certain potentiel économique. Il a négligé certaines maisons de moindre importance. C'est ainsi que quelques entreprises suisses continuent à travailler; mais leurs difficultés sont telles que certaines d'entre elles souhaitent d'être nationalisées, afin de pouvoir bénéficier à leur tour de notre accord avec l'Egypte.

M. Dufour: En Syrie, je ne connais ni industries suisses ni actionnaires ou propriétaires suisses d'immeubles qui aient été dépossédés. Aucune réclamation ne m'a été adressée à ce sujet. A signaler, en passant, quelques cas de dénationalisation d'entreprises, le gouvernement ayant constaté qu'elles avaient plus de dettes que de créances.

M. Suter: Au Soudan, une vague de nationalisations paraît improbable. Les terres appartiennent à l'Etat. Les industries sont rares. Les quelques maisons suisses qui ont des intérêts dans ce pays ne sont guère menacées. Le gouvernement a d'ailleurs conscience que des nationalisations seraient compromises par la carence de cadres et de personnel qualifiés.

M. l'Ambassadeur Keller: Il a été question de nationaliser les pétroles en Turquie. Ce n'était que rumeurs. Il est notoire que le régime actuel respecte la propriété privée; rien ne laisse prévoir que des mesures de dépossession atteignent des ressortissants suisses.

M. Rappard: L'Arabie Séoudite n'a pas de problèmes de trésorerie. Elle n'a rien à nationaliser, sauf les pétroles, mais tout va bien avec l'Aramco.

M. l'Ambassadeur Campiche: La nationalisation de lots de colonisation étant en cours, l'Ambassade procède actuellement à un recensement des biens suisses au Maroc. Puis, dans une seconde phase, suivant ainsi la voie tracée par la France, elle fera appel à des experts pour évaluer ces biens. En ce qui concerne les terres "melk" (privées), elles devraient en principe être nationalisées dans un délai de 3 ans. Cette menace pèse sur de nombreux agriculteurs suisses. Devant l'incertitude de l'avenir, ils souhaitent, comme c'est le cas en Egypte, une

situation plus nette, même au prix de la nationalisation de leurs propriétés.

M. l'Ambassadeur König: Der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, dass in Iran hinsichtlich Nationalisierungen kein Risiko für schweizerische Interessen besteht. Seit den Massnahmen gegen die Erdölfirmen sind keine Nationalisierungsabsichten der Regierung bekannt geworden. Es sind mir übrigens auch keine schweizerischen Beteiligungen an iranischen Firmen bekannt.

M. l'Ambassadeur Marquard: A Alger, les avis sont partagés en ce qui concerne nos propositions de conclure un Traité portant sur les investissements passés, présents et futurs. Les conseillers juridiques préféreraient remettre cette conclusion à plus tard, en attendant le règlement du contentieux franco-algérien. Pour le Ministère des Finances, un traité pourrait être conclu, à la condition qu'il ne porte que sur les investissements futurs. Le MAE, lui, admettrait même les investissements présents. Si l'opinion de ce dernier devait prévaloir, il faudrait l'examiner avec bienveillance, tout en prévoyant un texte qui tienne compte des nationalisations des biens agricoles.

M. le Ministre Long: Notre traité-modèle couvre en effet toutes les possibilités. Il a bien été accepté tel quel par certains pays d'Afrique noire. Mais je doute qu'il en soit de même pour des gouvernements qui ont déjà procédé à des nationalisations. C'est le cas de l'Algérie. Je pense qu'avec ce pays il faudra assouplir notre dispositif, afin de ne pas trop engager nos partenaires au sujet des nationalisations passées, et trouver une formule qui permette de sauvegarder les intérêts suisses.

M. l'Ambassadeur Micheli: Nous serons sans doute amenés à opérer un tel décrochage. Dans ce contexte, j'ai été frappé de constater que certains pays d'Afrique s'attendaient, après avoir conclu avec nous un traité portant sur les investissements, à un apport suisse très substantiel. Leurs espoirs ont été déçus.

M. Probst: Tatsächlich gab es bei Afrikanern Erwartungen, die sich auf keinerlei Versprechen unsererseits stützten. Wir haben im Gegenteil vor solchen Rückschlüssen gewarnt und erklärt, zuerst müsse durch den Vertragsabschluss ein Klima geschaffen werden, das den Investitionen günstig sei. Dass wir über einen Vertragstext verfügen, ist für spätere Verhandlungen günstig. Es macht theoretisch Diskussionen überflüssig - und es besteht auch die Möglichkeit, ein Schiedsgericht anzurufen. Im Fall Algeriens hat der Sturz Ben Bellas die Möglichkeit von Gesprächen verzögert. Die Frage wird aufgeworfen, ob wir auf das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Algerien und Frankreich warten sollen. Persönlich bin ich der Meinung, wir sollten möglichst überall den anderen Staaten zuvorkommen. "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst." In Aegypten waren wir die ersten und wir haben einen beachtlichen Erfolg verzeichnet (bis jetzt 5 - 6 Mio. Franken, wenn man die Schmidheiny-Regelung mitberücksichtigt); die anderen Länder sind erst in Verhandlung getreten. Im Falle von Tunesien wurden die wenigen Schweizerfäl-

le rasch bearbeitet, während rund 2000 Dossiers von Geschädigten anderer Nationalität noch in den Schubladen ruhen. Jetzt bekommen wir bereits einen Teil der Entschädigungen. Auch in Algerien sollten wir nicht warten.

M. l'Ambassadeur Campiche: Je partage les vues du Ministre Long. Au Maroc, certains Ministères seulement - Tourisme, Instruction Nationale - s'intéressent à notre traité. Ils y voient une base de collaboration future avec la Suisse. Un tel accord se heurte en revanche à l'opposition du Ministère de l'Agriculture. Nous devons donc également assouplir notre dispositif, tout en tenant compte des courants qui semblent favorables à la conclusion de notre traité.

M. le Conseiller fédéral Wahlen: Muss man die Möglichkeit multilateraler Abkommen (OECD, Internationale Bank) abschreiben?

Dr. Probst: Diese Vertragswerke haben mehr theoretischen Wert im Sinne der Schaffung eines Consensus. Man kann davon nicht viel Konkretes erwarten. Aber die Diskussionen sind bestimmt nicht unnütz.

M. le Ministre Long: Une question me préoccupe: la Suisse, par rapport aux pays sous-développés, se trouve devant deux nécessités: défendre les intérêts suisses et venir en aide à ces pays. Pour accorder cette aide, nos moyens sont extrêmement faibles, comparés à ceux dont disposent d'autres pays. Comment donc développer une politique globale et dynamique et trouver un juste équilibre entre ces deux impératifs? Si nous avons réussi à obtenir des compensations en Tunisie, c'est parce que, grâce à la coopération technique et à une certaine chaleur humaine, nous avons réussi à créer un climat de confiance et de good-will. Au Maroc également, cette politique, qui consiste à ne pas seulement revendiquer mais à se présenter comme un pays ami, commence à déployer ses effets: des indemnisations viennent d'être versées aux victimes des émeutes de 1955/1956. D'autres signes annoncent un certain dégel et le désir d'un pays qui se sent isolé de bénéficier de l'appui moral de la Suisse.

M. l'Ambassadeur Maurice: Je me suis également souvent demandé si, en Egypte, où nous avons une position de créanciers toujours exigeants, nous ne devrions pas faire un effort pour proposer quelque chose de positif. J'ai fait l'an dernier une proposition dans ce sens: il semble que le climat psychologique n'ait pas alors été favorable à une telle action.

M. le Conseiller fédéral Wahlen: Solche Stellungnahmen können wir in diesem Kreise natürlich leicht diskutieren. Im Parlament und in der schweizerischen Oeffentlichkeit ist es aber ganz anders. Eine kürzlich erfolgte Umfrage des SHAG hat erwiesen, dass eine Mehrzahl der Schweizer der Entwicklungshilfe kühl und ablehnend gegenüberstehen, besonders wegen einer vermeintlichen "Unvernunft" der Entwicklungsländer. Das Klima muss verändert werden. Auch die Regelung mit Tunesien könnte jetzt noch Schwierigkeiten bereiten, wenn sie in der Schweiz bekannt würde. Wir müssen diese Sachlage in unserem Regime der direkten

Demokratie berücksichtigen.

M. l'Ambassadeur Micheli: Idéalement parlant, il serait en effet souhaitable que notre aide technique ne soit liée à aucune condition. Pratiquement, elle ne peut être apportée en faisant abstraction de nos problèmes, de nos intérêts et de l'opinion publique. C'est en tenant compte de ces facteurs qu'une politique dynamique peut être développée.

M. l'Ambassadeur Marcuard: Je partage les vues du Ministre Long tout en comprenant les difficultés qui se présentent dans ce domaine. L'attitude positive que nous avons adoptée en Algérie, et sur laquelle ce pays compte, finira bien par porter des fruits. Une politique plus stricte serait remarquée.

Dr. Pestalozzi: Solche Ueberlegungen sind eines der zentralen Probleme bei jedem neuen Projekt, das wir aufnehmen. In Ländern, mit denen wir gespannte Beziehungen haben, sind wir bereit, bestehende Aktionen zu Ende zu führen; wir üben aber Zurückhaltung im Vorantreiben grösserer Projekte. Zusammenhänge mit der allgemeinen Politik betreffend den ausländischen Besitz kann man den interessierten Regierungen zu verstehen geben. Das erlaubt uns, im Gespräch zu bleiben, ohne uns zu engagieren. Diese elastische Haltung hat sich bewährt (Algerien, Marokko). Unsere finanziellen Mittel sind übrigens sehr beschränkt. Im Fall von Tunesien waren wir besonders stark engagiert, zudem war der Umfang schweizerischer Schädigung durch die Nationalisierungen sehr beschränkt. Tunesien ist also kein Musterfall.

Dr. Probst: Die definierte elastische Haltung ist praktisch der einzig mögliche Weg. Man kann übrigens verschiedene Grade der Elastizität anwenden. In Algerien ist meines Erachtens eine besondere Nachsicht am Platz; trotzdem sollte man dort in diesem Zeitpunkt keine grösseren Projekte fortführen. Gegenüber der VAR wäre es vor unserer öffentlichen Meinung nicht zu verantworten, eine andere Haltung einzunehmen. Angesichts der Provokationen der ägyptischen Regierung kann ich mir auch schwer vorstellen, was wir anderes tun könnten.

M. l'Ambassadeur Campiche: J'approuve une politique d'élasticité et de dosage entre les vœux de l'opinion publique ou du Parlement et la nécessité de créer un climat favorable à nos objectifs. Bien qu'au Maroc, nous n'ayons presque rien fait du point de vue de l'assistance technique, la Suisse a été le seul pays jusqu'à maintenant à obtenir une indemnisation pour les victimes du terrorisme. Dans cet ordre d'idées, le parrainage du Croissant rouge marocain par la Croix rouge suisse est une opération très heureuse obtenue avec des moyens réduits: elle exerce cependant une influence considérable sur le climat psychologique, du fait de l'importance du geste pour les Arabes.

M. l'Ambassadeur Keller: La coopération technique doit s'exercer en première ligne sur le plan bilatéral pour que l'on puisse opérer avec elle dans le sens souhaité. Au cours d'une récente conférence à Ankara, M. Mendès-France relevait que la plupart des Etats préfèrent recevoir

une aide multilatérale alors que dans les pays donateurs, il est beaucoup plus facile de mobiliser des fonds bilatéraux. Cela est également vrai chez nous. Si l'on considère l'aide technique suisse à la Turquie, l'on constate cependant la très forte mise à contribution de l'appareil gouvernemental pour la réalisation des opérations. Il se pose rapidement un problème de personnel et il semble qu'il y ait un seuil quantitatif que l'on ne peut pas dépasser.

M. l'Ambassadeur Micheli: Nous ne pouvons en Suisse exclure aucune des deux formes de l'assistance technique. On en a discuté récemment au sein de la Commission permanente qui a conclu à la nécessaire complémentarité des deux formes d'assistance. On n'a pas pour le moment établi une proportion fixe. La proportion actuellement retenue par le Département politique est de un tiers pour l'assistance multilatérale contre deux tiers pour les actions bilatérales.

Dr. Lindt: In unserer Praxis hatten wir am Anfang einen Prozentsatz von je 50 % für die multilaterale und die bilaterale Hilfe vorgesehen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen waren wir dann der Meinung, wir könnten mehr direkte Aktionen aufnehmen. Anlässlich der Erhöhung unseres Kredites hat die parlamentarische Kommission auf eine Erhöhung des Anteils der bilateralen Hilfe gedrängt. Wir müssen aber bei der Wahl unserer Operationen Vorsicht walten lassen und auch den multilateralen Sektor nicht vernachlässigen - besonders da wir nicht Mitglied der UNO sind, uns aber an ihren unpolitischen Aktionen beteiligen wollen. Auf Grund des erhöhten Kredites konnten wir unsere Aufwendungen für solche Aktionen vergrössern. Wir sind auch Mitglied des Technical Assistance Committee der UNO; in diesem Rahmen pflegen unsere Delegierten stets auf gezielte Verwendung der Gelder zu drängen. Der Hauptvorteil dieser Form der Hilfe ist, dass sie entpolitisiert ist. Unsere bilaterale Hilfe kann aber auch danach streben, als unpolitisch angesehen zu werden.

M. l'Ambassadeur de Tribolet: Je voudrais insérer ici une remarque qui vaut pour mon pays de résidence mais qui s'applique peut-être aussi aux pays arabes et peut par conséquent intéresser mes collègues ici présents: si l'opinion en Suisse est pour le moins réservée à l'égard des actions d'assistance aux pays en voie de développement, la faute en revient en bonne partie aux agents qui répandent cette opinion; ce sont fréquemment des journalistes mal préparés à leurs tâches. Je le constate sans cesse à Dakar: la superficialité de la plupart des journalistes suisses fait du tort à la coopération entre Suisse et Afrique. Ainsi le jour même de la remise de mes lettres de créance, le Président Senghor s'est plaint envers moi de l'incompétence et de la malveillance d'un collaborateur du Journal de Genève qui avait publié un reportage sur le Sénégal. Pour remédier à cet état de choses, une récente suggestion de M. Bungener du Centre d'études africaines à Genève pourrait être prise en considération: l'Institut français de l'Afrique noire IFAN serait prêt à recevoir pour des périodes variables des étudiants ou des jeunes chercheurs suisses qui recevraient ainsi en Afrique noire une préparation solide. J'estime que de telles personnes devraient recevoir une aide directe

de la Suisse également pour leur spécialisation.

M. l'Ambassadeur Micheli: Le rôle de nos Ambassades doit être le soutien sous toutes les formes possibles des journalistes suisses qui se rendent dans les pays dont nous parlons. A Berne même, le Département politique a d'ailleurs aussi le devoir de fournir à l'opinion publique et en première ligne à la presse les informations et les mises au point nécessaires à une présentation correcte des faits. C'est fréquemment une tâche ingrate mais il est hors de doute que les journalistes suisses se rendant à l'étranger, surtout s'ils sont mal préparés à leur tâche, dépendent largement de nos Ambassades pour leur information.

Dr. Lindt: En ce qui concerne l'information, je constate qu'actuellement les journaux suisses ne sont pas hostiles à la coopération technique, notamment en ce qui concerne les actions suisses. En outre, nous sommes maintenant à même de mieux contrôler certaines publications à ce sujet: nous avons conclu un contrat avec la télévision qui va faire six grands films dont nous discuterons avec elle la réalisation. En 1966, nous projetons d'organiser, à la charge de notre crédit, des voyages de journalistes suisses choisis. Je ne pense pas qu'il soit utile de cacher aux journalistes la réalité politique des pays recevant notre assistance technique, mais il faut qu'ils arrivent à comprendre l'utilité de nos opérations. En ce qui concerne la recherche scientifique, la Suisse ne possède pas encore un véritable institut de recherches en matière de développement; c'est là un inconvénient résultant du fait que notre pays n'a pas un passé colonialiste. Les membres de la Commission de l'assistance technique ont ventilé cette question: on envisageait diverses possibilités pour y remédier: soutenir des jeunes chercheurs pour leur permettre des voyages dans le tiers-monde; envisager la création d'un institut de développement (une conférence inter-universitaire examinera prochainement les possibilités à cet égard). La proposition Bungener irait dans la même ligne: il faudrait cependant veiller à éviter aux jeunes spécialistes suisses l'influence des idées fortement politisées qui règnent au sujet de l'assistance technique dans certains grands Etats.

Dr. Probst: Zum Thema des arabischen Boykotts gegen Israel haben wir im Mai 1965 an die interessierten Botschaften eine zusammenfassende Analyse gesandt. Prinzipiell ist zu sagen: zwischen Israel und den arabischen Staaten besteht trotz des Waffenstillstandes theoretisch ein Kriegszustand. Somit ist das Kriegsrecht, zu dem auch Massnahmen des Wirtschaftskrieges gehören, anwendbar. Die Zulässigkeit der Anwendung solcher Massnahmen gegenüber Dritten ist zwar juristisch teilweise umstritten. Für Protest gegen bestimmte Massnahmen innerhalb dieses Rahmens fehlt uns aber eine Rechtsgrundlage. Ausserdem würde ein Protest nichts nützen; auch Grossstaaten wie die USA haben davon abgesehen. Wir suchen deshalb von Fall zu Fall pragmatische Lösungen. Das ist uns auch mit recht viel Erfolg bis jetzt gelungen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass die Massnahmen der arabischen Boykottbüros nicht in unsere Rechtssphäre übergreifen (StGB 271 und 273). Davor warnen wir die arabischen Regierungen und Vertre-

ter der arabischen Liga bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Unterdessen ist in der Schweiz die Angelegenheit zu einem Politikum geworden. Jüdische Kreise haben sich ihrer angenommen, auch Nationalrat Furgler befasst sich damit. Der Departementschef hat mehrmals Herrn Brunschwig, Präsident des Schweiz. Israelitischen Gemeindebundes, in dieser Angelegenheit empfangen. Ein Gutachten Guggenheim-Marek, das allerdings eher den Eindruck einer Parteischrift erweckt und diskutable Thesen enthält, wurde uns zugestellt. Darin wird der Standpunkt verfochten, zwischen Israel und den arabischen Staaten bestehe im Grunde kein wahrer Kriegszustand: der Waffenstillstand unter UNO-Kontrolle habe einen Charakter "sui generis" - was auch Israel in der UNO immer wieder betont. Wenn das Politische Departement dieser anfechtbaren These folgen wollte, käme es nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern namentlich auch mit Schweizer Firmen, die ihre Geschäftsinteressen bedroht sähen, in Widerspruch. Wir müssen eine mittlere Linie einhalten.

Es mag in diesem Zusammenhang interessieren, dass im vergangenen Sommer im Kongress der USA ein Vorschlag für eine Grundsatz-Erklärung gegen den Israelboykott eingebracht wurde. Nachdem im Laufe der Debatte die Vorlage noch verschärft wurde, versuchte die Regierung, den Vorstoss zu dämpfen. George Ball, als Regierungssprecher, stützte sich dabei weniger auf die Rechtslage als auf Opportunitätserwägungen. Wir müssen bereit sein, in der Schweiz einen ähnlichen Vorstoss abzufangen. Darum ist uns sehr daran gelegen, alles, was in diesem Zusammenhang - auch ausserhalb der arabischen Welt - geschieht, zu erfahren.

Das Boykott kann uns auch auf anderen Gebieten unerwartete Schwierigkeiten bereiten: so erwarteten beispielsweise die Irakis, dass wir bei Uebernahme ihrer Interessen in der BRD auch auf dem Gebiete des Israelboykottes für sie tätig würden. Wir haben geantwortet, dass Akte, die zur Sphäre der Kriegsführung gehören, von der Wahrung fremder Interessen seit jeher ausgeschlossen sind.

M. l'Ambassadeur de Stouth: On pourrait considérer comme intéressant le fait que, au cours des dix-huit mois que j'ai passés en Israël, on n'a jamais prononcé vis-à-vis de moi dans les milieux officiels un seul mot sur le boycottage. Naturellement la presse y fait constamment allusion avec d'ailleurs une tendance à dénoncer une part de bluff dans l'opération boycott. L'idée est largement répandue en Israël que les mesures pratiques de boycott ne causent pas beaucoup de tort à cet Etat. Par contre, Israël semble favoriser une tendance à la politisation du problème en ayant recours aux milieux juifs à l'étranger pour faire l'agitation nécessaire. Le but premier de toute l'action israélienne paraît être d'éviter, à moyen ou à long terme, des mesures qui seraient plus graves que les mesures actuelles. A titre d'action que l'on pourrait qualifier de contre-boycott, les autorités de Jérusalem ont rédigé une brève liste d'entreprises étrangères qui ont cédé à la pression arabe. Cette liste, répandue sous le manteau, a provoqué de la part des hommes d'affaires juifs dans d'autres pays des prises de position défavorables aux entreprises en cause. Lesdites entreprises (en Europe notamment l'AEG) ont alors opéré une

- 14 -

retraite précipitée. Cela prouve une fois de plus que les maisons mises en cause par les organes du boycott ont intérêt à faire preuve de fermeté. L'on connaît plusieurs exemples d'entreprises qui ont résisté avec succès aux pressions arabes.

M. l'Ambassadeur Maurice: Etant donné que les décisions de boycott semblent être prises à Damas par un organe "supranational" mais en même temps sur la base d'une décision majoritaire, les gouvernements nationaux, auprès desquels nous sommes parfois amenés à intervenir dans tel ou tel cas, nous fournissent des réponses évasives et nous donnent à entendre que le gouvernement en cause ne favorise pas du tout telle décision de boycott. Un certain anonymat couvre ainsi les décisions du Bureau central de boycott. Pourrait-on envisager une procédure d'interventions directes auprès du Bureau central de Damas, interventions qui n'exclueraient d'ailleurs pas des démarches parallèles auprès des gouvernements nationaux?

Dr. Probst: Die Denkweise der Araber ist uns vielfach unverständlich (siehe H.E. Tütsch: "Facets of Arab Nationalism") und das Verhältnis zwischen Liga und Einzelstaaten unklar. Das Büro von Damaskus dürfte unter direktem Einfluss der Baathisten stehen, was sich im Falle Migros-VSK gegen Aegypten ausgewirkt haben dürfte. Bis jetzt haben wir sorgfältig vermieden, offiziell beim Zentralen Büro zu intervenieren. Damit haben wir dieser Institution auch jegliche Anerkennung verweigert. Allerdings haben wir Anwälten oder Vertretern von Schweizerfirmen Kontakte mit dem Büro ermöglicht. Wir selbst sollten uns aber auf Beziehungen mit den Regierungen beschränken. Auch in der Schweiz anerkennen wir das Büro der Arabischen Liga nicht als diplomatische Vertretung. Uebrigens lehren die Erfahrungen, dass es vielfach günstiger ist, von Fall zu Fall mit einem einzelnen Staate zu verhandeln.

M. Dufour: Les considérations développées par M. Probst me paraissent impérieuses: des rapports officiels avec le bureau central de Damas ne seraient pas opportuns. A noter que nos représentations ne sont pas accréditées auprès de la Ligue arabe. Il vaut mieux ne pas donner au bureau de Damas même une forme de reconnaissance indirecte. Au sujet de l'action de ce bureau central, il est utile d'ajouter que ses rapports avec les bureaux nationaux de boycott restent très mal connus. En tout état de cause, je sais que certaines capitales telles que Beyrouth ne sont pas en conformité avec les décisions du bureau central en ce qui concerne les listes publiées.

M. l'Ambassadeur de Stoutz: Selon des informations que j'ai recueillies, le bureau central discute des cas des entreprises entrant en ligne de compte et communique sa décision à chacun des pays de la Ligue. Dans la pratique cependant, les pays membres agissent à leur guise et paraissent tenir compte, dans leurs décisions finales, de leurs intérêts économiques. Les listes nationales qui sont publiées dans les capitales montrent des divergences notables.

Dr. Probst: Nous continuons à examiner toutes les listes qui nous parviennent et nous constatons en effet des nuances sensibles

- 15 -

d'un pays à l'autre. Je répète en outre que la plupart des entreprises suisses ne paraissent pas trop s'inquiéter de l'éventualité de mesures de boycottage qui seraient prises à leur encontre. Nous savons gré à nos représentations de nous tenir au courant de tout ce qui vient à leur connaissance en cette matière: pour le Département politique, c'est le souci d'éviter une discussion publique au Parlement ou dans la presse suisse qui importe au premier chef.

Dr. Probst (gemäss Aufforderung von Botschafter Micheli):

Die Arabische Liga unterhält in Genf gleichzeitig eine Delegation beim europäischen Sitz der UNO und ein kulturelles Büro für die Schweiz in Genf. Wir haben das "Bureau d'information arabe" vor jeglicher Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Israel-Boycott gewarnt. Was die Delegation bei der UNO anbelangt, so verfügt sie über keine diplomatischen Privilegien und Immunitäten. Ihre Mitglieder sind aber in Genf der Jemenitischen Delegation bei der UNO einverleibt, sodass sie persönlich in den Genuss der Immunität und Privilegien gelangen. In Indien hat ein Büro der Arabischen Liga die Immunitäten und Privilegien zuerkannt erhalten. Das hat aber unsere Haltung nicht geändert, zumal sie dem entsprechenden Büro bei der UNO in New York weiterhin versagt bleiben. Es ist uns auch gelungen, einem "Ambassadeur itinérant" der Liga die Errichtung seines permanenten Hauptquartiers in Genf auszureden. Im Moment beschäftigt uns einzig noch das Gesuch eines zusätzlichen Mitglieds der Genfer Delegation (Bississo).

M. Dufour: M. Bississo est effectivement Professeur de droit des gens à l'Université d'Alep. Il s'est présenté à mon bureau en vue d'obtenir un visa et l'impression qu'il m'a faite n'était pas très favorable.

M. l'Ambassadeur Maurice: M. Khalek Hassouna, Secrétaire général de la Ligue arabe, est un homme parfaitement respectable et recommandable. Il s'agit d'ailleurs de quelqu'un qui exerçait déjà des charges publiques sous l'ancien régime. S'il manifestait le désir de rendre visite à Berne, il conviendrait, à mon avis, de le recevoir aimablement. Son influence au sein des pays arabes n'est pas mesurable mais semble être importante.

M. Suter: A l'issue de ces discussions, je voudrais évoquer brièvement la question de la guerre tragique qui désole le Soudan du Sud. En 1964, M. Hoffmann, délégué général du CICR pour l'Afrique noire, s'était rendu au Soudan mais n'avait pas obtenu audience auprès du régime militaire qui était alors en place. Depuis lors, la guerre s'est aggravée dans le sud et il paraîtrait opportun que le CICR envisage à nouveau les mesures qui pourraient être prises dans un sens humanitaire. Je m'entretiendrai encore en détail de cette question avec le Ministre Burckhardt.

CONFERENCE DES AMBASSADEURS 1965

B. Conférence régionale "Amérique latine" du 2 septembre
(0830 - 1135)

M. l'Ambassadeur Micheli: ouvre la séance et excuse le chef du Département politique retenu et propose de discuter de questions économiques et d'aide.

M. Léchet: On peut se demander s'il n'était pas préférable de réunir des conférences locales tous les deux ans seulement, mais alors avec l'assistance de tous les ambassadeurs et de toutes les personnes intéressées de Berne. La Communauté économique européenne accorde des préférences douanières aux pays africains membres de l'ancienne communauté française. Il en résulte une discrimination de la Suisse et des pays sud-américains, par exemple pour ces derniers en ce qui concerne le café. Des préférences accordées par les Etats-Unis aux états de l'Amérique latine ne nous toucheraient guère, bien que la Suisse se soit toujours élevée contre des zones de préférences locales. Par contre, l'industrie suisse serait touchée si l'Amérique latine accordait des préférences aux Etats-Unis.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Je salue l'idée de conférences régionales sur place.

M. l'Ambassadeur Stiner: Les Suédois organisent de temps en temps des conférences régionales.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Les relations entre le Venezuela et les Etats-Unis sont tendues. Pour le Venezuela, les restrictions imposées par les Etats-Unis à l'importation du pétrole brut sont un problème difficile. Le cas du Panama avec sa zone du canal est différent.

M. l'Ambassadeur Humbert: Dans les états de l'Amérique centrale, on ne parle pas de préférences à accorder aux états européens. Par contre, on se demande s'il ne serait pas possible que les Etats-Unis accordent un régime préférentiel en Amérique latine.

M. Léchet: Les Etats-Unis n'ont accordé aucune préférence jusqu'à maintenant, il s'agit simplement de rumeurs, mais dont on parle de plus en plus.

M. l'Ambassadeur Micheli: Les Etats-Unis n'ont pas offert quoi que ce soit. Nous devons néanmoins examiner la question dans le cadre du "Kennedy round". Comme dans beaucoup de domaines, l'attitude de la France s'oppose à celle des Etats-Unis. Nous devons préparer une politique de rechange. On pourrait par exemple envisager une division de travail entre les Etats-Unis et l'Europe. La Suisse devrait se décider de trouver une solution, soit unilatérale soit bilatérale.

M. Léchet: Nous assisterons à un nouveau fractionnement du

marché mondial. Des préférences unilatérales accordées par les Etats-Unis ne nous gêneraient guère. D'autre part, nous serions touchés par un régime différentiel que les pays de l'Amérique latine accorderaient aux Etats-Unis. Les systèmes d'intégration économique pratiqués en Amérique latine ressemblent à ceux de l'Europe, soit le marché commun, soit la zone de libre échange. La Suisse peut approuver ces systèmes. La zone de libre échange sud-américaine n'a pas fait beaucoup de progrès. Il est difficile de faire de nouvelles concessions dans sa quatrième année d'existence après une réduction douanière d'environ 25 %. Le marché commun sud-américain est plus développé. Le tarif douanier intérieur est aboli sauf pour des exceptions concernant les produits de la petite industrie et de l'agriculture. Nous constatons une certaine augmentation du commerce interzonal. Cela peut éventuellement heurter des intérêts suisses. Si certaines exportations traditionnelles suisses étaient touchées, nous aurions néanmoins la possibilité d'exporter d'autres produits, peut-être plus spécialisés. Nous devons nous tenir toujours au courant du développement. La question d'investissements sur place au lieu d'exportations se pose.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Le Venezuela ne fait pas partie de la zone de libre échange sud-américaine. Je crois à tort. Jusqu'à présent l'industrie privée s'y est opposée. Cela pourrait changer. A cause des frais élevés, le Venezuela a de la peine à écouler ses produits. Il sera forcé de chercher de nouveaux débouchés. En ce qui concerne le Panama, les prix de production sont également assez élevés. Si ce pays devait joindre la zone de libre échange américaine, il n'y aurait pas de danger pour la Suisse. Une augmentation des exportations de notre pays serait à prévoir.

M. l'Ambassadeur Stiner: Je ne crois pas que le développement économique du continent sud-américain contient des dangers pour l'exportation de nos produits de qualité. L'égoïsme national de ces pays ne facilite certainement pas l'intégration économique du continent sud-américain. En tout cas, l'exportation de produits suisses de qualité n'est pas menacée.

M. l'Ambassadeur Humbert: L'influence des Etats-Unis dans les états de l'Amérique centrale est certainement beaucoup plus grande qu'en Amérique du sud. L'intégration économique progressante des pays de l'Amérique latine ne crée certainement pas de danger pour l'exportation de produits de qualité de la Suisse. Au contraire, l'intégration croissante augmente la chance de la Suisse d'exporter davantage. Si, malgré toutes les révolutions politiques, ces pays parviennent à élever le niveau de vie, les chances de la Suisse sont bonnes.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Il s'agit de prendre le risque calculé d'investir dans les pays de l'Amérique latine.

M. Léchet: Jusqu'à présent les pays de l'Amérique latine n'offraient qu'un marché limité pour les exportations suisses. Le développement du marché commun sud-américain augmente l'attrait pour les

commerçants suisses. Bien que certains pays comme par exemple le Costa Rica soient économiquement sains, ils ne sont pas assez grands pour offrir des débouchés satisfaisants à notre exportation. La libéralisation des échanges en Amérique latine augmente les chances de la Suisse. On doit cependant se demander quelle est la chance des divers plans y relatifs. Il est nécessaire de créer un climat de confiance dans ces pays afin d'attirer les capitaux étrangers. En effet, le régime des investissements en Amérique latine est souvent insatisfaisant. Les capitaux à fuir les premiers sont en général les capitaux nationaux. Dans ces conditions, on réalise les difficultés que rencontrent les capitaux étrangers. Il faut donc lutter en faveur de l'amélioration des conditions d'investissement et chercher à conclure des accords de protection des investissements, tel celui passé avec Costa Rica. Vous connaissez tous le contenu de ce genre d'accords qui, à Costa Rica par exemple, intéressent plus particulièrement l'agriculture. Est-il possible d'en conclure d'autres avec des pays d'Amérique latine? Des démarches sont en cours à Santiago et à Bogota et l'on s'efforce d'amener la Colombie à conclure avec la Suisse un accord de ce genre en prétextant celui déjà signé avec l'Allemagne.

M. Probst: Souvent les pays auxquels nous proposons un accord d'investissement nous opposent une loi interne en cette matière et s'efforcent de nous prouver l'inutilité d'un tel accord. A mon avis, ces lois internes qui peuvent être modifiées unilatéralement, ne servent pas à grand'chose. Aussi avons-nous intérêt à lier ces pays par des obligations internationales. Les lois internes offrent des facilités mais, et c'est ce que nous devons faire comprendre à nos partenaires, elles doivent être complétées.

M. Léchet: Souvent ces lois nationales - je pense au Portugal - ne sont pas sensationnelles, mais sensationnellement restrictives, ce qui n'est pas pour plaire aux bailleurs de fonds.

M. l'Ambassadeur Micheli: Passons à une autre question qui m'intéresse particulièrement, celle de l'extension du castrisme en Amérique latine.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Au Venezuela, le castrisme est en nette régression. Il subsiste néanmoins un état d'insécurité dû à de nombreux attentats politiques. Le castrisme n'est cependant pas suffisamment organisé pour renverser le gouvernement Leoni qui possède une police politique très bien faite. Le seul danger provient des guérilleros que l'armée essaie sans succès, depuis deux ou trois ans, de déloger des montagnes qu'ils occupent. Des étudiants, même de familles aisées, s'engagent pas idéalisme dans leurs troupes. En effet, les universités dans lesquelles la police ne peut pénétrer en raison de leur autonomie, sont de véritables foyers communistes. De toute manière, Castro ne possède pas suffisamment d'argent pour alimenter des révolutions que les Américains d'ailleurs ne toléreraient pas.

M. l'Ambassadeur Humbert: La situation est identique en Amérique centrale. Actuellement il n'y a aucun danger de voir l'établissement d'un nouveau régime pro-communiste dans un de ces pays.

M. l'Ambassadeur Stiner: Au Chili, le castrisme est traité avec dédain et on le taxe de "mouvement tropical". Il n'existe pratiquement plus, preuve en sont les dernières élections présidentielles qui virent la défaite des partis de gauche. Un mouvement qui vise, au contraire, à enrayer le castrisme, part du Chili.

M. Léchet: Si vous permettez, je voudrais encore mentionner le problème de la dette extérieure. A ce point de vue, la situation est catastrophique dans certains pays d'Amérique latine. La dette extérieure y atteint parfois près de la moitié de leurs exportations.

M. l'Ambassadeur Turrettini: La situation est particulièrement catastrophique en Colombie où l'on s'attend à une révolution gauchiste. Ceci préoccupe beaucoup le Venezuela.

M. Léchet: Je me demande dans quelle mesure les promesses que ces pays font, je pense à l'engagement qu'ils prennent vis-à-vis du Fonds monétaire international de ne pas accroître leur endettement nouveau au-delà de leur endettement ancien, sont tenues. Je me demande également si ces pays sont prêts à se soumettre à la discipline nécessaire à l'assainissement de leur balance des paiements.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Je pense qu'on ne peut que difficilement leur faire confiance car ils ont des normes d'honnêteté différentes des nôtres.

M. l'Ambassadeur Humbert: Ces pays devraient en premier lieu observer une discipline plus rigoureuse dans leurs dépenses d'état. Une telle discipline est cependant difficilement réalisable. Si nous voulons faire des affaires avec ces gens, il convient de les prendre comme ils sont.

M. Léchet: Les gouvernements en question ne peuvent guère respecter une telle discipline en raison des pressions de politique interne auxquelles ils sont soumis. C'est ainsi que pour se maintenir au pouvoir ils se trouvent souvent dans l'obligation de transgresser à leurs engagements.

M. l'Ambassadeur Micheli: Passons maintenant à la question de l'assistance technique.

M. Lindt: Vous aurez remarqué que l'effort accompli en Amérique latine par notre service d'assistance technique est modeste. Notre réserve à cet égard est motivée par deux raisons. Tout d'abord, parce que nous tenons à notre "principe de concentration" et ensuite, parce qu'il y a dans ces pays une classe régnante disposant de fonds qu'elle préfère envoyer à l'étranger plutôt que de les consacrer au développement de leurs pays. La population suisse ne verrait pas

d'un très bon oeil une aide financière importante à ces pays. L'Amérique latine est cependant plus intéressante du point de vue économique pour la Suisse que l'Afrique. On peut se demander si l'assistance technique doit être utilisée pour créer un climat favorable aux investissements suisses.

Nous avons décidé d'établir un point de concentration en Amérique latine, au Pérou. Nos projets ont rencontré un grand intérêt au Pérou tant auprès de la presse que chez les autorités. D'autre part, la Banque de développement du Brésil nous demande de l'aider dans le développement de l'industrie de la viande. Ce projet serait exclusivement financé par la banque mentionnée, la Suisse n'envoyant que des experts.

En ce qui concerne les bourses, il me semble que les méthodes employées actuellement ne sont pas les meilleures. En effet, en ce qui concerne les bourses en Suisse, les résultats obtenus jusqu'à maintenant ne sont pas très probants. Aussi convient-il de se demander s'il ne serait pas nécessaire d'augmenter les bourses sur place. Qu'en pensent les chefs de mission, ne devrions-nous pas sortir de notre réserve?

M. l'Ambassadeur Turrettini: L'idée d'accorder des bourses sur place me paraît très bonne. Le problème capital est celui de la sélection. En ce qui concerne mon pays de résidence, immensément riche, mentionnons comme projets d'assistance technique celui de la Fédération Horlogère. Il consiste en un atelier de réparation et de formation horlogère. Mentionnons encore celui d'instituer, à Trinidad, une succursale de l'Institut Freymond.

M. Lindt: Nous finançons cet Institut.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Je reviens à mon idée de ferme modèle au Venezuela. Je sais que M. Lindt n'est pas persuadé de l'utilité de ce projet mais je suis convaincu qu'un jour il le sera ...

M. l'Ambassadeur Stiner: Pour revenir aux bourses, je pense que la sélection est compliquée par la procédure à suivre. En effet, nos offres doivent passer, au Chili par exemple, par l'administration et le consejo de rectores pour arriver finalement aux universités où parfois, elles ne sont même pas publiées. Il conviendrait de déformaliser la procédure et de faire publier nos offres dans la presse ainsi que le font les Allemands et les Autrichiens.

M. Lindt: Il n'est pas indispensable de s'en tenir strictement à cette voie, l'essentiel étant que le gouvernement approuve la candidature du boursier. J'ai l'intention de parler de ce problème à la commission des bourses du Département de l'Intérieur.

M. Probst: L'approbation du gouvernement est utile. Il est en effet inopportun d'accorder une bourse à un membre de l'opposition étant donné l'effet psychologique que l'on escompte de ce genre d'action.

M. Lindt: Il est important que le boursier, à son retour, puisse travailler d'une façon utile à son pays. S'il appartient à l'opposition il n'aura pas de travail.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Sauf si le gouvernement a changé entre-temps!

M. Lindt: Pensons au cas de l'Afrique où les dirigeants actuels de certains pays sont encore fortement francisés mais dans lesquels une partie de la nouvelle génération est formée un peu partout. On peut se demander s'il convient de ne pas lui prêter attention alors que, peut-être, elle sera au pouvoir demain, et s'il convient réellement de continuer à favoriser les privilégiés du régime actuel.

M. l'Ambassadeur Humbert: Il me semble que chaque chef de mission devrait avoir à sa disposition un certain fonds destiné à l'assistance technique. Quant aux bourses sur place, les expériences faites en Amérique latine sont positives. Il convient d'informer les gouvernements respectifs de nos offres de bourses mais également de les entourer d'une certaine publicité.

M. Lindt: Je comprends le désir des chefs de mission d'avoir à leur disposition un fonds. Ceci provoquerait cependant un éparpillement complet de notre aide. Il est nécessaire de concentrer nos efforts. Il convient, d'autre part, que les pays respectifs participent aux frais de l'action entreprise. Les Etats-Unis ont commis une grande faute en n'exigeant pas la participation des pays bénéficiaires de leur aide.

M. l'Ambassadeur Micheli: Le recrutement pour les bourses sur place est-il plus difficile que pour les bourses en Suisse?

M. l'Ambassadeur Stiner: Je pense que oui. Ceci est dû aux considérations d'ordre social qui entrent en ligne de compte.

M. Pestalozzi: Die Art und Weise, wie wir unsere Stipendien vergeben, halte ich für etwas problematisch, weil sie nicht abgestimmt ist auf unsere Entwicklungsprojekte. Man wählt die Kandidaten nach ihren akademischen Qualifikationen aus, weiss aber nicht, wie sie später eingesetzt werden. Das Auswahlkriterium sollte meines Erachtens der spätere Einsatz in einem für die Entwicklung des Herkunftlandes wichtigen Projekt sein. Diesen Punkt haben wir bisher vernachlässigt und das ist der Grundfehler unserer Stipendienaktion. Auch diese Aktion sollte ein Teil der Entwicklungsprojekte sein.

M. l'Ambassadeur Bucher: Je propose une meilleure collaboration entre la centrale et les ambassades dans le domaine des bourses. On devrait accorder aux ambassades la possibilité de sonder le terrain avec le gouvernement respectif avant d'offrir formellement la bourse. En ce qui concerne les bourses locales; faisons remarquer que le Nigeria p.e. a 7 universités dans lesquelles les étudiants paient eux-mêmes leurs études. Cependant, beaucoup de jeunes gens commencent

leurs études mais ne peuvent les poursuivre faute d'argent. C'est à ce stade qu'il faudrait pouvoir les aider. Les 18'000 Nigériens qui sont au bénéfice d'une bourse étudient à l'étranger. Pour répondre aux observations de M. Pestalozzi disons que le Nigeria, pays démocratique, ne saurait envisager un tel système qui ne peut être adopté que dans des pays fortement centralisés.

M. Lindt: Je propose que l'on consulte préalablement nos ambassades et qu'on les autorise à consulter les gouvernements. Je mets l'accent sur le terme "consulter"...

Nous nous efforçons, dans la mesure du possible, de mettre les boursiers en relation avec nos projets. Ceci, naturellement, augmente encore la concentration de notre aide.

En ce qui concerne les volontaires, faisons remarquer qu'actuellement ils sont au nombre de vingt et qu'ils seront une centaine l'année prochaine. Nous avons fait d'excellentes expériences jusqu'à ce jour. Faut-il prévoir une action de volontaires en Amérique latine? Je pense au Pérou et éventuellement à un autre pays. Il se pose cependant le problème de l'encadrement.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Au cas où le Venezuela, qui est suffisamment riche, serait disposé à payer les frais, seriez-vous d'accord d'y envoyer des experts?

M. Lindt: Certainement. Nous avons fait la même chose avec l'Arabie séoudite où le Roi nous a demandé d'envoyer des experts afin de mener à bien un projet d'élevage. Là également, la Suisse n'a qu'une responsabilité technique. Cette formule serait excellente pour l'Amérique latine.

M. l'Ambassadeur Cuttat: Quel est le pourcentage des dépenses pour les bourses dans l'ensemble de notre aide technique?

M. Pestalozzi: Nous dépensons deux millions et demi de frs par an pour des bourses universitaires. Un tiers de cette somme est attribuée aux pays développés et deux tiers aux pays sous-développés.

M. Exchaquet: Très souvent, les boursiers sont déçus, à leur retour dans leur pays, de ce qu'ils ne reçoivent pas les responsabilités qu'ils estiment conformes à la formation qu'ils ont reçue en Suisse.

M. Lindt: C'est en effet un problème. Mais souvent ces boursiers ont reçu une promotion, en Guinée par exemple. Ils ne doivent cependant pas faire preuve de prétentions démesurées. En général les bourses sur place me semblent préférables. Les statistiques prouvent qu'aux Etats-Unis le 80 % des boursiers de Formose y restent de même que le 40 % de l'ensemble des boursiers.

M. Pestalozzi: Im Schreiben unseres Dienstes für technische Zusammenarbeit an die Missionschefs betreffend die heutige Konferenz haben wir noch die Frage aufgeworfen, ob unsere Botschafter Projekte

vorschlagen, provozieren sollen, oder ob sie sich darauf beschränken können, die Vorschläge, die an sie gelangen, in ihrer Gesamtheit - oder eventuell nur eine Anzahl "ausgesiebter" - an uns weiterzuleiten.

Wie weit sollen unsere Missionen gehen? Ich denke an den Fall von Zentralamerika, wo Herr Botschafter Humbert sich grosse Mühe gibt, uns auf zahlreiche Möglichkeiten der technischen Hilfe aufmerksam zu machen, und dann vielleicht enttäuscht ist über unsere Reserve. Je grösser die Auswahl der uns unterbreiteten Projekte ist, umso grösser ist natürlich auch die Wahrscheinlichkeit, dass wir darunter wirklich ein gutes finden. Nur dürfen die Missionen eben nicht enttäuscht sein, wenn wir nicht alle ihre Vorschläge berücksichtigen können.

M. l'Ambassadeur Cuttat: Il y a une profonde différence entre l'Amérique latine et l'Asie. La première fait partie de notre sphère culturelle tandis que l'Asie est un monde à part. A mon avis, aux Indes par exemple, le seul système de bourses qui entre en ligne de compte est celui des bourses sur place. Les boursiers d'Amérique latine se réintègrent plus facilement que ceux d'Asie dans leur pays.

M. Lindt: Le 95 % des boursiers de Formose reste aux U.S.A. après leur stage. 45 % de tous les boursiers ayant eu une formation dans le pays, ne quitte plus le pays.

M. l'Ambassadeur Cuttat: Il y a une grande différence entre les boursiers d'Asie et ceux d'Amérique latine, en ce qui concerne la réadaptation après leur stage à l'étranger. Dans le cas de l'Inde, par exemple, la seule forme possible d'aide, est la formation sur place. Pour l'Amérique latine il me semble que - les conditions de vie étant plus près de celles de l'Europe - une réintégration après la formation à l'étranger est beaucoup plus facile.

M. l'Ambassadeur Turrettini: En ce qui concerne le rôle des Ambassadeurs, quelque chose de positif peut être fait seulement si l'Ambassadeur s'intéresse et suit les projets qui vont se réaliser dans le pays où il est accrédité.

M. Lindt: La grande importance du rôle de l'Ambassadeur est montrée par exemple dans le cas du projet de Trinidad concernant la création d'un Institut de relations internationales: ce projet s'est développé dans des discussions entre l'Ambassadeur et les personnes compétentes du pays. Lorsque les Ambassadeurs font des suggestions en ce qui concerne des projets, ils doivent faire en même temps des recommandations, tout en cherchant à ne pas trop s'engager vis-à-vis des autorités du pays.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Je reviens sur ce qu'a dit M. Cuttat. Je trouve qu'il a raison: les experts et boursiers de l'Amérique latine ont plus de facilité à retrouver leur équilibre une fois rentrés dans leur pays. Je rappelle pourtant que, en général, les boursiers prennent aussi les mauvaises habitudes des pays

dans lesquels ils jouissent d'une formation.

M. Pestalozzi: En ce qui concerne le consentement des gouvernements, il y a quelques difficultés dans le cas des projets établis en collaboration avec des organisations privées: ces dernières ont facilement l'impression que les gouvernements veulent trop s'immiscer. Dans ces cas aussi, la plus grande prudence est recommandée, étant entendu que l'assentiment du pays doit être demandé.

M. Lindt: Le même problème existe aussi dans les cas de projets établis par des missions (création d'une école).

M. l'Ambassadeur Bucher: J'ai quelque expérience dans ce secteur. Sans autorisation, nous risquons des difficultés. Le Gouvernement central veut avoir le contrôle central sur l'éducation. C'est question de prestige. Je rappelle le cas du Cameroun, où les autorités centrales ont été vexées parce qu'on n'a pas demandé leur accord avant la réalisation d'un projet. Le Gouvernement central doit pouvoir donner son assentiment.

M. Pestalozzi: Ich bin einverstanden. Die letzte Frage: die Kontrolle der Projekte durch die Botschaften während der Durchführung und auch nachträglich, um die Wirkung feststellen zu können; eventuell auch Vorschläge machen betreffend die Weiterführung der Projekte. Ich sehe ein, es ist eine grosse Arbeit für die Botschaften. Wie weit darf man die Botschafter beanspruchen? Ist es den Botschaftern nicht unangenehm?

M. l'Ambassadeur Turrettini: C'est notre devoir. Et c'est un devoir intéressant.

M. l'Ambassadeur Stiner: ... mais qui, des fois, peut être très difficile. Souvent les projets sont réalisés dans des régions assez lointaines. L'Ambassade n'a pas du personnel avec des connaissances techniques suffisantes pour juger. Je pense qu'on pourrait utiliser les colonies comme organe de contrôle. Il y en a souvent qui comptent des architectes: dans ces cas alors, et seulement ici, un contrôle effectif est possible.

M. l'Ambassadeur Micheli: C'est à l'Ambassade de juger. C'est une chose qu'elle pourra toujours faire.

M. l'Ambassadeur Humbert: Il s'agit là d'une tâche très importante et il faudra en juger de cas en cas.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Ce n'est pas toujours facile non plus. Je pense maintenant au projet du Trinidad. Après la mort de M. Kuhn, on n'a pas trouvé un Consul valable. Il faudrait prévoir un Chargé d'affaires pour la zone des Caraïbes, détaché de l'Ambassade, d'autant plus que sous peu quelques anciennes colonies atteindront l'indépendance. Ce projet (du Trinidad) sera réalisé à 1'200 km de notre Ambassade et personne ne sera sur place. Il y a encore un autre

point: le projet Trinidad englobera aussi l'Université de Moha en Jamaïque et la Jamaïque n'est pas dans ma juridiction. Il faudrait intégrer la Jamaïque parce que je trouve qu'une seule personne devrait traiter les deux choses.

M. Lindt: Très judicieux. Je n'ai jamais compris ce partage.

M. l'Ambassadeur Micheli: Ce sera un problème à prendre en considération.

M. l'Ambassadeur Turrettini: Il faudra aussi penser dans l'avenir à détacher Panama et l'attacher soit au Guatemala, soit à Bogota, soit au Mexique.

M. l'Ambassadeur Micheli: Je vous remercie de cette suggestion que nous soumettrons aux Affaires administratives.

M. l'Ambassadeur Humbert: Je veux répliquer au sujet d'un éventuel rattachement de Panama au Guatemala: peut-on desservir six pays en même temps?

M. l'Ambassadeur Turrettini: Rattachons-le à la Colombie alors! Il me semblait plus logique que ce soit au Guatemala, mais je comprends aussi l'Ambassadeur Humbert: à peine s'est-on installé dans un pays que déjà il faut en repartir.

M. Probst: Je crois que nous pourrions discuter avec M. Grässli de tous ces problèmes.

M. l'Ambassadeur Micheli: Je vous propose à ce sujet de nous retrouver jeudi 9 septembre, à 15 heures, dans mon bureau. Tous sont d'accord. Y a-t-il encore d'autres questions?

M. l'Ambassadeur Humbert: Je soulève la suggestion que j'ai faite à Soleure à la journée des Suisses à l'étranger. M. Jaccard a visité les colonies d'Amérique du Nord. J'aimerais qu'il puisse aussi faire un tour en Amérique latine pour prendre contact avec les colonies suisses: les membres des colonies se flattent si quelqu'un de la patrie va discuter avec eux des problèmes existant en Suisse, mais surtout des problèmes qui peuvent exister pour les colonies dans les rapports avec le pays dans lequel ils se trouvent. On pourrait prévoir deux tournées d'un mois chacune (fr. 100.-- par jour: il faut parler aussi finances!); une pour le Mexique et l'Amérique centrale, une deuxième pour l'Amérique du sud. Je comprends que M. Jaccard soit très occupé, aussi n'y a-t-il pas besoin de passer tout de suite à la réalisation.

M. l'Ambassadeur Micheli: Vous savez qu'il faut imposer un frein aux dépenses. J'étais déjà réticent à Soleure, je ne voyais pas, et je ne vois pas exactement l'utilité de ces tournées. En plus, dernièrement, il y a déjà eu les voyages de MM. Jolles, Grässli, Stopper,

sans oublier M. Wahlen qui, durant son voyage au Mexique, a pris contact avec la colonie suisse de là-bas. Est-ce que c'est déjà le moment pour M. Jaccard? Pouvons-nous justifier ces dépenses?

M. l'Ambassadeur Stiner: Ce ne serait pas le cas pour le Chili; en tout cas pas un besoin immédiat. Les frais seraient vraiment considérables!

M. l'Ambassadeur Turrettini: Un tel voyage ferait plaisir à nos colonies. Il devrait être bien organisé. M. Jaccard devrait faire le tour du pays, parce qu'il y a des Suisses un peu partout. Ce ne sont pas les Suisses habitant la capitale qui ont besoin d'une visite pareille. N'y a-t-il pas un message spécial en préparation?

M. Probst: De tels voyages se révèlent très utiles pour les pays où les colonies ont des difficultés (voir le cas du Maroc, à cause de la progressive nationalisation des terres: les gens se font des soucis et ont peur que plus personne, ni à l'Ambassade, ni à Berne, fasse quelque chose pour eux: un tel voyage c'est le moyen de leur démontrer qu'on ne les a pas oubliés). Je trouve qu'il faut profiter des occasions, par exemple à l'occasion d'une inauguration, et prendre le temps nécessaire pour visiter en même temps les colonies; les frais seront ainsi de moitié.

M. l'Ambassadeur Micheli: La réalisation d'un voyage en Amérique latine est maintenant difficile. Ce que vient de dire M. Probst correspond à ma façon de penser: je trouve que des voyages tels que M. Probst en a fait un en Afrique sont intéressants soit pour la colonie même, soit pour l'Ambassadeur qui accompagne la personne venant de Berne.

S'il n'y a plus d'autres questions, j'aimerais remercier les participants. C'était une séance intéressante et utile. Même si vous étiez peu nombreux, nombre de problèmes ont été abordés.

BOTSCHAFTERTAGUNG 1965

C. Erste Plenarsitzung vom Donnerstag, 2. September 1965
(1415 - 1800)

Herr Minister Grässli: Sie haben alle die von der "Schweizer Illustrierten" veröffentlichte Artikelfolge mit dem Titel "Advokaten des Feindes" gelesen. Diese hat in der Öffentlichkeit ein starkes Interesse gefunden und das Schweizer Fernsehen veranlasst, die Wahrung der schweizerischen und fremden Interessen im Ausland seinerseits zum Gegenstand einer besonderen Sendefolge zu machen. Das Fernsehen möchte heute einige Aufnahmen einzelner Herren machen, die sich im letzten Krieg mit der Wahrung fremder Interessen befasst haben.

Herr Bundesrat Wahlen: Es ist mir wiederum eine angenehme Pflicht, Sie zur Botschaftertagung in diesem Saale willkommen zu heissen. Fast scheint es mir unmöglich, dass ein volles Jahr verstrichen sein sollte, seit wir uns hier zum letzten Mal besammelten. Es wird Ihnen ähnlich gehen wie mir: der Andrang der Arbeit wirkt sich als Akzelerator auf den Zeitablauf aus, sodass die Tage und Wochen vorbeifliegen, und man sich ganz unversehens Gewähr wird, einen neuen Jahrring angesetzt zu haben. Ein Grund mehr, die Rose zu pflücken, eh sie verblüht, und den Besuch, den Sie uns mit Ihren Gemahlinnen abstaten, zählen wir zu den Rosen, die uns das Schicksal auf den Weg streut.

In der Organisation der Konferenz haben wir uns bemüht, aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen. Die beiden Regionalkonferenzen, die letztes Jahr erst im Anschluss an die Hauptveranstaltung abgehalten wurden, sind dieses Jahr vorverlegt worden in der Meinung, sie könnten die allgemeinen Diskussionen befruchten. Sodann wurde die Zahl der Hauptreferate auf drei reduziert, um vermehrte Aussprachemöglichkeiten zu schaffen. Um über einen tragfähigen Rahmen für die Diskussion zu verfügen, haben wir für die beiden ersten Referate je fünf Herren um kurze Voten zu bestimmten Fragen gebeten. Ich hoffe sehr, dass sich diese Organisationsform bewähren wird und ersuche alle Teilnehmer um lebhaftige Beteiligung an den Diskussionen.

Es freut mich, festhalten zu können, dass im vergangenen Jahr unter den ehemaligen Missionschefs kein Todesfall zu verzeichnen ist. Dagegen verneigen wir uns vor den fast hundert Toten, die im Lauf dieser Woche in Mattmark Opfer ihrer Pflichterfüllung geworden sind, und vor dem unendlichen Leid, das über ihre Familien hereinbrach. Einmal mehr haben wir gesehen, dass der Mensch bei allem Stolz über die grossen Fortschritte der Technik die Naturgewalten nicht zu bändigen vermag.

Aus medizinischen Gründen musste Herr Botschafter Koch im letzten Monat vorzeitig pensioniert werden. In den Ruhestand werden versetzt: auf Ende dieses Monats Herr Botschafter Bisang, auf Ende des Jahres die Herren Botschafter Brügger und Zehnder sowie Minister Bernard Barbey. Leider können sie an der Botschaftertagung nicht teilnehmen, sodass es mir zu meinem Bedauern nicht möglich ist, ihnen heute für die der Eidgenossenschaft geleisteten Dienste persönlich den

Dank auszusprechen.

Damit erkläre ich die Konferenz als eröffnet und gehe zur Abwicklung der Traktandenliste über, nicht ohne allen denen, die sich um die Vorbereitung bemühten, sowie den Referenten und Diskussionsrednern verbindlich zu danken.

Als erster Punkt der Traktandenliste figuriert wie gewöhnlich das einleitende Referat des Departementschefs, eine Aufgabe, die mir bei der Ueberfülle des vorhandenen Stoffes immer grosses Kopfzerbrechen verursacht, besonders deshalb, weil Sie sich hauptberuflich Tag für Tag mit den politischen Geschehen befassen, sodass es schwer ist, Ihnen Neues zu bieten. Die gleiche Aufgabe stellt sich mir jährlich viermal vor den aussenpolitischen Kommissionen. Diese Referate werden aus Gründen, die ich nicht zu erklären brauche, nicht in die Protokolle aufgenommen und können Ihnen deshalb auch nicht zugestellt werden. Es schien mir deshalb nicht uninteressant, Ihnen heute zwei Fragmente aus den beiden letzten Kommissionsreferaten vorzutragen. Es handelt sich um eine historisch-politische Betrachtung über die Grundlagen und Motivationen der amerikanischen Aussenpolitik und um die Beantwortung der Frage eines Kommissionsmitglieds über die Präsenz der Schweiz in der Welt. Dagegen werde ich mich nicht zum Ausbau der Verwaltungskontrolle äussern, wie dies die Traktandenliste vorsieht. Der Bericht des Bundesrates, als Stellungnahme zu den Anträgen der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission, ist soeben erschienen; falls Sie ihn nicht vollumfänglich lesen können, stehen Ihnen sehr gute Zusammenfassungen in der seriösen Presse zur Verfügung.

(Referat über aussenpolitische Fragen)

Ich eröffne an dieser Stelle die Diskussion zum ersten Teil meines Referates und bitte die Herren Botschafter Troendle und Ganz, diese mit ihren Beiträgen einzuleiten.

Herr Botschafter Troendle:

Das Schicksal der Hallsteintheorie; die Bundesrepublik Deutschland zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich

Man kann wohl schwerlich behaupten, die Bundesrepublik habe in letzter Zeit bei der Gestaltung ihrer Aussenpolitik eine glückliche Hand gehabt. Zu viele, nur für die Innenpolitik arbeitende Köche verderben fortlaufend den Brei. In gewissermassen paradoxer Weise beruht aber diese Zerfahrenheit nicht etwa auf einem Mangel an Richtlinien; im Gegenteil: nach deutscher Eigenart wird kein Entscheid getroffen, ohne dass nicht vorher hiefür ein Prinzip, ein Gesetz aufgestellt worden wäre und nachher ist man dann der Gefangene dieses Gesetzes, ohne die Fähigkeit zu besitzen, in pragmatischer Weise den sich ständig ändernden internationalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Im Sinne von Richtlinien liess der Bundeskanzler im Juli 1964 folgende Rangordnung der politischen Aspirationen der Bundesrepublik verkünden:

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die allen anderen vorzugehen hat und nur mit Hilfe der Verbündeten, insbesondere der drei Westmächte erreichbar erscheint.
2. Die Verteidigung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO, eng

angelehnt an die Vereinigten Staaten und erst in

3. Linie die Bestrebungen zur Schaffung eines supranationalen Europas, wofür die deutsch-französische Zusammenarbeit Voraussetzung ist.

1. Wie steht es nun mit der Wiedervereinigung? Das offizielle Bonn nimmt bekanntlich für sich in Anspruch, allein das deutsche Volk zu vertreten, um die im Potsdamer Abkommen in etwas zweifelhafter Weise verankerte politische Einheit Deutschlands im Rahmen der Grenzen von 1937 zu erreichen. Quasi als völkerrechtliche Basis dient heute auch die Dreimächteerklärung vom 26. Juni 1964. Das Ziel ist primär nicht ein Zusammenschluss mit der DDR, sondern ein Anschluss der Ostzone.

Die westdeutsche Bevölkerung ist, wenigstens ideologisch für eine Wiedervereinigung, getragen vom Nationalbewusstsein und vom Bestreben, wieder eine Macht zu werden, nicht nur wirtschaftlich - was ja heute wohl schon der Fall ist - sondern auch politisch und daraus logischerweise folgernd auch militärisch. Wie weit aber gegebenenfalls beim Einzelnen Bereitschaft besteht, für dieses Ziel auch materielle Opfer zu bringen, ist eine andere Frage. In mehr vertraulichen Gesprächen bekommt man Meinungen zu hören, die hieran Zweifel aufkommen lassen müssen.

Die sog. Hallsteintheorie ist der Ausdruck dieses Alleinvertretungsanspruches. Die Existenz der DDR wird glatt verneint und wer sich mit Pankow einlässt, ist ein Feind der Bundesrepublik. Um dies zu verhindern, setzt Bonn unter dem Titel Entwicklungshilfe in grossem Ausmass finanzielle Mittel ein. Sobald im schwarzen Erdteil oder anderswo ein Staat entsteht, wird ein Botschafter entsandt und die Enttäuschung ist gross, wenn die Araber oder Neger den Sinn dieser politisch konzipierten Entwicklungshilfe nicht erfassen und darin nur eine Gelegenheit zu Erpressungen finden. Das débâcle in den arabischen Staaten hat der Hallsteintheorie - die nebenbei gesagt diesen Namen zu Unrecht trägt - einen argen Stoss versetzt. Die Stimmen mehren sich, die fragen, ob es nicht besser wäre, sich im Ausland allenfalls neben einer Vertretung der DDR zu behaupten und nicht, wie bis anhin, jedesmal das Feld zu räumen, wenn ein Staat mit Pankow Beziehungen aufnimmt. Der Abbruch diplomatischer Beziehungen durch die Bundesrepublik oder mit ihr ist ja in der Tat zu einer Farce geworden, und manchmal werden sogar die betreffenden Staaten wirtschaftlich fast besser behandelt als vorher, während die treuen Freunde, bei welchen man punkto DDR nichts riskiert, bei der Entwicklungshilfe ins Hintertreffen gelangen. Zum guten Teil mit Rücksicht auf die Wahlstimmen der sog. Heimatvertriebenen hält die Bundesregierung aber nach wie vor offiziell an der Hallsteintheorie fest. Ihr Schicksal ist somit noch nicht besiegelt. Es sind aber Anzeichen dafür vorhanden, dass nun mehr Bereitschaft besteht, deren Interpretation realistischer zu gestalten, was selbstredend zu ihrer fortlaufenden Aushöhlung führt.

2. Der ausschlaggebende spiritus rector für enge Beziehungen zu den USA liegt im Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik. In Bonn wird man nicht müde zu betonen, die Angst Moskaus vor einem wiedervereinigten Deutschland sei vollkommen unbegründet. Ist aber andererseits

die Angst der Bundesrepublik vor der Sowjetunion wirklich begründet? Aus einem, aus dem Zusammenhang gerissenen Ausspruch Lenins wird gefolgert, Moskau trachte danach, ganz Deutschland dem kommunistischen Block einzuverleiben, nicht nur mit Mitteln der politischen Subversion, sondern auch mit militärischer Macht, wenn Westdeutschland nicht wirksam verteidigungsbereit bleibe.

Die besten Kenner der Sowjetunion unter meinen früheren Moskauer Kollegen waren hingegen einhellig der Auffassung, Moskau trachte danach, die Zweitelung Deutschlands zu verewigen und wolle auch kein kommunistisches Gesamtdeutschland, lieber würde man im schlimmsten Falle die Ostzone preisgeben, wenn damit eine international garantierte Entmilitarisierung von Gesamtdeutschland eingehandelt werden könnte. Im offiziellen Bonn will man das nicht glauben und argumentiert mit der illegalen Tätigkeit der Kommunisten. Gewiss, Moskau wäre wohl einer Kommunisierung Westdeutschlands von innen heraus nicht abgeneigt, würde aber gegebenenfalls Vorwände suchen und finden, um eine Wiedervereinigung mit allen Mitteln zu hintertreiben, denn die Maxime Lenins, zwischen kommunistischen Staaten könne es keinen Krieg geben, hat seit dem Konflikt Peking - Moskau an Ueberzeugungskraft eingebüsst.

Ein weiteres Positivum im Verhältnis zu den USA ist auch die Tatsache, dass der berüchtigte Morgentauplan nicht zur Verwirklichung kam und vielmehr Washington dem darniederliegenden Westdeutschland in grosszügiger Weise wirtschaftlich wieder auf die Beine half. Solange nun die politischen Interessen in der Bundesrepublik und in den USA parallel laufen, ist alles in bester Ordnung. Zeigt sich indessen ein Auseinanderklaffen dieser Interessen, so entsteht sofort Misstrauen und der Freundschaftshorizont trübt sich. Auch die Washingtoner Entspannungspolitik wird mit grosser Sorge verfolgt. Man erkennt, dass hiebei die Bundesrepublik riskiert, aus dem Spiel zu bleiben, und dass der Anspruch auf Wiedervereinigung eines schönen Tages geopfert werden könnte.

Ihre starke wirtschaftliche Position weckt bei den Deutschen das Verlangen, auch politisch mächtig zu werden, wobei der verlorene Krieg leicht in Vergessenheit gerät. So wurde bezeichnenderweise im gegenwärtig sich abspielenden Wahlkampf Bundeskanzler Erhard der Vorwurf gemacht, er treibe im Namen eines wirtschaftlichen Riesen eine Zwergstaatspolitik. Die Ueberschätzung der eigenen Macht greift um sich. Man kann nicht begreifen, dass sich die Handelspartner nicht mit dem deutschen Lieferpotential auch politisch auf die Knie zwingen lassen. Als zum Beispiel Marschall Tito die DDR besuchte, wurde festgestellt, er sei nun wieder vollkommen in den Sog Moskaus geraten, sonst hätte er angesichts des Interesses an den Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik niemals einen solchen Schritt tun können.

Zur Illustration des deutsch-amerikanischen Verhältnisses gehört auch die Feststellung, dass die Nachahmung amerikanischer Lebensgewohnheiten in Wirtschaft und Politik weitgehend zu einer Amerikanisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik geführt hat. Hiebei wurde nicht nur gutes und geeignetes übernommen, sondern auch der abendländischen Tradition artfremdes. Man verfolge nur die Auswüchse im Zeitungswesen oder die gegenwärtige Wahlwerbung, in welcher sich auch die exponiertesten politischen Persönlichkeiten als Sales-manager ge-

bärden, und dazu noch auf Staatskosten.

3. Ein konservativ eingestellter politischer Kommentator bezeichnete in einem dieses Frühjahr erschienenen Buches das Verständigungswerk Adenauer - de Gaulle als einen Damm gegen die Aushöhlung der Position Bonns in der Wiedervereinigungspolitik durch die Entspannungsversuche Washingtons. Der deutsch-französische Vertrag hat aber wohl noch tiefere Ursachen. Adenauer ist Westeuropäer und scheute sich nicht, mit General de Gaulle eine Art politische Flurbereinigung anzustreben, wiewohl er wusste, dass der letztere die Oder-Neisse-Linie als feststehend betrachtet und wohl auch im Innern bereit ist, die Teilung Deutschlands hinzunehmen. Die politische Integration Westeuropas ist im Grunde genommen bei den Deutschen gar nicht so populär wie es den Anschein hat. Sie ist eher Mittel zum Zweck. Allein fühlt man sich zu schwach, um die Ostzone zurückzugewinnen. Auf die USA glaubt man sich - wie gesagt - nicht ganz verlassen zu können. Darum zunächst ein Bündnis mit Frankreich und, zusammen mit ihm, die Dominierung Westeuropas. Um die Macht zu vergrössern, will man auch Grossbritannien dabei haben, wiewohl man aus Erfahrung weiss, dass das Inselreich weltorientiert ist.

Adenauers Verständigung mit de Gaulle fiel in der Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden. Man kann vielleicht sogar von einem deutschen Degaulismus sprechen. Was am meisten imponiert, ist der französische Nationalismus. Man möchte dasselbe für das eigene Land.

In politischen und wirtschaftlichen Kreisen mag - gewissermassen im Unterbewusstsein, unterschwellig wie es im Journalistenjargon so schön heisst - die Ueberlegung mitgespielt haben, im deutsch-französischen Verhältnis werde der deutsche Partner sich als der stärkere und tüchtigere erweisen und schliesslich die Führung in die Hände bekommen. Bei Frankreich imponierte nicht die Macht und der Nimbus des Siegers, wie dies bei den USA der Fall ist. Ein Rest von Ueberlegenheitsgefühl, gestärkt durch den militärischen Zusammenbruch Frankreichs bei Kriegsbeginn blieb mit im Spiel. Umso grösser ist das heutige Malaise bei all denen, die solchen Ueberlegungen oder Spekulationen huldigten. Paris ist der stärkere Partner, nicht potentiell, aber im politischen Können. Der General rechnet nicht mehr damit, dass im Konfliktsfalle der amerikanische Atomschirm zuerst über Europa aufgespannt wird. Er schätzt die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion geringer ein und empfindet wohl auch nicht ein tägliches Unbehagen über die Zweiteilung Deutschlands. Seit Adenauer verstehen sich die Gesprächspartner nicht mehr, das Wishfullthinking in Bonn führt von einem Missverständnis ins andere. Die deutschen Unterhändler sind ihren hervorragend geschulten französischen Kollegen nicht gewachsen. Wenn die Kommission Hallstein glaubte, die Frankreich aus der Getreidemarktordnung zufallenden finanziellen Vorteile ausspielen zu können. um beim General eine Konzession in der Richtung einer supranationalen europäischen Struktur zu erzwingen, so war sie einmal mehr befangen vom Irrglauben, Deutschland könne in jedem Falle seine wirtschaftliche Stärke in politisches Gewicht ummünzen.

4. Das durch auf- und abklingendes Misstrauen durchwobene Verhältnis zu den USA erscheint mir auf Grund der gemachten Ueberlegungen solider fundiert, als die Kollaboration mit Frankreich. Wie schon gesagt, ist vielen politisch massgebenden Deutschen das eigene wirtschaftliche

liche Potential in den Kopf gestiegen. Sie wissen aber, dass sie damit in Washington nicht auftrumpfen können. Der diesbezügliche Versuch in Paris ist ihnen vorläufig misslungen. Auf der Suche, wem sie nun noch imponieren könnten, gelangen sie zwangsläufig in östlicher Richtung. Es ist bezeichnend, wie viel in letzter Zeit von der früheren Stellung Deutschlands auf den osteuropäischen Märkten gesprochen wird. Der Kruppverkäufer Beitz ist nicht der einzige, der wieder den Drang nach Osten verspürt. Gewiss, das Streben ist zur Zeit noch rein wirtschaftlicher Natur, und es wäre zum mindesten leichtfertig, das Rapallogespenst an die Wand malen zu wollen.

Nach dem 19. September, wenn die Bundestagswahlen vorbei sind, fühlen sich die alsdann massgebenden Politiker vielleicht etwas freier, um das aussenpolitische Grundkonzept neu zu überdenken. Vom Anspruch auf Wiedervereinigung werden sie, kommen sie nun von rechts oder von links, nicht abgehen können. Die Voraussetzungen für ein zweites Rapallo sind daher keinesfalls gegeben, es sei denn, Moskau gebe die Ostzone frei und hierfür bestehe nicht das geringste Anzeichen. Im Gegenteil - je länger die Teilung Deutschlands dauert, desto weniger bleibt ein Anschluss der DDR an die Bundesrepublik im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die Herren Mende, Lemmer und Schütz mögen lange öffentlich erklären, die Situation in der Zone sei unhaltbar, sie wissen - und geben es in privaten Gesprächen auch zu - dass wohl das Regime in der DDR alles andere als beliebt ist, dass aber die Bevölkerung sich irgendwie arrangiert hat und dass die Jugend nicht mehr an einen Anschluss an die Bundesrepublik denkt, sondern einen dritten Weg sucht. Der Anreiz des sozialen Gefälles ist im schwinden und für die Abiturienten der stark ausgebauten, nach dem sowjetischen Leistungssystem organisierten höheren Lehranstalten sind - im Rahmen der kollektiven Staatsordnung - die Aufstiegsmöglichkeiten relativ nicht schlechter als im Westen. Das Gut der individuellen Freiheit hat im materialistischen Zeitalter eben an Anziehungskraft verloren, besonders bei einer Bevölkerung, welche dieses für uns höchste Gut schon unter dem Naziregime nur noch vom Hörensagen kannte und nicht wie die am Rhein lebenden Westdeutschen einen offenen Blick über die Grenzen hinaus in die Welt hatte.

Herr Botschafter Ganz: Seit der Diplomatenkonferenz vom September 1964 ist der am 14. Oktober 1964 erfolgte Sturz Chruschtschews als wichtigstes Ereignis innerhalb der kommunistischen Welt zu verzeichnen. Nach nunmehr 10 Monaten darf man heute feststellen, dass sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China seither nicht wesentlich verändert haben. Dem ausländischen Beobachter fiel auf, wie isoliert Tschou En-lai während seines letzten Besuches in Moskau war. Während des Empfangs, den die Sowjetführer damals zu seinen Ehren gaben, hielt Marschall Malinowski eine durch eine bisher noch nie dagewesene Aggressivität gegenüber den USA gekennzeichnete Rede, zu welcher Kossygin selbst im Gespräch bemerkte, dass sie gehalten wurde, um Tschou nicht noch mehr zu verärgern. Heute muss konstatiert werden, dass eine Versöhnung zwischen der Sowjetunion und China wenig wahrscheinlich ist und sich ihr Streit kaum mehr beilegen lassen wird. Der Vormachtsdrang Chinas in Asien lässt sich heute nicht mehr aufhalten.

Nach Chruschtschews Sturz und ganz besonders seit Beginn der Vietnamkrise wurde immer wieder die Frage laut, ob eine Annäherung der beiden Staaten nicht doch noch zustande kommen könnte, jedoch sucht man auch heute noch vergeblich nach Indizien, welche eine Aussöhnung der beiden wahrscheinlich erscheinen liessen. Bei alledem ist erstaunlich, dass sich Nord-Korea und Nord-Vietnam bis heute aus dem Streit der beiden Grossen haben heraushalten können. Trotz ihrer starken Bindung an Volkschina streben sie geordnete Beziehungen zur Sowjetunion an. - Auch in Afrika spielen sich höchst interessante Dinge ab. Sie alle kennen die ungeschickten Aeusserungen, mit denen sich Tschou den Zugang zu verschiedenen neuen afrikanischen Republiken versperrt hat. Auch Afrika ist Schauplatz des Konkurrenzkampfes, den sich die Sowjetunion und China liefern. Die afrikanischen Politiker Sékou Touré, Modibo Keita und Alfonse Massamba-Débat sind alle im Laufe dieses Jahres von den Sowjets in Moskau besonders herzlich willkommen geheissen worden. Zweifellos hat die Sowjetunion im Laufe des vergangenen Jahres in Afrika an Terrain gewonnen; entgegen allen Erwartungen hat sich der Kongo-Brazzaville nicht in die Abhängigkeit Chinas begeben. China bezichtigt die Sowjetunion heute, in Afrika einem imperialistischen Kolonialismus zu huldigen. Um der Sowjetunion gegenüber diese Vorwürfe mit besserem Recht wiederholen zu können, will Peking, nach neuesten Informationen, dem Tibet eine gewisse Unabhängigkeit verleihen. Den schweren Vorwürfen, die Peking bei jeder Gelegenheit vor der ganzen Weltöffentlichkeit an die Adresse Moskaus richtet, weicht dieses merkwürdigerweise immer wieder aus. Die platonische und vorwiegend rhetorische Hilfe, die es Nord-Vietnam bis heute gewährt hat, vermochte Moskau nicht aus der schwierigen Situation zu helfen, in der es sich auch in Südostasien befindet. In diesem Zusammenhang ist die Behandlung eines Vietcong-Vertreters durch die Sowjets von Interesse, dem von diesen bei offiziellen Empfängen trotz verschiedentlichen Vorstellungen seitens westlicher Missionschefs immer wieder eine ihm nicht zukommende Vorrangstellung eingeräumt wurde. Die entsprechenden Proteste der in Moskau akkreditierten westlichen Missionschefs wurden von den Sowjetführern im Gespräch entschuldigend mit dem Hinweis auf den starken Druck von chinesischer Seite beantwortet. Die weitere Entwicklung der Auseinandersetzung ist nicht abzusehen. Die sich zwischen Frankreich und Volkschina anbahnende Annäherung ist meines Erachtens nicht ernst zu nehmen. Die vom französischen Botschafter Paye und von Staatsminister Malraux in Peking geführten Verhandlungen sind nicht über Formalitäten hinausgekommen. Auch die in Warschau zwischen Vertretern der amerikanischen und volkschinesischen Botschaft periodisch stattfindenden Gespräche machen keine Fortschritte. Die KPdSU weiss, dass sie den europäischen kommunistischen Parteien immer wieder neue Zugeständnisse machen muss; die schwedische und die dänische Partei haben sich ihrem Einfluss schon weitgehend entzogen. Auch die rumänische und die jugoslawische Partei gehen eigene Wege. Die Sowjetunion hat in der Auseinandersetzung mit Volkschina zweifellos eine capitis diminutio erlitten und versucht heute krampfhaft, sich aufzufangen. Ihre spürbar intensivere Anlehnung an den Westen möchten die in ihrem Einflussbereich festzustellenden Liberalisierungstendenzen verständlich erscheinen lassen.

Herr Bundesrat Wahlen: Ich danke den Herren Botschafter Troendle und Ganz für ihre interessanten Ausführungen und eröffne hiermit die allgemeine Diskussion, an der sich die beiden bisherigen Referenten ebenfalls beteiligen möchten.

Herr Botschafter Escher: Ich möchte Herrn Botschafter Ganz fragen, ob es sich bei den Fortschritten, welche die Sowjetunion in Afrika erzielt hat, um absolute oder lediglich um solche im Verhältnis zu China handelt.

Herr Botschafter Ganz: Es handelt sich nur um relative Fortschritte.

Herr Botschafter von Fischer: Wie stellt sich Moskau zu der Emanzipation von Singapore?

Herr Botschafter Ganz: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

M. l'Ambassadeur Keller: M. Ganz a évoqué la rupture entre l'Union Soviétique et la Chine populaire en 1961. Je désire apporter un témoignage vécu qui avait suscité quelques commentaires à l'époque.

A l'ouverture d'une exposition technique, l'Union Soviétique était représentée par l'Ambassadeur Solod qui jouait un certain rôle en Egypte du temps de la construction du barrage d'Assouan. Les Chinois y avaient un pavillon remarquable que je désirais visiter en vue de l'EXPO. Les Chinois m'en refusèrent l'accès. Je m'en suis plaint à l'Ambassadeur Solod qui me déclara que l'attitude des Chinois ne l'étonnait pas et qu'il n'aurait lui-même pas été traité différemment.

M. l'Ambassadeur Maurice: Je désire questionner M. Ganz sur la réaction des dirigeants soviétiques à l'annonce de l'échec de Ben Bella et du renvoi de la Conférence afro-asiatique, événements durement ressentis par les Chinois. Ceux-ci ont cherché à savoir si les Soviétiques y avaient prêté la main.

Herr Botschafter Ganz: Die Sowjets waren tatsächlich an der Verschiebung der afro-asiatischen Konferenz interessiert. Sie suchen gegenwärtig durch intensives Antichambrieren eine Mehrheit afro-asiatischer Staaten dafür zu gewinnen, der Zulassung der Sowjetunion zur Konferenz im November zuzustimmen.

M. l'Ambassadeur Soldati: En ce qui concerne la politique française, à laquelle il a été fait allusion, j'aimerais relever que la première ambition de la 5ème République était de partager le gouvernement du monde occidental à parts égales avec les Etats-Unis d'Amérique et la Grande-Bretagne. Dans le cadre de ce triumvirat, les Etats-Unis ne seraient pas intervenus dans le monde sans s'assurer au préalable l'assentiment de Londres et de Paris. Les secrets atomiques auraient été partagés à égalité et le jeu politique que la menace ato-

mique permet de jouer aurait profité aux trois pays. Ne voulant pas partager, Washington, qui croyait à une menace russe, ne suivit toutefois pas le Général de Gaulle dans ce raisonnement estimant en outre que l'on ne peut pas gouverner à trois.

Ne voulant pas rester sur un échec, la France s'est rabattue sur le tiers-monde dont elle a voulu se faire le porte-parole. D'où le rapprochement avec Pékin et l'Amérique latine. Ce choix est cependant dicté par des considérations nationales en ce sens que le Général tient à rendre à la France le rôle qu'il estime lui revenir dans les affaires du monde. Pour lui, la France est la seule nation continentale qui puisse exprimer la tradition européenne; elle a l'expérience nécessaire, une large liberté d'action et une longue tradition diplomatique.

La politique française sera toujours dictée par des nécessités nationales. Les liens renoués avec Pékin sont en effet en partie en usage interne. Si le résultat n'est pas très concret, ce n'est pas la faute de Paris. C'est ainsi que la visite à Pékin du Ministre Malraux, qui passe pourtant pour un grand sinologue, n'a été qu'un dialogue sur le rôle futur de la Chine, le Gouvernement chinois, très réaliste, n'entendant pas lui reconnaître suffisamment de compétence. Aucune question pratique n'a été discutée et il n'y a pas eu de début de négociations. Mao-Tsé-Tung envisage d'ailleurs très froidement l'éventualité d'un bombardement atomique de la part des Américains. Il considère que c'est une phase qu'il faudra traverser mais qu'elle ne saurait entraver l'évolution de la Chine. Quant à la guerre au Vietnam, on n'est pas pressé qu'elle se termine. La Chine pense en outre à un conflit américano-russe dans lequel Moscou perdrait sa position prédominante.

Herr Botschafter Gygax: Während meines Aufenthaltes in Stockholm hat eine Delegation der schwedischen Regierung unter der Leitung von Ministerpräsident Erlander Moskau besucht. Bei dieser Gelegenheit brachte die Regierung der Sowjetunion zum Ausdruck, dass die schwedische Neutralität als positiver Beitrag zur Konsolidierung im skandinavischen Raum zu werten sei.

Ich möchte an Herrn Botschafter Ganz die Frage richten, ob diese neue Tendenz der sowjetischen Haltung das Urteil der Sowjetunion über unsere eigene Neutralität zu beeinflussen vermochte.

M. l'Ambassadeur Marcuard: Au sujet de la question soulevée par M. Maurice, j'aimerais relever que je n'ai recueilli en Algérie aucun indice permettant de supposer que l'URSS ait une part de responsabilité dans la chute de Ben Bella. Les Russes ont été eux-mêmes surpris par cet événement.

L'ancien Gouvernement algérien examinait comment l'URSS pourrait participer à la Conférence Afro-Asiatique. Par une manoeuvre habile, la Chine serait toutefois parvenue à écarter la discussion sur ce point. Après la chute du Gouvernement Ben Bella et le renvoi de la Conférence, cette dernière a modifié son attitude de manière à empêcher que le Comité préparatoire actuel, dans lequel elle a une situation assez forte, n'épuise son ordre du jour et soit remplacé par un autre pour la préparation de la seconde Conférence. De différents côtés, on s'emploie à contrecarrer cette manoeuvre en demandant l'élec-

tion d'un nouveau comité. La discussion n'a toutefois pas encore abouti.

M. l'Ambassadeur Dupont: En raison de sa position géographique, la Pologne s'aligne sur la Russie. La frontière Oder-Neisse est d'ailleurs garantie par le bloc de l'Est. Aussi s'efforce-t-elle d'écarter toute aggravation dans les relations entre les Etats de ce bloc en adoptant une attitude de prudence. C'est ainsi qu'elle évite de se mêler à la dispute entre Pékin et Moscou et qu'elle reproche aux Américains de ne pas voir où se trouve le problème au Vietnam, faisant ainsi le jeu des Chinois, ce qui pourrait provoquer un éclatement du monde communiste.

La Pologne s'efforce toujours de relancer le projet de création d'une zone neutre en Europe (projet Rapacki). Bien qu'il ne se fasse guère d'illusions sur la possibilité de réunir une conférence au sujet de ce projet avant qu'une solution ne soit trouvée au Vietnam, le Gouvernement polonais continue de tâter le terrain. Le Président Cyrankiewicz interviendra sans doute dans ce sens à Paris.

M. l'Ambassadeur de Rahm: L'Ambassadeur fait l'exposé suivant sur "Le Japon face à la Chine",

En tout temps, le voisinage de la Chine a causé des préoccupations au Japon, pays surpeuplé pour qui l'existence dépend de ses possibilités d'exportations, c'est-à-dire qui tient à entretenir des relations au moins correctes avec les puissances commerçantes du monde entier. Mais si l'on songe que la Chine Continentale est dirigée aujourd'hui par un gouvernement communiste; qu'elle passe par une crise de nationalisme aiguë; qu'elle devra bientôt nourrir et assurer un bien-être relatif à un milliard de Chinois; qu'elle poursuit une politique expansionniste en Asie, usant pour cela des moyens les plus divers, avec une souplesse toute orientale; qu'elle ne recule devant aucun sacrifice pour encourager les mouvements révolutionnaires à l'étranger ou la production d'armes atomiques sur son propre sol, il est facile de réaliser combien ces menaces posent aux dirigeants actuels du Japon, pays aujourd'hui pacifique et politiquement divisé, des problèmes extrêmement délicats, difficiles à résoudre et qui sont le sujet de leur constante attention.

Quelle politique convient-il en effet de suivre en face d'une nation voisine potentiellement aussi puissante que le Japon craint et respecte à la fois? Comment le Japon peut-il concilier ses intérêts de puissance asiatique géographiquement isolée, théoriquement désarmée, avec ses intérêts de puissance industrielle, dépendante pour une très forte proportion de ses échanges commerciaux avec les puissances du monde libre et des Etats-Unis en tout premier lieu?

La formule dont les dirigeants japonais déclarent s'inspirer quant aux relations actuelles avec la Chine communiste est celle qui fut mise au point sous le cabinet Ikeda et qui a été reprise par le gouvernement actuel de Sato:

"Commerçons, mais restons respectivement libres en ce qui concerne nos conceptions et nos relations politiques". Echanges commerciaux, oui, mais pas d'ingérence politique dans les affaires de l'autre pays et liberté de résoudre les questions de nature politique lorsque le

Japon le jugera possible et opportun. Il est clair que Pékin n'a jamais admis pareille conception, d'une application pratique fort difficile comme nous le verrons, mais a toujours réservé sa position soutenant que l'évolution des échanges commerciaux et des relations politiques devaient aller de pair et qu'elles étaient interdépendantes. Suivant ses intérêts et suivant ses humeurs Pékin insiste, menace, rompt la discussion ou au contraire se montre plus souple et plus conciliant. C'est le régime de la douche écossaise, désagréable peut-être, mais que le Japon considère comme un moindre mal dans les circonstances actuelles.

Si, en effet, l'on interroge les chefs responsables de la politique du Japon sur les raisons qui les poussent à adopter à l'égard de Pékin une politique en apparence aussi timide, aussi "attentiste" voici comment ils tentent de la justifier:

1) Il y a la question de droit. Le Japon a formellement reconnu la Chine nationaliste avec laquelle il entretient de difficiles, mais étroites relations. Il y a plus, les relations affectives entre Formose et le Japon sont cordiales. Le Japon est reconnaissant à Tchang Kai Chek de la générosité dont il a fait preuve à son égard à la fin de la guerre, relâchant les prisonniers japonais et renonçant à des réparations qui auraient pu être fort onéreuses pour le Japon. Celui-ci au surplus éprouve une certaine sympathie pour les habitants de Formose dont il a même, secrètement, soutenu les aspirations séparatistes. En outre, les relations commerciales avec Formose ne sont pas négligeables (exportation 1964: 138 millions de dollars, importations 141 millions, même s'il est vrai que pour la première fois en 1964, fait important, les échanges commerciaux avec la Chine nationaliste ont été inférieurs à ceux avec la Chine Continentale).

2) Le Japon entend tenir compte des intérêts de son puissant allié, les Etats-Unis. Même si en son for intérieur, le peuple japonais désire s'affranchir de la tutelle américaine, il n'en reste pas moins que le Japon dépend économiquement et financièrement, et surtout militairement, de l'appui des Etats-Unis. La menace atomique chinoise considérée comme lointaine encore par les experts militaires japonais, ne peut être contrée que par l'assistance des Etats-Unis; un armement nucléaire du Japon serait aujourd'hui encore trop impopulaire pour être réalisé "à froid". Quelles que soient leurs réactions intérieures, les dirigeants japonais sont bien trop sages et réalistes pour oublier ce facteur encore tout important.

3) Les dirigeants du Gaimusho évoquent les obligations et la position du Japon à l'égard des Nations-Unies. Ils continuent à maintenir que l'entrée de la Chine Communiste à l'O.N.U. leur paraît en soi souhaitable, mais que cette importante question ne peut être réglée unilatéralement, mais, dans le cadre d'un règlement pacifique international. Contrairement à la France, par exemple, les Japonais ne s'estiment pas libres d'adopter une politique aussi hardie, ils déclarent préférer attendre, tout en admettant que ce "suspense" est difficile à supporter surtout parce qu'ils ne voudraient pas arriver les derniers dans la course à la reconnaissance de la Chine de Pékin...

Voici la position sur le plan du droit. Quant aux faits, le Japon reconnaît qu'il ne peut ignorer l'existence de sa puissante voisine, d'un pays auquel le Japon est lié historiquement et culturellement.

ment et dont l'avenir pose d'ailleurs à toutes les nations du Sud Est asiatique un problème vital tant au point de vue politique qu'économique. Quelles sont donc ces relations de fait à l'heure actuelle? Vous vous souviendrez que les échanges commerciaux entre le Japon et la Chine Communiste qui avaient lentement repris furent pratiquement interrompus en 1958, à la suite de l'incident de Nagasaki. Un jeune patriote japonais avait abaissé le drapeau de la Chine Communiste qui flottait au-dessus de la première foire commerciale organisée par Pékin au Japon depuis la guerre. Patiemment, des contacts inofficiels furent repris entre Pékin et les sympathisants communistes au Japon. Pékin autorise certaines maisons japonaises désignées comme "friendly firms" à commercer avec la Chine Continentale. Le Japon officiel sans approuver ce système l'a toléré, mais il devait se révéler insuffisant à la longue pour Pékin qui tenait surtout aux fournitures que, depuis le lâchage des Russes en particulier, il espérait se procurer au Japon auprès des grandes sociétés industrielles japonaises. Celles-ci sont désireuses d'exporter, certes, mais soucieuses aussi de ne pas s'exposer à la réprobation des autorités officielles japonaises... ou américaines. Pékin, fort habilement, comprit que les contacts avec la gauche japonaise uniquement ne mèneraient à rien, mit provisoirement une sourdine à sa propagande antigouvernementale et sut capter l'intérêt de quelques parlementaires japonais du parti libéral démocrate au pouvoir. Dès lors, visites et échanges, missions, organisation réciproque de foires commerciales se sont faites plus fréquentes et un député japonais influent, Tagasaki, conclut en 1964 un accord avec son partenaire chinois Liao, accord soi-disant privé, mais qui règle provisoirement les modalités des échanges commerciaux entre les deux pays. Ceux-ci se font actuellement, en partie, toujours par l'entremise des "friendly firms", en partie par le groupe Liao - Tagasaki, dans la proportion de 2/3 à 1/3 approximativement. Le total des échanges entre les deux pays atteint 310 millions de dollars en 1964, surpassant pour la première fois, comme je l'ai déjà mentionné, le commerce avec la Chine Nationaliste, 235 millions de dollars environ. Chinois et Japonais sont d'accord que ces échanges pourraient s'accroître encore, ils ne représentent en effet que le 2,2 % des échanges totaux du Japon, mais c'est ici qu'il faut faire un retour à la politique. Formose a vu d'un très mauvais oeil ce rapprochement économique du Japon avec son ennemi. Tout particulièrement elle s'est élevée contre l'octroi de facilités de crédits dans le cadre des prêts accordés par l'Import Export Bank japonaise aux pays en voie de développement. Washington ne les approuve guère non plus. En 1964, les relations entre Tokio et Formose étant tombées au plus bas, le Japon dépêche à Taiwan son grand homme d'état, l'ex-premier Yoshida, respecté de Tchang-Kai-Chek et Yoshida s'engagea, par lettre de mai 1964, signée de sa main, mais liant évidemment le Gouvernement japonais, à ne pas accorder les facilités de l'Import Export Bank à Pékin pour lui permettre de financer l'achat d'installations industrielles ou de cargos. Pékin s'est fâché à son tour, accusant le Japon de se plier à la politique de la Chine Nationaliste et durant quelques mois les contacts entre Pékin et Tokio s'avérèrent particulièrement difficiles. Deux importantes commandes furent annulées à la consternation des maisons japonaises intéressées. Tout dernièrement, par le truchement de l'astu-

cieux Nan Han-chen, directeur du comité chinois pour le développement du commerce international, venu à Tokio pour participer à la 11ème conférence mondiale contre l'emploi de bombes atomiques ou à hydrogène (où, notons-le en passant, les Chinois ont éliminé les Russes), la Chine Communiste a fait au Japon de nouvelles offres de collaboration économique.

Nan Han-chen a déclaré que "la Chine tenait à accroître ses relations commerciales avec le Japon même au cas où les exportations militaires au Vietnam iraient en s'intensifiant", a-t-il précisé, et qu'il prévoyait, pour 1965, un volume d'échanges de l'ordre de 400 millions de dollars entre les deux pays. Il affirme que la Chine était à même de payer ses importations et fit allusion aux récents achats d'or de Pékin sur le marché de Londres. La Chine était en train de mettre au point un nouveau plan quinquenal débutant en 1966 et, si le Japon ne désirait pas y participer, la Chine s'adresserait aux pays européens". A peine les espoirs des grandes maisons japonaises s'étaient-ils éveillés (déjà l'on interprétait la promesse de Yoshida comme ne liant plus le Japon pour 1965) que Pékin selon une méthode coutumière se fâchait à propos d'un incident concernant la guerre du Vietnam (des bombardiers, américains, en difficultés à cause d'un Thyphon s'étaient posés à Okinawa pour reprendre leurs opérations aussitôt après) et menaçait de rompre tous les pourparlers commerciaux accusant le Japon d'être le laquais de l'Amérique...! Le Japon de son côté élevait une protestation formelle auprès des Américains et le ministère des affaires étrangères déclarait l'innixtion de Nan Han-chen dans la politique interne japonaise inadmissible, tandis que Sato gardait un silence prudent. Peu après, le Ministre des affaires étrangères de la Chine nationaliste était reçu officiellement à Tokio et se livrait à une attaque à fond contre la Chine communiste sans toutefois rencontrer beaucoup d'empressement du côté japonais lorsqu'il invoqua la lettre de Yoshida et le devoir du Japon de ne pas faciliter la tâche des communistes chinois qu'il définit comme "les ennemis les plus mortels du monde libre". Ce qui précède montre que le Japon cherche à gagner du temps tout en suivant une ligne aussi indépendante que possible. Pour l'instant, ses relations avec Formose sont bonnes et ses relations avec Pékin plutôt meilleures, quoique toujours précaires, après les suspicions que l'arrivée de Sato au pouvoir a causée à Pékin. Dans le domaine purement commercial, le différend Pékin-Moscou profite au Japon, les Russes étant fort anxieux de supplanter les Chinois sur le marché nippon. Certes, la politique d'équilibre et le louvoisement que pratique le Japon n'est ni très facile, ni très glorieuse. A l'intérieur du pays elle est attaquée non seulement par l'opposition, mais par une fraction du parti majoritaire. M. Sato doit donc agir avec prudence, il y a des hauts et des bas. Jusqu'ici cet équilibre précaire a pu être maintenu sans trop de désavantages pour l'économie japonaise. Les contacts de personnes s'intensifient. Un échange de journalistes et d'agents commerciaux a déjà eu lieu, toujours plus nombreuses sont les délégations japonaises de toute nature qui se rendent à Pékin. La Chine Communiste semble encourager surtout la venue d'instituteurs et d'étudiants japonais de la jeune génération. Elle a refusé de recevoir un groupe important de députés libéraux démocrates, sous prétexte que le Gouvernement japonais n'a pas condamné formellement les bombardements américains au Vietnam! Donc, sur le plan officiel, les positions restent

inchangées. Les deux pays se surveillent et jouent serré, malgré les réactions émotionnelles qui viennent régulièrement brouiller les cartes de cette partie subtile. Que doit-on penser de l'avenir? Le Japon pourra-t-il à la longue maintenir cette politique de balance? Ne risque-t-il pas un jour de basculer dans le champ d'attraction chinois? Se laissera-t-il tenter par les possibilités très grandes que présenterait une alliance économique complémentaire avec la Chine? Il est difficile de répondre à ces questions car elles dépendent à leur tour de l'évolution de la situation en Asie et dans le monde. Il y a gros à parier en revanche que le Japon gardera la tête froide. Tout en cherchant à ne pas se laisser engager dans une lutte qui, pour le moment, se poursuit hors de ses frontières, il fera tout ce qui est en son pouvoir pour demeurer indépendant et profiter de la situation pour accélérer, avec beaucoup de patience et d'habileté cette fois, sa pénétration économique dans cette partie du monde où son avance sur le plan industriel et scientifique lui vaut une position de premier plan.

Herr Bundesrat Wahlen: Referat zum Thema

"Die Stellung der Schweiz in der Welt"

(s. Beilage 3)

M. l'Ambassadeur Zutter: Si l'on veut montrer combien changeants sont les sentiments de l'étranger à l'égard de notre pays, l'exemple avec l'Italie est caractéristique.

Les relations italo-suissees étaient dominées par une amitié traditionnelle. Il n'y avait aucune raison pour que des difficultés surgissent et les deux guerres n'ont pas laissé de rancune en Italie à notre égard. Or, les mesures que nous avons dû prendre au sujet des ouvriers étrangers, ont suffi pour qu'en quelques heures cette situation se détériore. La réaction de l'Italien moyen a en effet été immédiate et violente. Les journaux de l'extrême gauche ont attisé le feu en parlant de xénophobie et de racisme, arguments qui furent malheureusement repris par la presse plus tempérée ce qui contribua à la diffusion de nouvelles et d'opinions tout à fait fausses. Du côté du gouvernement italien, on avait compris les raisons exposées par la délégation suisse et aucune parole ne fut prononcée qui eut démontré une attitude négative. Mais, par mes interventions officielles, il ne m'était pas possible d'atteindre l'opinion publique et de calmer sa colère. Cette dernière fut heureusement de courte durée. L'Italien, en effet, oublie vite; il n'est pas rancunier. Nos relations avec l'Italie purent ainsi reprendre assez rapidement leur cours normal sans que les sentiments du peuple italien à notre égard en aient trop souffert. Le ministre des affaires étrangères, à qui j'en ai parlé au début d'août après son voyage à Genève, m'a dit que cette épisode était close.

Les Suisses d'Italie, en revanche, oublient moins facilement, surtout ceux établis dans la région de Milan. Plusieurs industriels m'ont notamment déclaré qu'ils étaient attristés par cet état de choses. Je me demande dès lors s'il ne conviendrait pas que des mesures soient prises afin que les Italiens qui viennent en Suisse n'aient

pas l'impression de faire l'objet d'une discrimination. On devrait notamment choisir pour la frontière des policiers qui ne donneraient pas à nos hôtes, surtout lorsqu'ils viennent en touristes, l'impression d'être des malfaiteurs.

En ce qui concerne l'UNCTAD, cette affaire pourrait avoir des répercussions sur nos relations avec l'Italie. J'ai cependant l'impression que les démarches qui ont été entreprises par l'Italie sont le fait d'un homme: le Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères Mario Zagari. Ce dernier aimerait attacher son nom à une victoire italienne au sujet du siège de l'UNCTAD. Tous les arguments que j'ai invoqués au cours de l'entretien que j'ai eu récemment avec lui ne le touchent qu'épidermiquement. Il a cependant peur de rater son affaire et je crois qu'il abandonnerait, pour ne pas perdre la face, au cas où la majorité des pays se prononcerait pour Genève. En insistant, nous avons donc de bonnes chances de réussir.

Herr Botschafter Bernath: Kurz nach meiner Ankunft in Dänemark tagte in Kopenhagen eine Konferenz der Schweizervereine Skandinaviens, die sich die Frage der Präsenz unseres Landes in der Welt zum Thema gestellt hatte. Diese Diskussionen führten zum erstaunlichen Ergebnis, dass in einem relativ homogenen Gebiet wie Skandinavien unser Land sehr unterschiedlich beurteilt wird. In Schweden sind wir starker Kritik ausgesetzt, währenddem in Dänemark von Animosität uns gegenüber keine Rede ist. Im Gegenteil, die Dänen begegnen uns mit viel Sympathie und Aufgeschlossenheit. Diese Haltung äussert sich in mannigfaltiger Weise. So konnte eine in Zusammenarbeit mit der Stiftung Pro Helvetia organisierte Kunstausstellung in 18 Städten Dänemarks gezeigt werden; ein Kammerorchester aus Lugano gab in 11 Tagen 13 Konzerte; die dänische Presse veröffentlichte während eines Jahres rund 2000 Leitartikel; im dänischen Radio wurde eine ausgezeichnet dokumentierte Sendung über das Fremdarbeiterproblem der Schweiz ausgestrahlt.

Hin und wieder werden wir allerdings auch kritisiert, jedoch immer in wohlwollendem und verständnisvollem Sinne. Dabei müssen wir uns fragen, ob wir zu gewissen Auseinandersetzungen nicht selber Anlass bieten. Sind wir z.B. in der Lage, gewisse Fragen über das Frauenstimmrecht schlüssig zu beantworten?

Diese ausgewählten Beispiele mögen in positiver Weise unsere Präsenz im Norden Europas illustrieren.

Herr Botschafter König: Ich habe den Vorzug, die Schweiz in einem Land zu vertreten, in dem sich das Problem der Kritik an unsern Institutionen und Gepflogenheiten nicht stellt. Eine Grosszahl der massgebenden Persönlichkeiten hat in unserem Lande studiert; die führende Schicht der Bevölkerung macht es sich sozusagen zur Pflicht, Reisen nach der Schweiz zu unternehmen. Mit schmeichelhaftem Lob anlässlich der Rückkehr wird dann auch nicht gespart. Wie Sie sehen, kann unser Prestige in Iran kaum gesteigert werden.

In andern Teilen der Welt wird jedoch unser Ruf böswillig und systematisch untergraben. Bei diesen Angriffen haben wir zu unterscheiden zwischen

a) Kritiken, zu denen wir selber Anlass bieten. Herr Bundesrat

Wahlen hat sich hierzu bereits eingehend geäußert;

b) Kritiken, deren Ursprung im Zuge der Zeit zu suchen ist. Wir leben in einer Periode des Uebergangs von Hergebrachtem und Neuem. Dinge, die uns lieb waren, werden zum alten Eisen geworfen und bestehende Werte erhalten umgekehrte Vorzeichen.

Ein gefährlicher Gegner für den guten Ruf unseres Landes ist die Sensationspresse: zur Erhöhung der Auflageziffer bewirft uns ein vordorrter Intellektualismus mit ausgesuchten Bosheiten, gegen die es keine Waffe gibt.

Abschliessend möchte ich sagen: es ist an uns, durch unser eigenes Verhalten negative Ansichten über die Schweiz zu entkräften. Wenn wir uns auf unsere eigenen Werte besinnen, wenn wir an dem, was uns auszeichnet, festhalten, werden wir die Rotte der Kritiker zum Schweigen bringen.

Herr Bundesrat Wahlen: Ich freue mich, dass das Thema der Präsenz der Schweiz in der Welt Stoff zu lebhafter Diskussion bietet. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Stiftung Pro Helvetia in Zukunft über vermehrte Mittel verfügen wird. Eine vorgesehene Erhöhung der Kredite auf vier Millionen Franken soll auf Wunsch des Stiftungspräsidenten stufenweise erfolgen. Benützen Sie daher die Gelegenheit, mit Vorschlägen und Anliegen an die Pro Helvetia heranzutreten, um auf diese Weise zu einer bessern Würdigung der kulturellen Werte der Schweiz beizutragen.

CONFERENCE DES AMBASSADEURS 1965D. Séance plénière du vendredi 3 septembre (0830 à 1210)

M. l'Ambassadeur Micheli: M. Wahlen, absent, me prie de l'excuser auprès de vous.

Herr Botschafter Stopper:

Referat s. Beilage 2.

M. le Ministre Long: Faire le point de l'action de l'AELE, c'est constater qu'elle continue d'opérer sur deux plans. L'un est la recherche des possibilités de contacts avec la CEE, l'autre, c'est la mise en place d'un marché de 100 millions de consommateurs.

La conférence de Vienne a été l'occasion d'un examen de conscience. D'une part, la réduction d'un tiers de la surtaxe anglaise de 15 % avait remis l'AELE sur ses rails. D'autre part, M. Wilson, qui cherchait à se donner une posture européenne et son collègue danois, minoritaire devant son parlement, avaient besoin d'un succès de presse. La délégation suisse a déployé tous ses efforts pour les empêcher de lancer sur le champ une invitation aux Six.

Le compromis de Vienne a chargé le Conseil de deux mandats. Un mandat no 1 charge le Conseil de présenter un rapport sur les arrangements de procédure les plus appropriés pour faciliter les contacts avec la CEE. Un mandat no 2 charge les délégués permanents de passer en revue les activités de l'AELE et de déterminer son programme pour l'avenir.

L'inventaire des activités occupera l'Association jusqu'à la réunion de Copenhague, à la fin d'octobre. Dès maintenant toutefois, une conclusion s'impose: une distinction entre le mandat no 1 et le mandat no 2 s'est révélée artificielle. Dans la plupart des sujets, il est en effet nécessaire d'établir d'abord des attitudes communes au sein de l'AELE, avant d'établir le contact avec les Six.

Quelques mots sur les mandats. En ce qui concerne le mandat no 1, nous travaillons sur un mémorandum, qui est en fait un catalogue des sujets pouvant faire l'objet de contacts avec les Six. Ce catalogue va de la normalisation industrielle à la double imposition, aux mouvements de capitaux, etc. Le mandat no 2 est axé sur la fin de la période transitoire, c'est-à-dire sur le 31 décembre 1966, lorsque la zone de libre échange sera chose faite. Il comporte trois catégories de questions: il vise premièrement à assurer que la situation sera nette et claire aux frontières des pays membres de l'AELE. Il vise ensuite à assurer des règles de concurrence loyale à l'intérieur de la zone; il prévoit enfin la recherche des domaines où des aménagements seraient désirables pour consolider l'AELE ou élargir son champ d'action.

Rien de tout cela n'est ni révolutionnaire ni très nouveau. Du côté suisse, tout le poids est mis sur le mandat no 2 et nous cher-

chons à convaincre nos partenaires, les Anglais et les Danois avant tout, d'en faire autant, car l'AELE reste, malgré tout, notre seule valeur tangible dans l'immédiat.

M. l'Ambassadeur Micheli: Je reçois en ce moment une communication du Conseil fédéral qui nous annonce que l'excursion de Bâle sera supprimée en raison de la tragique catastrophe de Mattmark.

M. l'Ambassadeur Wurth: C'est dans l'optique de la réunion du Conseil des Ministres de la CEE du 30 juin dernier et des événements qui ont suivi que je vous parlerai de l'état actuel de la Communauté. Je diviserai mon exposé en trois parties: l'origine et les raisons de la crise, les perspectives d'avenir et les conclusions en ce qui concerne les relations entre la Suisse et la CEE.

La crise a sa source directe dans le problème du financement de la politique agricole commune. Je ne veux pas entrer dans le détail de cette affaire techniquement complexe. Qu'il me suffise de dire que la Commission prévoyait l'introduction, dès le 1er juillet 1967, du marché commun tant agricole qu'industriel. Dès cette date et sur le plan agricole, les recettes (prélèvements) seraient versées directement au fonds agricole commun et les dépenses (subventions) payées par lui. En même temps, les recettes douanières proprement dites seraient progressivement versées à une caisse communautaire. La Communauté aurait ainsi son budget propre et le contrôle parlementaire serait exercé par le Parlement européen. Ce plan engageait hardiment la Communauté dans la voie de la supranationalité. La Commission estimait qu'il était logique mais cela ne signifie pas qu'il fût politiquement réalisable. Elle était consciente des résistances sérieuses que le plan rencontrerait à Paris, mais elle a cru à tort que les intérêts matériels de la France finiraient par faire avaler la pilule supranationale.

La Commission commit des maladresses en donnant connaissance de ses propositions au Parlement européen, avant d'en informer officiellement les gouvernements intéressés et notamment Paris. Le Parlement de Strasbourg, des hommes politiques "européens" et certains parlements nationaux (Allemagne, Pays-Bas) surenchérisaient sur les propositions de la Commission. On pouvait discerner que certains n'étaient pas mécontents de manifester ainsi leur mauvaise humeur à l'égard du général. Je ne crois pas que les négociateurs français aient eu avant le 30 juin, ni le jour même de la réunion, des instructions tendant à provoquer la crise. Se rendant compte de la situation, Couve et ses co-équipiers firent même certaines concessions importantes sur le plan matériel, en renonçant notamment à l'affectation communautaire des prélèvements jusqu'au 1er janvier 1970, ce qui comportait pour la France un sacrifice financier important. En outre, des entretiens Lahr-Wormser avaient eu lieu à Paris en vue d'aboutir à une certaine coopération franco-allemande dans toute l'affaire. Ces efforts ne donnèrent cependant aucun résultat sur le plan du Conseil.

Un nouveau facteur devait encore compliquer la situation. M. Fanfani arriva à Bruxelles pour demander une révision du système de financement. En effet, on avait fait des comptes en Italie et il

en résultait que l'Italie, du fait d'un accroissement considérable et inattendu de ses importations agricoles des pays tiers, avait dû payer non loin de 100 millions de dollars au Fonds agricole de 1962 à 1965, tandis que l'Allemagne en avait payé 8 et que la France en recevait une centaine. De plus, Fanfani avait une revanche à prendre pour l'échec de la conférence de Venise. Les négociateurs français, croyant que l'Italie voulait se faire payer un prix élevé pour le financement de la politique agricole, soumièrent un plan qui lui faciliterait les choses. Fanfani fit comprendre qu'il ne se laissait pas acheter. On chercha des formules, mais la discussion s'enlisa de plus en plus. Couve, se rendant compte qu'il ne pouvait éviter de se trouver en minorité, rompit la discussion en déclarant que les échéances n'avaient pas été respectées... Le prétexte était artificiel, mais l'impression s'était installée que les choses suivaient un cours fatal.

La France risque peut-être de payer cher son attitude, mais de Gaulle voyait les moyens d'écartier le spectre de la majorité qualifiée, la perspective d'un budget français sous le contrôle d'une commission de technocrates et de la politique française décidée à Bruxelles...

J'en arrive à la 2ème partie de mon exposé. Depuis le 1er juillet, la France pratique la politique de la chaise vide. On maintient ce qui est acquis, mais on bloque tout progrès. On distingue la gestion, à laquelle on participe, et les travaux pour l'avenir auxquels on ne participe pas. La distinction est parfois subtile. Il y a cependant des accommodements: la R.P. française maintient régulièrement les contacts avec le Secrétariat des Conseils; la France a accepté que certaines décisions prises à Cinq dans le Conseil soient traitées par elle selon la procédure écrite.

Au stade actuel et autant que je puisse juger les choses de Bruxelles, il ne semble pas que le général veuille détruire le marché commun. La France attend dans un silence hautain et une attitude de dignité offensée qu'on lui fasse des propositions pour qu'elle consente à revenir à table. Certains bons "Européens" seraient sans doute prêts à sacrifier le marché commun plutôt que de subir une dictature gaulliste. D'autre part, cependant, de puissants intérêts politiques et économiques tant en France que chez ses partenaires militent en faveur d'une poursuite de l'intégration à Six. On peut imaginer que la France essayera d'obtenir des garanties contre un développement supranational de la Communauté: révision du système de voter à la majorité qualifiée, limitation du pouvoir de la future Commission unique, maintien strict des pouvoirs du Parlement selon les normes actuelles, etc. On peut s'attendre que, pendant de nombreuses semaines, la Communauté vivra une période d'incertitude, de confusion et de tension peut-être accrue.

Je voudrais terminer mon exposé en vous disant quelques mots sur les conséquences que nous pouvons tirer de la situation en ce qui concerne nos propres relations avec la CEE. Depuis la crise, la Commission européenne a adopté la thèse "business as usual". Tous les pays membres, y compris la France, sont d'ailleurs d'accord pour penser que la Commission doit continuer à effectuer ses tâches usuelles.

A mon avis, nous pouvons et devons poursuivre tous les contacts et décisions bilatérales en cours afin de préparer les solutions nécessaires.

Une dernière remarque sur les négociations Kennedy. Il est bien évident que la crise aura ses répercussions sur ses négociations. Sur le plan industriel, cependant, elles ne sont pas inquiétantes, à moins d'une prolongation induite de la crise. Le problème des produits agricoles est plus délicat; la Communauté ne sera pas en mesure de respecter des échéances immédiates, mais il s'agit de problèmes d'une telle ampleur que l'on doit se demander en tout état de cause s'il sera possible de les résoudre dans leur ensemble au cours des négociations Kennedy.

Botschafter Troendle: Das Passivum unserer Handelsbilanz mit der Bundesrepublik Deutschland beträgt im ersten Semester 1965 fast drei Viertel unseres Gesamtaussenhandelsdefizits dank einer beachtenswerten Steigerung unserer Ausfuhr. Zur Frage, welche Waffen wir in Händen haben, um unsere wirtschaftliche Position dem nördlichen Nachbarn gegenüber zu verteidigen, wäre festzustellen, dass in Deutschland der Wille vorhanden ist, uns entgegenzukommen. Der Bundesverband der deutschen Industrie und Vertreter des Handels haben verschiedentlich erklärt, dass auch der Austausch mit Nicht-EWG-Ländern weiterhin zu fördern sei. Man möchte die erschlossenen Märkte, wo die deutsche Konkurrenz auf zunehmend grösser werdende Zollnachteile stösst, nicht preisgeben. Der Handel mit der EFTA und besonders mit der Schweiz wird auch deshalb sehr geschätzt, weil er für den deutschen Handelsbilanzüberschuss ausschlaggebend ist. Beim Bundeswirtschaftsministerium besteht grundsätzlich dieselbe Einstellung wie bei Industrie und Handel. Auch beim Auswärtigen Amt wird immer wieder darauf hingewiesen, dass zur Beurteilung des Standes des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs nicht allein die Handelsbilanz, sondern die Ertragsbilanz herangezogen werden müsse. Letztere sei wegen des grossen deutschen Touristenstromes nach der Schweiz und wegen der nichtwesentlichen schweizerischen Ueberschüsse im Versicherungs- und Bankverkehr nach deutscher Statistik beinahe ausgeglichen. Es wäre zu wünschen, dass deshalb auch einmal schweizerischerseits Berechnungen aufgestellt werden.

Die offizielle Politik der Bundesrepublik ist - ohne Rücksicht auf viele realistische Stimmen, die zum Masshalten mahnen und in Sachen europäischer Integration mehr oder weniger unsere Ansichten teilen - ganz auf die politische Einigung der EWG-Partner ausgerichtet, weil sie nur im Rahmen eines westeuropäischen Machtblocks Chancen sieht, Ostdeutschland aus dem sowjetischen Machtbereich herauszulösen. Ein Opfer zulasten dieser Maxime ist zugunsten der Schweiz nicht zu erwarten. Im landwirtschaftlichen Sektor haben die zahlreichen, schon in Kraft stehenden EWG-Marktordnungen für die Bundesrepublik verbindliches Gemeinschaftsrecht geschaffen. Auf industriellem Gebiet schliesst die beinahe vollständige Liberalisierung der deutschen Einfuhr besondere handelspolitische Vorkehren zu unseren Gunsten aus. Den schweizerischen Einwand, wir seien der Bundesrepublik gegenüber sozusagen doppelt diskriminiert, weil wir nicht nur der erleichterten Konkurrenz der EWG-Partner zu begegnen, sondern auch noch seit 1957 erhöhte deutsche Zölle zu überspringen haben, kontriert man mit der Feststel-

lung, auch die Bundesrepublik sei in der Schweiz gegenüber den EFTA-Partnern benachteiligt und als Kompensation für die erhöhten deutschen Zölle seien die französischen und italienischen Zölle ermässigt worden.

Wenn wir uns im Falle einer nicht mehr tragbaren Diskriminierung der Schweiz genötigt sehen sollten, Gegenmassnahmen zu ergreifen, so wären zunächst die traditionellen Mittel von Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen in Erwägung zu ziehen. Dies stände aber im Widerspruch zu unseren Gatt-Verpflichtungen und passt überhaupt nicht mehr in die westeuropäische Landschaft. Die Struktur unserer Einfuhr aus Deutschland ist so vielgestaltig, dass keine Schwerpunkte erkennbar sind. Unserem Partner wäre es auch leicht, durch Gegenmassnahmen den fragwürdigen Erfolg allfälliger schweizerischer Vorkehren zunichte zu machen, so dass nicht das Aussenhandelsdefizit, sondern, das Aussenhandelsvolumen schlechthin gesenkt würde.

Erfolgversprechender als vorwiegend negativ wirkende Zoll- und Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen jeglicher Art scheinen mir Vorkehren zur Verstärkung unserer offiziellen, halboffiziellen und privaten Ausfuhrpropaganda zu sein. Eine Enquête, die die Botschaft zusammen mit den Konsulaten durchführte, hat ergeben, dass die schweizerischen Werbebemühungen verglichen mit denjenigen unserer wichtigsten Konkurrenten aus EWG-(Frankreich, Italien) und EFTA (Grossbritannien, Schweden, Dänemark, Finnland) ungenügend sind. Bekanntlich beschränken sich unsere Massnahmen auf die Organisation eines Gemeinschaftsstandes an der Grünen Woche und an der ANUGA, eines Presseempfanges an der Hannover-Messe in etwa zweijährigem Turnus, sowie auf gewisse, der schweizerischen Gesamtwirtschaft zugute kommende Aktion anlässlich der MUBA. Demgegenüber sind die Bemühungen unserer Konkurrenten sehr viel intensiver und auf breiterer Front angelegt. Begrüssenswert sind schliesslich auch die laufenden Untersuchungen der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich, die wertvolles Material liefern für den Nachweis des Ausmasses der Diskriminierung, die wir durch die Wirtschaftspolitik der EWG in unserem Aussenhandel mit der Bundesrepublik erfahren.

M. l'Ambassadeur Soldati: C'est de la crise de la Communauté européenne vue de Paris que je dois vous dire quelques mots: le Président de la République française, on le sait, est l'ennemi des communautés européennes. Il les juge incompatibles avec le rôle que doit jouer dans le monde sa nation et le continent européen. Pour lui, les communautés européennes, comme aussi l'OTAN, sont des inventions américaines destinées à assurer la prépondérance des Etats-Unis. J'eus un premier témoignage de l'attitude du Général de Gaulle à l'égard des communautés européennes quand un conseiller national suisse, M. Brin-golf, me répéta que Guy Mollet lui avait dit au début de 1958: "Quand de Gaulle voyait se préparer et s'approcher son retour au pouvoir, il déclara qu'il dénoncerait l'OTAN et les traités des communautés européennes." Mais plus tard, on lui montra les avantages de ces communautés pour l'agriculture française d'abord, pour toute l'économie des pays francophones d'Afrique ensuite. Il accepta donc la situation acquise et joua le jeu. Sous sa présidence, les traités ont été exécutés, il faut le reconnaître, et c'est sous la 5e République que la

Communauté européenne est devenue ce qu'elle est. Pour assurer son investiture, le Général de Gaulle avait d'ailleurs promis aux tenants de l'Europe de respecter l'idée européenne. Il considère en fait qu'il a tenu et continue à tenir sa promesse, mais en améliorant la façon de réaliser l'Europe. Un des arguments que l'on servit à de Gaulle pour le convaincre de faire l'Europe, c'est que, dans cette construction commune des Six, les autres puissances étaient handicapées, tandis que la France était dans une situation à devenir le porte-parole des Six. Ce que n'a jamais admis le Général, c'est l'épanouissement d'institutions qui tendent sournoisement au fédéralisme. En mars dernier, il déclarait à un ambassadeur des Six qu'il ne croyait pas à la fusion possible de six nations, que c'était là un rêve que l'on pouvait approuver, louer, mais qui ne se réaliserait jamais. Le seul aspect positif de la Communauté, c'est, à son avis, les consultations politiques qui ont lieu régulièrement entre les Six et qui permettent d'arriver à une certaine coordination. Il ajoutait, toujours en mars dernier, que ce dont il ne voulait plus, c'était cette atmosphère du Palais de Bruxelles, "ces ministres qui siègent de nuit et se font photographier". Il faut lutter contre ce mythe. La Communauté a maintenant atteint une telle maturité qu'il faut adopter une nouvelle méthode intergouvernementale; celle-ci reste à créer et il la créera. Son idée est que les accords doivent intervenir entre les gouvernements et, quand ils sont intervenus, on les signifie à Bruxelles pour exécution. En somme, il est oiseux de se demander si la crise de juin aurait pu être évitée: l'Elysée était décidé à imprimer son orientation et saisit chaque occasion de le faire. De plus, la politique intérieure a exercé son influence: dès que Defferre s'est retiré, le Président de la République a bénéficié de la faillite de l'union des candidats de l'opposition. Sa réélection était assurée. Il voyait le terrain libre devant lui et pouvait agir sans opposition sérieuse. Ainsi la crise politique européenne servait à ses fins. Les buts du Général sont très importants, il veut beaucoup obtenir. Récemment, le ministre Bokanovski me disait que le Général cherchait la révision du Traité de Rome. Or, si tout le monde pense que l'édifice va s'écrouler, la Commission se trouve disqualifiée à jamais. M. Boegner est rentré à Paris et ne cache pas que c'est pour longtemps; il s'y installe. D'ailleurs viendront les élections allemandes puis les françaises - donc rien ne se passera au plus tôt avant le début de 1966, et la crise durera bien toute l'année 1966. Comment les Français pensent-ils arriver au résultat qu'ils escomptent? D'abord par la désignation des 14 membres de la nouvelle commission, dont on a fait remarquer qu'ils étaient tous sortants. Il suffit de mettre à la tête de la commission des personnes au dynamisme "atténué"... Secondement, la France avait accepté la fusion des trois exécutifs: CECA, CEE et Euratom. Cette fusion, qu'il faut exécuter, rend nécessaires certaines modifications des traités. Voilà qui permet de discuter le Traité de Rome. Il est alors facile d'élargir la discussion, qui deviendra plus que juridique ou technique. Enfin, 75 % du Fonds agricole sont payés par les pays importateurs. Cela est tout à l'avantage de la France et comme les fonds de 1964 vont servir jusqu'à l'été 1966, ce pays ne perd pas le bénéfice de l'aide. La France a donc devant elle, sans rien perdre financièrement, un an pour négocier froidement. Une modification élargie du Traité de Rome embrassera des domaines poli-

tiques et nécessitera l'approbation des cinq autres parlements intéressés. Or, dans l'esprit "européen" qui règne actuellement, les parlements n'approuveraient pas un changement de philosophie politique dans la Communauté. Ils accepteraient donc des modifications qui ne compromettraient pas l'avenir de l'Europe. Mais en réalité, il suffirait de peu de chose pour enlever au Traité de Rome tout embryon de supranationalité: un petit changement de procédure assurerait le mécanisme intergouvernemental au lieu du mécanisme fédéraliste. Par convenance et pour manifester de la bonne volonté, M. Spaak a demandé à être reçu à l'Elysée; même s'il y est reçu, il n'en obtiendra rien.

En conclusion: il ne faut pas penser un instant que la Communauté européenne est en danger, elle n'a même pas subi de recul. Elle continue et elle reprendra son essor en 1966, selon une procédure amendée. Le Général de Gaulle sera réélu Président de la République à une grande majorité et ne pourrait détruire la Communauté car toute la nation le désapprouverait. Mais il pourra poursuivre ses objectifs, par des manoeuvres politiques inquiétantes après lesquelles tout le monde est rassuré de s'en tirer par quelques changements mineurs, mais propres à atteindre peu à peu le but du Général de Gaulle.

Minister Weitnauer: Ich möchte darauf verzichten, hier die technischen Aspekte der bisherigen Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde zu erläutern. Es liegt mir jedoch daran, Ihnen heute eher meine persönlichen Eindrücke über die Verhandlungen darzulegen. Dabei scheinen mir vier Punkte von Bedeutung:

1. Meines Erachtens lässt sich die Kennedy-Runde als rein wirtschaftliches Unternehmen charakterisieren, dessen Ziel einer permanenten und immer deutlicher zu erkennenden Notwendigkeit entspricht; ein wirtschaftliches Unternehmen, das allerdings politische Implikationen hat.

2. Es ist meine Ueberzeugung, dass diesem äusserst wichtigen Unternehmen - dessen Zweck, wie Sie wissen, in einer möglichst substantiellen linearen Zollsenkung besteht - ein gewisser Erfolg zukommen muss. Ob das angestrebte Ziel tatsächlich im Laufe der gegenwärtigen Kennedy-Runde oder erst im Rahmen einer Nachfolgeunternehmung erreicht wird, bleibe einstweilen dahingestellt. Möglicherweise werden diese Verhandlungen später in "Johnson"-Runde oder sonstwie umbenannt. Eines scheint mir indessen sicher: für die industrialisierte Weltwirtschaft gilt es, die Zölle als überholtes Instrument der Handelspolitik zu beseitigen, oder deren Bedeutung auf ein erträgliches Mindestmass zu reduzieren. Für die Entwicklungsländer erweist sich das Problem hingegen etwas schwieriger. Dort kommt den Zöllen eine zum Teil sehr weitgehende fiskalpolitische Bedeutung zu. Mit andern Worten sind also die Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde vor allem eine Angelegenheit der westlichen Welt (zehn Verhandlungspartner, wenn die EWG als Gesamtheit gezählt wird). Der eigentliche Ursprung dieser Verhandlungen ist Ihnen bekannt (Trade Expansion Act). Welchen Fortgang die Kennedy-Runde nehmen und ob das gesteckte Ziel erreicht wird, ist im Augenblick schwer vorauszusehen, zumal noch sehr viele Imponderabilien im Spiele stehen.

3. Sollte der erhoffte Erfolg wider Erwarten ausbleiben, hätten wir uns zu überlegen, was für mögliche Alternativlösungen ins Auge

gefasst werden können. Der amerikanischen Seite schwebte bis vor einiger Zeit das sogenannte "Contingency Planning" vor, das Ausweichmöglichkeiten im Falle einer Blockierung der Verhandlungen durch die EWG vorsieht. Die übrigen, weiterhin interessierten Staaten würden in diesem Falle die Kennedy-Runde miteinander fortsetzen, wobei die EWG selbstverständlich nicht in den Genuss der Verhandlungsergebnisse käme. Dabei gilt es zu beachten, dass ein solcher Ausweg ein weiterer Bruch des Meistbegünstigungsprinzips bedeuten würde. Die sich aus dem "Contingency-Planning" ergebende Verhaltensweise wird jedoch heute nicht mehr als praktikabel betrachtet, da sie die westliche Solidarität zerstören würde. Gerade de Gaulle würde es begrüßen, die Amerikaner eines offensichtlichen Diskriminierungsversuchs bezichtigen zu können.

Eine weitere mögliche Alternative bestünde in einer engeren europäischen Zusammenarbeit, entweder in Form einer erweiterten Freihandelszone oder in derjenigen einer allgemeineren Zollunion. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass für die USA der "Trade Expansion Act" die Basis zum wirtschaftlichen "Bridge-building" zwischen den Kontinenten der westlichen Welt darstellt. Wie dem auch sei, erscheint der ehrgeizige Plan des ursprünglich vorgesehenen Zollabbaues (80 %-Klausel des T.E.A.) zwischen Europa und den USA heute nicht mehr durchführbar.

4. Dem Programm der Verhandlungen sind natürlich durch das Datum des 30. Juni 1967 Grenzen gesetzt; wir wissen, dass die amerikanischen Vollmachten zu diesem Zeitpunkt zu Ende gehen. In der kurzen verbleibenden Zeit sollten zumindest die Verhandlungen auf dem Industriesektor unter Dach gebracht werden können. Für die komplexen Agrarbesprechungen hingegen steht offensichtlich zu wenig Zeit zur Verfügung. Die schweizerischen Unterhändler sind sich bewusst, dass sie in Bezug auf die EWG nur der Form nach mit der Brüsseler Kommission verhandeln, dass aber der wahre Gegenpart Frankreich ist. Wir befinden uns also mitten in einer "négociation à la française" und wir hoffen, dass sich auch hier der Ausspruch von Botschafter de Torrenté "avec les Français, on finit toujours par s'arranger" bewahrheiten möge. Daraus erklärt sich, dass wir nicht nur unsere Kontakte in Brüssel zu pflegen haben, sondern auch denjenigen an der Seine besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Wir Schweizer sind ein Volk von Pragmatikern: Die ursprünglich gesteckten maximalen Ziele sind in die Ferne gerückt. Heute erscheint ein Abbau von 20 - 30 % der geltenden Handelsschranken als realistische Erwartung für den Ausgang der Kennedy-Runde. Sollte auch dieses bescheidenere Nahziel nicht innert der gesetzten Frist erreicht werden können, so stellt sich gebieterisch die Forderung nach einer neuen umfassenden Zollsenkungsverhandlung.

Botschafter Escher: Wie Sie sich erinnern, haben die drei neutralen EFTA-Länder (Schweden, Schweiz und Oesterreich) anfänglich eine relativ einheitliche Integrationspolitik verfolgt. Die ursprüngliche Zusammenarbeit bezog sich insbesondere auf die Ausarbeitung einer gemeinsamen Doktrin in bezug auf die aus Rücksicht auf die Neutralität zu machenden Vorbehalte. Die wirtschaftlichen Überlegungen, die Oesterreich veranlasst haben, sich der EWG zu nähern, gehen vor allem

aus folgenden Gegebenheiten hervor: Seit Anfang der 60er-Jahre geht rund die Hälfte der Produktion meines Residenzlandes nach der EWG, während auf die EFTA - und Ostländer - lediglich 1/6 des Exportvolumens entfällt. Die jüngste Entwicklung weist in dieser Beziehung sogar eine leicht ansteigende Verlagerungstendenz zugunsten der EWG-Länder auf. Die Befürworter einer engeren Verbindung mit der EWG gingen bisher vorwiegend von Exportüberlegungen aus, wobei die möglichen Auswirkungen auf den Inlandmarkt oft weniger beachtet wurden. Während die EWG im Zeitpunkt der Einreichung der Assoziationsgesuche der drei Neutralen, Mitte Dezember 1961, diesen Staaten gegenüber nicht besonders freundlich gesinnt schien, brachte die Kommission in Brüssel dem Sonderfall Oesterreich in der Folge vermehrtes Verständnis entgegen. Dabei mögen die bereits erwähnte engere Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit dem EWG-Raum, sowie der spezielle Charakter seiner "übernommenen" Neutralität ausschlaggebend gewesen sein. Beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen können die Auffassungen der beteiligten EWG-Partner gegenüber Oesterreich wie folgt zusammengefasst werden:

Bundesrepublik Deutschland: positiv gesinnt; Italien: eher zurückhaltend (erblickt in der Assoziation nur ein Uebergangsstadium zum Vollbeitritt und befürchtet insgeheim ein Anwachsen der österreichischen an die deutsche Wirtschaft); Frankreich: hegt ähnliche Bedenken wie Italien (befürchtet zudem eine Beeinträchtigung seiner Bemühungen, mit den Donau-Ländern vermehrten wirtschaftlichen Anschluss zu finden); Belgien und Holland: verfolgen eine mittlere Linie (Niederlande hoffen, dass eine österreichische Assoziation Ansatz zu weiteren Beitritten kleinerer Länder bilden könnte - Belgien scheint überdies bestrebt, Sonderfallaspekte zu unterstreichen, um Präjudiz für andere Neutrale zu vermeiden). Die in diesem Jahr österreichischerseits unternommenen Vorstösse in Richtung Assoziation lassen sich in drei Runden aufteilen. Die Fragen der ersten Begegnung im Mai d.J. bildeten vorab die Abschaffung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, die Harmonisierung der Aussentarife, die Vereinbarkeit mit der EFTA-Zugehörigkeit sowie die sich aus dem "Treaty making power" ergebenden Probleme. Im Juni gab eine weitere Begegnung Oesterreich überdies Gelegenheit, seine Begehren auf dem Agrarsektor anzumelden. Auf diesem Gebiet wird in Wien eine Harmonisierung mit den EWG-Präferenzen angestrebt, wohl in der Absicht, die internen Schwierigkeiten auf diesem Wirtschaftszweig wenigstens teilweise beheben zu können. Die schliesslich im Juli stattgefundene Assoziierungsdiskussion bildete die Fortsetzung der vorangegangenen Verhandlungen. Die wichtigsten Themen bezogen sich dabei wiederum auf den Abbau der Zölle und der mengenmässigen Beschränkungen, auf die Beseitigung der Handelshemmnisse, auf die Abbaufristen, die Harmonisierung der Aussenhandelsregimes, die Agrarprobleme und die Fragen des "Treaty making power".

Die bisherigen Verhandlungen verlaufen in der Richtung einer präferenziellen Lösung nach GATT-Artikel 24: Freihandelszone mit weitgehender Harmonisierung von Aussentarif und Wirtschaftspolitik. Die sich abzeichnenden Ergebnisse scheinen indessen einer Zollunion relativ nahezukommen. Die EWG-Kommission soll immerhin auf Gleichgewicht und Gleichzeitigkeit der gegenseitig auszuhandelnden Konzessionen bestehen. Zum Beispiel hat Brüssel den österreichischen Wunsch nach ei-

ner Schonfrist - langsamerer Abbau der eigenen Zölle gegenüber EWG und stufenweise Anpassung an den gemeinsamen Aussentarif - abgewiesen.

Das bisherige pragmatische Vorgehen hat lediglich gestattet, einige wenig bedeutende Fragen und Begehren in Brüssel vorzubringen. Den wichtigsten Problemen, so u.a. der institutionellen Regelung einschliesslich Verfahren zur Beilegung von Differenzen, der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und dem allfälligen Verbleiben in der EFTA, ist man bisher aus dem Wege gegangen. Für uns ist vor allem die Behandlung der sich aus der Neutralität sowie aus der Absicht auf Verbleiben in der EFTA ergebenden Vorbehalte von Bedeutung. Oesterreicherseits werden die Neutralitätsvorbehalte in den Brüsseler Gesprächen unter Einräumung von Sonderkündigungs- und Suspensionsrechten grundsätzlich vorausgesetzt. In der Grundsatzklärung vom 11. März d.J. erklärte sich Wien immerhin zu gewissen Einschränkungen mit Rücksicht auf die EWG bereit. Auf der Gegenseite scheint die Sechsergemeinschaft heute bereit zu sein, gewisse Ausnahmeregelungen namentlich in bezug auf den für Oesterreich wichtigen Osthandel in Kauf zu nehmen. In Brüssel ist jedoch die Frage des allfälligen Verbleibens Oesterreichs in der EFTA lediglich gestreift worden. Ein grosser Teil der interessierten Kreise Oesterreichs möchte wenn möglich eine Doppelmitgliedschaft erlangen; insbesondere gilt der Wunsch nach einer weiteren Zugehörigkeit zur EFTA als allgemein sehr verbreitet, doch geben sich nur wenige der Illusion hin, die angestrebte Doppelzugehörigkeit durchsetzen zu können. Anlässlich des Besuchs von Dr. Klaus in Paris soll ihm de Gaulle zu verstehen gegeben haben, dass nach seiner Ansicht ein weiteres Verbleiben Oesterreichs in der EFTA nach vollzogener Assoziation nicht in Frage kommen könne.

Gegenwärtig bildet die Frage, ob das Verbleiben in der EFTA zur *conditio sine qua non* gemacht werden soll, der Hauptstreitpunkt der beiden massgebenden politischen Parteien Oesterreichs. Bei zunehmender Einsicht in die Unerreichbarkeit der Doppelzugehörigkeit wird die Problematik voraussichtlich auf eine Wahl zwischen EWG und EFTA hinauslaufen. Die innenpolitische Lage und die Interessengegensätze geben im Moment noch ein ziemlich verworrenes Bild der Zukunftsaussichten. In der zweiten Hälfte d. M. kann mit einer eingehenden Integrationsdebatte im oesterreichischen Nationalrat gerechnet werden. Sollten, wie erwartet, Neuwahlen vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode angeordnet werden, so könnte aus der Assoziationsfrage ein ausschlaggebendes Politikum entstehen. Neben diesen innenpolitischen Zusammenhängen verdient auch noch ein aussenpolitischer Aspekt unsere Aufmerksamkeit, nämlich die wachsende Opposition der Sowjetunion gegenüber jedem Arrangement, das über den Rahmen eines Handelsvertrages - allenfalls mit Präferenzzöllen nach GATT-Artikel 25 - hinausginge. Die Russen berufen sich auf Art. 4 des oesterreichischen Staatsvertrages und haben bereits durchblicken lassen, dass sie alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, einschliesslich Schiedsgericht, in Anspruch nehmen werden, um eine Uebertretung der gesetzten Beschränkungen zu verhindern. Meines Erachtens sind diese sowjetischen Widerstände ernst zu nehmen.

Einstweilen lässt sich erkennen, dass die Assoziierungsgespräche Oesterreichs noch bei weitem nicht abgeschlossen sind. Zufolge der

EWG-Krise werden die eingeleiteten Verhandlungen in Brüssel kaum mehr ernsthaft fortgesetzt werden können. Die innterwirtschaftlichen Kreise meines Residenzlandes sind mit der gegenwärtigen Situation denkbar unzufrieden, zumal die andauernde Unsicherheit jegliche fristige Planung verunmöglicht. Irgend eine verlässliche Prognose über den Ausgang der gegenwärtigen Assoziierungsbemühungen Oesterreichs aufzustellen, ist auf Grund der noch zahlreich offen gebliebenen Fragen nicht möglich. Persönlich neige ich zur Ansicht Kreiskys, der kürzlich im Hinblick auf die Brüsseler Verhandlungen erklärte: "Dabei kommt eh' nix raus!"

M. l'Ambassadeur Zutter: Les Italiens ont été piqués par la réaction des Français qui leur reprochaient d'avoir provoqué la crise. Ils avaient pourtant d'excellentes raisons de ne pas prolonger la situation, puisque, comme chaque pays membre du Marché commun, ils ont versé 28 % du Fonds agricole et n'en ont retiré que 1,8 % environ quand la France en percevait 85 %. Mais l'ambition personnelle de M. Fanfani et le souci du gouvernement Moro (gêné par l'usure de son parti) de se consolider les encouragent à faire ce qui dépend d'eux pour mettre fin à la crise. L'Italie, qui a toujours évité de heurter la France, est inquiète de l'attitude française, au point même d'avoir pensé il y a quelque temps que de Gaulle n'irait pas à l'inauguration du tunnel du Mont-Blanc. La rencontre eut lieu cependant et fut courtoise. Au déjeuner, l'on évoqua la crise, mais M. Fanfani m'a dit qu'il n'avait obtenu que des réponses évasives. Les Italiens ne prennent toutefois pas la crise au tragique; ils pensent qu'elle peut déclencher de nouvelles perspectives et des aménagements heureux. Ils sont décidés à mener les choses avec tact. Remarquons à ce propos qu'ils ne craignent pas seulement de Gaulle mais ses porte-parole. Ils considèrent comme redoutable le trio Murville-Giscard-Pisani. On espère toutefois en Italie que les "européens" français, de même que l'agriculture française, exerceront une influence apaisante sur de Gaulle, lequel, ajoute-t-on, n'est d'ailleurs pas éternel.

Herr Botschafter Stopper: Den Ausführungen von Herrn Botschafter Troendle stimme ich vollumfänglich zu. In der Schweiz ist eine allgemeine Ausstellungs- und Werbemüdigkeit festzustellen. Für den Fall, dass im Exportsektor erhebliche Absatzschwierigkeiten eintreten sollten, müsste diese Verhaltensweise grundlegend geändert werden. Vermehrte Anstrengungen zur Förderung des Aussenhandels in allen bedeutenden Sparten würden sich alsdann unweigerlich aufzwingen.

Mit Genugtuung habe ich den Ausführungen von Herrn Minister Weitnauer entnommen, dass er in den Zöllen ein antiquiertes Instrument der Aussenhandelspolitik erblickt. Obschon auch ich diese Ansicht teile, ist noch nicht gesagt, dass auch der Schweizerische Bundesrat unserer Auffassung zustimmen würde. Immerhin kann den Zöllen nicht jegliche politische Bedeutung abgesprochen werden, wie dies am Beispiel der Schutzzölle innerhalb der EWG in bezug auf billige Aussenangebote vor Augen geführt wird. Im Bereiche der Landwirtschaft sind die Zollansätze, allgemein gesehen, in den letzten Jahren eher gestiegen oder durch weit schlimmere Surrogate ersetzt worden.

Ein Scheitern der Kennedy-Runde könnte meines Erachtens ein wirtschaftliches Chaos herbeiführen, das umso schlimmere Folgen mit sich bringen würde, wenn damit gleichzeitig eine bedeutendere wirtschaftliche Rezession verbunden wäre. In diesem Falle würden nicht nur wir, sondern wegen der Meistbegünstigung auch alle übrigen Verhandlungspartner der Kennedy-Runde getroffen. Deshalb sollten wir schon jetzt nach möglichen Ersatzlösungen suchen, um nicht durch ein teilweises oder gänzlichches Scheitern der Kennedy-Runde vollends unvorbereitet überrascht zu werden.

CONFERENCE DES AMBASSADEURS 1965

E. Troisième conférence plénière du 3 septembre
(1430 - 1750 h)

Bundesrat Wahlen eröffnet die Sitzung und dankt Botschafter Stopper für sein Referat von heute morgen.

Oberstkorpskommandant Gygli (Generalstabschef): Der Krieg ist zum totalen Krieg geworden, worüber sich heute noch nicht alle Rechenschaft geben. Es zeigen sich Probleme, die nicht mehr rein militärischer Art sind. Die Strategie kann nicht mehr eine einheitliche Doktrin sein. Sie ist eine Denkmethode geworden, nach welcher die Probleme analysiert und nach Dringlichkeit und Wichtigkeit einzuordnen sind. Die Strategie muss sich ausrichten nach der Verletzbarkeit des Gegners und der voraussichtlichen Wirksamkeit der eigenen Mittel. Es wird wohl eine Entscheidung angestrebt, die aber nicht militärischer Natur sein muss, sondern vor allem psychologischer Art. Es geht dabei darum, den Willen des Gegners zu brechen.

Die Erkenntnis der Totalität des Krieges ist bei uns heute vorhanden. Davon ausgehend wurden bereits zwei Landesverteidigungsübungen durchgeführt. Diese Erkenntnis bildete auch die Veranlassung für die Erteilung des Auftrags an Oberstkorpskommandant Annasohn zur Bearbeitung der Frage der totalen Landesverteidigung.

Wenn jede politische Lage ihre Strategie erfordert, so darf diese doch nicht sprunghaft sein. Sie hat sich nach den folgenden drei Maximen zu richten:

- möglichst spät oder gar nicht in den Krieg hineingezogen werden,
- im Falle einer Koalition nicht auf der falschen Seite stehen,
- während des Krieges so vorgehen, dass bei Friedensschluss eine gute Verhandlungsposition gesichert ist.

Zu den militärischen Problemen:

1. Der Auftrag an die Armee.

Die verfassungsmässige und neutralitätsrechtliche Grundlage gestattet eine verhältnismässig genaue Umschreibung des Auftrages während der Friedenszeit. Der Einsatz unserer Armee hat im eigenen Lande zu erfolgen. Die Formulierung des Auftrags hat sich im Verlauf der Zeit bekanntlich gewandelt, so zum Beispiel beim Entschluss General Guisans im Jahre 1940, der zur Entwicklung der Reduitstrategie führte. Die Truppenordnung von 1951 fand wiederum Anschluss an die Gedanken der Zeit vor 1939. Die Armee hatte sich vorzubereiten, um in einem für sie günstigen Gelände einem überlegenen Gegner Widerstand zu leisten. Die Truppenordnung 1961 hat eine erweiterte Formulierung gebracht: der Einsatzort ist nicht voraussehbar, weshalb eine Doktrin abgelehnt wird.

Die Armee muss offensiv oder defensiv in irgend einem Landesteil eingesetzt werden können. Dazu muss für den Oberbefehlshaber und die Regierung Entschlussfreiheit bestehen.

2. Bedrohung und Kriegsbild.

Wir müssen möglichst realistisch von einem ganzen System von Bedrohungen ausgehen und uns dabei auf Hypothesen stützen. Ausgangspunkt ist der Zweck eines feindlichen Angriffs auf die Schweiz. Dieser kann in der Benützung gewisser Landesteile für Aktionen, die sich im wesentlichen ausserhalb unseres Landes abspielen, bestehen und bewirkt so Neutralitätsverletzungen. Das Ziel kann aber auch Unterwerfung sein, und zwar die militärische, die wirtschaftliche oder die politische. Angesichts dieser Bedrohung muss die Armee zur aktiven und wirksamen Luftverteidigung und zum raschen Eingreifen am Boden in der Lage sein. An sich dürfen wir nicht schon in der Phase des Neutralitätsschutzes alle unsere Mittel vergeben, doch kann der frühzeitige Einsatz zum Beispiel der Flugwaffe bewirken, dass wir uns ausserhalb der Krise halten können. Andererseits ist es durchaus denkbar, dass der Bundesrat selbst die Benützung gewisser Landesteile durch den Feind noch als Neutralitätsverletzung betrachtet, und daher nicht sofort die ganze Armee dagegen eingesetzt wird.

Die Bedrohung kann in einem politischen oder einem militärischen Angriff oder im Einsatz von Atomwaffen bestehen. Der politische Angriff besteht in der subversiven Tätigkeit und birgt die Gefahr, dass die Armee unterlaufen wird. Der militärische Angriff bezweckt die Unterwerfung zur Benützung der Schweiz als Durchmarschzone oder als Nebenkriegsschauplatz. Dagegen ist ein Einzelangriff gegen die Schweiz im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wahrscheinlich. Die atomare Bedrohung besteht in der Möglichkeit der Zerstörung unseres Landes sogar ohne Einmarsch feindlicher Truppen, was aber nicht wahrscheinlich ist. Das Kriegsbild wird bedingt durch die Ausrüstung, die Organisation und das Kampfverfahren eines Gegners. Heute ist die Bedeutung der konventionellen Mittel wieder als grösser anerkannt, aber die Atomwaffen sind doch die Pfeiler der Kriegsführung, die das Kriegsbild geben. Ein zweites Charakteristikum des heutigen Kriegsbildes ist die wesentlich erhöhte Beweglichkeit dank mechanisierten, motorisierten und Lufttransportmitteln. Weiter ist es heute möglich, bei Nacht und Nebel und mit elektronischen Mitteln usw. zu kämpfen.

Die Truppenordnung 1961 geht von folgendem Kriegsbild aus: Terrorangriff mit Bomben und Fernwaffen und Luftlandesaktionen ab Kriegsbeginn. Anschliessend wird ein potentieller Gegner mit Einsatz aller Bodenwaffen den Angriff ins Hinterland auf Verkehrsknotenpunkte und Flugplätze vortragen, zur Einnahme operativer Ziele ganz allgemein. Voraussetzung für die Erfüllung des Auftrages sind Wollen und Können, d.h. Wehrwille und Kampfwille sowie Glauben, Vertrauen und Disziplin. Die Mittel der psychologischen Kampfführung bezwecken die Unterhöhlung dieser Voraussetzungen. Hier hat die geistige Landesverteidigung eine grosse Aufgabe zu erfüllen. Die Schaffung von Vertrauen und Disziplin ist das Ziel der militärischen Erziehung. Das Können äussert sich in

einer zweckmässigen Ausrüstung und Organisation der Armee und in der Schulung eines Kampfverfahrens, das den Möglichkeiten Rechnung trägt. Die Truppenordnung 1951 bezweckte eine Anpassung an die Bestandeskrise und an die Technik des Kampfverfahrens. Die Truppenordnung 1961 dagegen ist nicht eine Anpassung, sondern eine Heeresreform, da die Aufgaben gewechselt haben. Sie baut jedoch auf der bestehenden Armee auf, so vor allem auf der allgemeinen Wehrpflicht, die derart ausgeschöpft wird, wie sonst nirgends. Meines Erachtens ist die Ausschöpfung zu gross; wir verfügen damit über keine Reserven mehr. Alle Tauglichen sind ausgebildet, ausgerüstet und eingeteilt, weshalb wir die relativ grösste Armee in Europa haben. Da sich die Wehrpflicht des Soldaten auf 30 Jahre erstreckt, bedingt die vollständige Einführung der Truppenordnung 1961 eine lange Zeit, d.h. rund 10 Jahre. Die Alternative zur Milizarmee wäre die kleine Berufsarmee. Unsere Organisation hat jedoch den Vorteil der Selbstausbildung und Selbstverwaltung sowie der freiwilligen ausserdienstlichen Tätigkeit; dank der stetigen Wiederholung ist die Armee à jour, was zugleich eine gewisse Immunität gegen psychologische Kriegsführung mit sich bringt. Die Truppenordnung 1961 hat die Neuaufstellung von folgenden Heereseinheiten gebracht:

- drei mechanisierte Divisionen, welche die Hauptträger des Kampfes im Mittelland sind,
- drei Grenzdivisionen zur Verstärkung des Kampfes der Grenzbrigaden,
- zwei weitere Gebirgs-Divisionen, sodass wir jetzt über total drei solche verfügen.

Ausserdem wurden sechs Territorialbrigaden geschaffen. Die Armee gliedert sich in drei Feldarmeekorps mit je einem Element zur Grenzverteidigung, einem infanteristischen Element, einem Stosselement und einem Territorialelement. Die Gebirgsdivisionen sind zusammen mit den Festungs- und Reduitbrigaden sowie mit den zugehörigen Grenzbrigaden im Gebirgsarmeekorps zusammengefasst.

Auf materiellem Gebiet hat die Truppenordnung 1961 folgende Neuerungen gebracht:

- Ausrüstung der Armee mit dem Sturmgewehr,
- Vermehrung der Mechanisierung durch die Schaffung der mechanisierten Divisionen und Zuteilung von mechanisierten Mitteln an die Felddivisionen,
- bessere Uebermittlungsmittel,
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Genietruppe,
- Aufstellung von leichten Fliegerstaffeln, die jedoch nur als Verbindungsmittel dienen ohne eigentlichen Kampf- oder Transportwert.

3. Kampfverfahren.

Der Gegner soll möglichst wenig Mittel zur Geltung bringen können. Auf operativem und taktischem Gebiet tritt der Gedanke des Ueberlebens in den Vordergrund. Angriffen müssen die Spitze abgebrochen, der Gegner muss zum Infanteriekampf gezwungen und, wo dies nicht möglich ist, mit mechanisierten Elementen zerschlagen werden. Zum Luftkampf: Die vollständige Verteidigung des Luftraumes ist auch grossen Ländern nicht möglich. Die Luftraumverletzungen müssen aber erschwert werden. Die Flieger müssen aufklären, einen beschränkten Raumschutz und die Unterstützung der Erdtruppen gewährleisten. Es wird daher ein Führungssystem benötigt, um die Flieger und die Flabmittel richtig einsetzen zu können. Das diesbezügliche Projekt "Florida" würde diese Anforderungen erfüllen, zudem aber ein genaues Bild über die Luftlage zuhanden des Oberbefehlshabers und der Zivilbevölkerung geben.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es uns unmöglich ist, einen operativen Bewegungskrieg zu führen, eine Verteidigung in linearer Stellung zu suchen, sowie den Kampf aus einzelnen unabhängigen, übers Land verteilten Widerstandszentren zu führen. Wesentlich jedoch ist das Brechen der feindlichen Panzerspitzen, das Halten von Schlüsselpunkten, sowie das Sperren der Hauptachsen, die Infanterie ausserhalb der feindlichen Angriffszone bereit zu halten, um immer wieder zu sperren, den Infanteriekampf im Infanteriegelände zu suchen, und schliesslich die mechanisierten Mittel im richtigen Gelände einzusetzen, um den durchbrechenden und luftlandenden Gegner zu zerschlagen. Wir erwarten von unserer Wehrorganisation, dass sie auch heute noch ein gewisses Mass der Abschreckung hat; denn wesentlich ist das Kräfteverhältnis in concreto in Raum und Zeit, wobei davon auszugehen ist, dass der Gegner - um Aussicht auf Erfolg zu haben - mit dreifacher Ueberlegenheit angreifen muss. Die Abschreckung besteht darin, dass unsere Bereitschaft dem Gegner einen für ihn zu grossen Aufwand aufzwingt.

4. Zukünftige Entwicklung

Die Nachrichtensektion bemüht sich, das Kriegsbild der 70er Jahre herauszuarbeiten. Richtige Schlüsse können kaum gezogen werden, doch lassen sich folgende wesentliche Tendenzen erkennen:

- die biologische und chemische Kriegsführung entwickelt sich einerseits zu strategischer Bedeutung, andererseits gewinnen die kurzwirkenden physiologischen Mittel an taktischer Bedeutung;
- die Raketentechnik entwickelt sich vor allem in Richtung der präziseren Lenkung. Eine Beschaffung von Boden-Bodenraketen ist im gegenwärtigen Zeitpunkt für uns unmöglich, solange keine Atomsprengköpfe zur Verfügung stehen. Wird die Lenkung solcher Raketen jedoch präziser, so wird ihr Einsatz auch für uns, sogar mit konventionellen Sprengköpfen, interessant;

- die vertikalen Umfassungen, besonders mit Helikoptern, gewinnen wieder an Bedeutung.

Diese Entwicklung schafft wiederum Bedürfnisse für unsere Armee. Die Panzer-Mittel müssen vermehrt werden, die Artillerie (Selbstfahrgeschütze!), die Flab und die Genie modernisiert werden. Die Panzerabwehr auf mittlere Distanzen (600 - 2000 m) muss gesichert werden; die "Bantam" werden diese Lücke schliessen. Vermehrte Lufttransport-Kapazität sollte zur Verfügung stehen, damit mindestens der Einsatz eines Bataillons durch vertikale Umfassung an kritischen Punkten möglich ist. Der Kampf bei Nacht muss gefördert werden durch Mittel wie Infrarot, Radar, Schutz vor feindlichen Störungen und Gegenstörung. Schliesslich muss die Luftwaffe weitergestaltet werden, da gewisse Aufgaben wie Neutralitätsschutz, Aufklärung usw. nur mit Hochleistungsflugzeugen erfüllt werden können. Wenn solche nicht erhältlich sind, dann muss die Aufgabe reduziert werden. Der Einsatz der Hochleistungsflugzeuge muss sich dort konzentrieren, wo die Flab nicht genügt. Andere Aufgaben, wie der frontnahe Einsatz gegen Erdziele, können durch billigere Flugzeuge erfüllt werden, doch ist auch dort Luftdeckung nötig.

5. Problem der Atomwaffen

Der beste Schutz vor feindlichen Atomwaffen wäre eine gleichwertige Abschreckung. Das kommt für uns nicht in Frage. Das Fehlen von Atomwaffen ist eine grosse Lücke in unserer Abschreckungswirkung und in der Kampfkraft. Aber auch ohne Atomwaffen verfallen wir nicht der Wehrlosigkeit. Wir profitieren ja auch von der Abschreckungswirkung der Atomwaffen der Grossmächte. Ein Anschluss an ein Bündnis würde meines Erachtens keine Erhöhung unserer Sicherheit bedeuten, vielmehr eine Schwächung, da die Gefahr des Einbezugs in den Krieg erhöht wird. Die Frage der Beschaffung von Atomwaffen ist nicht nur von militärischer, sondern auch politischer und weltanschaulicher Bedeutung. Wenn unser Volk überzeugt wäre, dass durch eine atomare Bewaffnung die Abschreckungswirkung und die Stärkung der Armee erhöht würden, so wäre die Beschaffung nicht nur wünschenswert, sondern geboten.

Die angedeuteten Mittel und Bedürfnisse sprengen den Rahmen der Möglichkeiten nach der Truppenordnung 1961 nicht, bedingen aber grosse Aufwendungen. Es ist Aufgabe der Gruppe für Planung, darüber Aufschluss zu geben, ob und wann die Bedürfnisse befriedigt werden können. Die Einführung neuer Mittel und Kampfverfahren bedingt neue Ausbildung, Übungsplätze, Schiessplätze und sorgfältige Führerauslese. Das sind alles Probleme, die im Studium sind, aber nicht sofort gelöst werden können.

Die Ausbildung und Ausrüstung der Armee nützen jedoch nichts, wenn der Wehrwille fehlt. Ist dieser jedoch vorhanden, so muss auch ein gutes Instrument zu dessen Durchsetzung bestehen. Die Truppenordnung ist nur die äussere Form unseres Wehrwesens, das wichtigere aber ist der Mensch.

M. le Commandant de corps Frick (Chef de l'instruction): Après avoir entendu l'énumération de ce que nous avons, nous devons nous demander s'il est possible d'instruire l'armée dans le temps disponible. Jusqu'à maintenant, une instruction correcte a été possible grâce à la rationalisation et la spécialisation. Mais le fantassin n'est plus en mesure de manier toutes les armes. Il faut donc le spécialiser. Dans les armes techniques, il faut choisir des spécialistes préparés par leurs tâches civiles, par exemple pour le service radar. La valeur de l'instruction ne doit pas être jugée d'après l'instruction de base. Mais c'est une année plus tard que l'on peut jugé ce qui reste et ce qui a été oublié. Il faut réapprendre ce qui a été perdu, sans cela il y a un déficit d'instruction. Les Généraux Wille et Guisan ont jugé, dans leur temps, qu'il fallait 2-3 mois pour rendre efficace l'armée. Maintenant l'instruction est plus compliquée, mais d'autre part nous pourrions être précipités dans les événements. Il faut donc répéter et réapprendre chaque année.

Par paradoxe, l'armée de milice reste la mieux préparée. Après son introduction, 10 ans sont nécessaires pour qu'une nouvelle arme fonctionne. Mais dans les autres armées à longue période d'instruction, il n'y a pas de répétition. Comme j'ai pu constater lors de visites à l'étranger, nous disposons pratiquement du même matériel que les autres armées. Les réservistes de celles-ci ne sont pas instruits au nouveau matériel, tandis que les nôtres sont périodiquement réinstruits. Notre système se prête mieux à la guerre totale. Qui veut la guerre, la prépare avec tous les moyens et sera certainement mieux préparé que nous. Mais dans la balance actuelle, notre armée est encore bien en place. L'introduction du fusil d'assaut représente le plus grand progrès dans notre armée. Nous avons gagné peut-être plus qu'avec les gros moyens. Mais ceux-ci nous sont également nécessaires. La défense aérienne doit être garantie et cela spécialement au début des événements. Nous ne serons pas partout, mais nous serons présents. C'est essentiel pour le moral du pays et de l'armée. Il nous faut la possibilité de nous manifester dans le ciel.

Botschafter König: Wie stellt sich der Kostenaufwand für die Armee für die nächste Zeit dar, dies insbesondere auch im Verhältnis zu den anderen Aufwendungen des Bundes? Der Generalstabschef hat erklärt, es sei keine Abwehr gegen Raketen möglich. Dagegen hat die sowjetische Heeresleitung kürzlich erklärt, sie verfüge über Abwehrmittel gegen alle Raketen.

Oberstkorpskommandant Gygli: Zur Finanzlage: Es wird langfristig geplant in bezug auf die Bedürfnisse für zehn Jahre, wobei für die ersten fünf Jahre genau, für die zweiten fünf Jahre allgemeiner gerechnet wird. Die Aufwendungen für die Armee betragen bei uns 3,6 % des Volkseinkommens. In den nächsten fünf Jahren sollten für die Armee total 8,3 Milliarden Franken aufgewendet werden. Der Bundesrat muss über die Bedürfnisse der anderen Departemente im klaren

sein, um uns eine Zusicherung geben zu können. Die Zahl von 8,3 Milliarden ist daher erst unser Begehren; der Betrag ist noch nicht bewilligt. Diese Zahlen sind jedoch nur eine Arbeits-Hypothese. Eine Veränderung der Verhältnisse kann andere Bedürfnisse und damit andere Zahlen bringen.

Zu den Raketen: Ich kann nur das sagen, was mir an Nachrichten zur Verfügung steht. Gegen ballistische Ueberschallraketen existieren unseres Wissens vorderhand keine sicheren Abwehrmittel.

Botschafter Gygax: Wir werden im Ausland immer wieder gefragt, wieviel wir für die Verteidigung der Neutralität ausgeben. Wie verhält sich diese Zahl zu denjenigen anderer Länder? Zum Beispiel Australien, das bedeutend mehr exponiert ist als unser Land, wendet nicht mehr als 3 % auf, inkl. Flotte.

M. l'Ambassadeur Micheli: Quel est le point de vue militaire à l'égard d'un traité de non-prolifération des armes atomiques?

Botschafter Escher: Wir alle sehen die Vorteile des Milizsystems, und wir sind alle dafür. Die Armee ist jedoch abhängig von der Unterstützung durch die Industrie, die Dienste, usw. Bestehen militärisch gesehen keine Bedenken, dass unser Milizsystem bei einer Mobilmachung das Potential von Industrie und Dienstleistungsbetrieben zu sehr in Anspruch nimmt, so dass dadurch auch eine Schwächung des militärischen Potentials entsteht?

Oberstkorpskommandant Gvgli: Ich kann die Frage von Herrn Botschafter Gygax nicht vollkommen beantworten, da mir hier die notwendigen Unterlagen fehlen. Die schweizerischen Wehrausgaben stellen aber proportional im Vergleich mit andern Staaten einen Mittelwert dar; diejenigen z.B. in Grossbritannien und Frankreich sind wesentlich höher als bei uns. Bei der Verwendung von Zahlen ist aber vorsicht geboten. So ergeben sich dank unserer Milizarmee Einsparungen, die Millionen von Franken betragen. Das hängt vor allem mit der ausserdienstlichen Tätigkeit der Wehrpflichtigen zusammen. So war General Beaufre bei seinem kürzlichen Besuch bei uns erstaunt, wie uns unsere Verwaltung, inbegriffen die Instruktion, wenig kostet. Bei einem Besuch in einer Rekrutenschule wies er darauf hin, dass die gleiche Schule in Frankreich fünf Mal mehr Instruktoren benötigen würde. Die Frage von Herrn Botschafter Micheli ist mehr politischer Natur. Es ist aber zu sagen, dass die schweizerische Armee es selbstverständlich aus militärischen wie menschlichen Gründen vorzieht, allenfalls gegen einen Gegner ohne Atomwaffen zu kämpfen.

Bei der von Herrn Botschafter Escher gestellten Frage ist davon auszugehen, dass es im Krieg kein Wirtschaftsleben mehr geben wird. Nur die für die Versorgung der Armee und der Zivilbevölkerung unabkömmlichen Wirtschaftszweige werden aufrechterhalten bleiben. So sind Wehrmänner aus besonders wichtigen Berufen vom Aktivdienst dispensiert. In einem allfälligen Krieg wird aber auch für die

Sicherstellung des Zivilschutzes gesorgt werden müssen.- Was die Vorratshaltung betrifft, so kann ich vertraulich sagen, dass sie für 12 Monate ausreichen wird (6 Monate Neutralitätsschutz, 6 Monate Krieg). Im Gegensatz zum zweiten Weltkrieg sind die Vorräte nun dezentralisiert im ganzen Land angelegt und zwar 65 % unter und 35 % über dem Boden. Teils wegen Ausstehens der Kredite, teils infolge des Baustopps ist jedoch die Vorratshaltung noch nicht abgeschlossen. Es wird im übrigen geprüft, ob besondere Sanitätszonen geschaffen werden sollen, in denen Zivil- und Militärpersonen in gleicher Weise gepflegt usw. werden könnten. Dies wäre Aufgabe des Territorialdienstes und der Kriegswirtschaft. Gewisse Landesgebiete wie z.B. Zürich und Umgebung eignen sich dazu gut, andere, wie z.B. das Wallis, im mindern Masse.

M. l'Ambassadeur Maurice: Lorsque l'EMG étudie nos besoins pour le nouveau matériel (blindés, avions), tient-on également compte des réserves dont on aura besoin? Je pense particulièrement au cas de destruction.

Oberstkorpskommandant Gygli: Es hängt davon ab, um welches Material es sich handelt. So haben wir aus finanziellen Gründen z.B. keine Reserven an Panzer oder Geschützen. Auf andern Gebieten (z.B. Schuhen) besteht eine ziemliche Reserve. Reserven werden auch durch Umorganisation geschaffen: so werden die 7,5 Flabkanonen durch die 35 mm ersetzt und sind danach als Panzerabwehrkanonen verwendbar. Anderes Material kann verarbeitet werden, so dass wir einen Stock an Feldgeschützen haben. Sie sehen daraus, dass die Reservehaltung ungleich ist.

Bundesrat Wahlen: Oberstkorpskommandant Gygli hat erwähnt, dass der Bundesrat sich mit dem 8,3 Milliarden Kreditplafond für die nächsten fünf Jahre beschäftigt. Der Kreditplafond ist bisher noch nicht genehmigt worden. Es ist schwierig, auf lange Frist zu planen. Es gilt Prioritäten zwischen militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und andern Aufgaben zu schaffen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Unterstützung der Kantone bei der Errichtung von neuen Universitäten, an den Gewässerschutz, den Nationalstrassenbau usw.

Es gilt auch abzuklären, wo die Schwerpunkte liegen sollen angesichts der ungeheuren Steigerung der Kosten. Ein Flugzeug kostet bekanntlich heute 90 Mal mehr als vor 1939.- Oberstkorpskommandant Frick hat die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Flugwaffe hervorgehoben. Da stellt sich dann die Frage, ob man mit 57 Mirage auskommt. Das EMD hat im übrigen weiter das Problem der Atombewaffnung zu prüfen. Sie sehen daraus, dass eine genaue Berechnung der kommenden Ausgaben und eine richtige Reihenfolge der Prioritäten noch nicht möglich ist.

Die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Kleinstaates zeigen sich auch bei den Schwierigkeiten für die Verwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken. Die Errichtung eigener Atomreaktoren ist nämlich kaum möglich.

M. l'Ambassadeur de Rham: Si je suis bien informé, il semble que le point de vue du Gouvernement suédois diffère du nôtre quant à l'utilisation d'armes nucléaires.

Bundesrat Wahlen: Nein, die schwedische Haltung stimmt mit der unsrigen überein. Es besteht auch in Schweden noch kein positiver Beschluss auf Anschaffung von Atomwaffen. Im übrigen wird die Frage der Zusammenarbeit der Neutralen auf dem Gebiet der Landesverteidigung geprüft. Eine gewisse Zusammenarbeit resp. Arbeitsteilung ist durchaus möglich.

Botschafter Bernath: In Dänemark hat die radikale Partei, die zwar klein aber einflussreich ist, kürzlich den Vorschlag gemacht, die dänische Armee in eine Milizarmee wie die schweizerische umzuwandeln. Der Folketing wird sich damit zu befassen haben. Ich werde nun oft um Auskunfterteilung über die schweizerische Armee angegangen, da man deren Aufbau und unsere Erfahrungen kennen will. Die andern dänischen Parteien haben sich gegen den vorerwähnten Vorschlag gewandt; ich wäre aber froh, wenn man mich für die Auskunfterteilung besser dokumentieren könnte.

Professor Hochstrasser: Die Anstrengungen der anderen neutralen Staaten sind für die militärische und zivile Verwendung der Atomenergie bedeutender. Dies trifft vor allem für Schweden zu, das auch proportional mehr macht als wir. So wird Schweden in absehbarer Zeit einen eigenen Atomreaktor haben. Auch die Schweiz könnte mehr unternehmen, wenn wir proportional dieselben Ausgaben wie Schweden beschliessen würden. Wir haben alles Interesse, uns für die Reaktorenentwicklung mit andern Kleinstaaten zusammenzutun, da die Grossunternehmen im Begriffe sind, auf der ganzen Welt ein Monopol aufzubauen.

Bundesrat Wahlen: Was den Vorschlag der radikalen Partei Dänemarks anbelangt, so hat mir kürzlich Frau Botschafter Begtrup gesagt, die Initianten hätten keine Ahnung vom schweizerischen Milizsystem.

Ich teile die Auffassung von Herrn Hochstrasser, dass die Schweiz ihren Rückstand auf dem Gebiet der Atomenergie einholen muss.

Hiezu bedarf es aber auch eines Mitmachens und eines Opferwillens der Industrie, die nicht alles vom Bund erwarten darf.

Ich möchte an diesem Punkt die militärpolitische Diskussion abbrechen und Oberstkorpskommandant Gygli für sein ausgezeichnetes Referat und Oberstkorpskommandant Frick für seine wertvollen Ausführungen nochmals herzlich danken.

M. l'Ambassadeur de Fischer: Mes collègues et moi, nous saluons la décision du Conseil fédéral de ne pas entreprendre demain l'excursion prévue pour témoigner notre deuil à l'occasion de la catastrophe survenue au Valais. Pour manifester notre sympathie avec les familles des disparus et pour montrer notre compassion, je me permets de suggérer, si mes collègues sont d'accord, de faire aujourd'hui une collecte parmi nous, à laquelle chacun de nous contribuera avec une somme symbolique.

Bundesrat Wahlen: Ich danke Herrn de Fischer für seinen warmherzigen Vorschlag und bin mit einer Kollekte zugunsten der Hinterbliebenen der Mattmarkwerk-Katastrophe ganz einverstanden.

Botschafter Stiner: Es wurde mir ursprünglich die Aufgabe gestellt, in meinem Exposé sowohl die Krise der Organisation der amerikanischen Staaten als auch die christlich-demokratische Bewegung in Chile zu behandeln. Da die beiden komplexen Themata aber in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nur äusserst oberflächlich behandelt werden könnten, möchte ich mich auf das besonders akute Thema der christlich-demokratischen Bewegung in Chile beschränken.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts hat der chilenische Staatspräsident Ramon Barros Luco das Wort geprägt: "Für die Gesellschaft gibt es nur zwei Arten von Problemen: diejenigen, die sich von selbst lösen und diejenigen, welche jeder Lösung Trotz bieten". Der Fatalismus der meisten Lateinamerikaner kam in diesem Aphorismus gut zum Ausdruck. Ich glaube aber, feststellen zu können, dass dieser Fatalismus in den meisten lateinamerikanischen Staaten immer mehr vom Bewusstsein verdrängt wird, wonach es möglich ist, den bisherigen Zustand zu ändern und so eine grundlegende Besserung in den Lebensbedingungen durch überlegte, systematische politische Tätigkeit herbeizuführen.

Ursache hiezu bildet vor allem die Jugend, die eine Aenderung des alten Zustandes mit Nachdruck fordert. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung Lateinamerikas weniger als 19 Jahre alt ist. In dieser revolutionären Atmosphäre sind ideologische Faktoren fast noch wichtiger als blosse Wirtschaftsprogramme. Für einen Lateinamerikaner ist Philosophie und Ideologie einer Partei ebenso wichtig wie die spezifischen praktischen Massnahmen, die sie zu ergreifen verspricht. Bedeutsam ist, dass die Studenten und die gebildeten Schichten Lateinamerikas weniger durch die Wirtschaftskritik des Kommunismus als vor allem durch seine gemeinverständliche und bestechend simple ideologische Basis angezogen werden. So erobert die marxistische Ideologie die Universität lange vor den Elendsquartieren.

Die alten historischen Parteien können diesem Drang nach neuer ideologischer Orientierung nichts mehr bieten. Sie sind, zu Recht oder Unrecht, zu sehr mit dem Makel behaftet, nur das Bestehende perpetuieren zu wollen. Die einzige nicht-marxistische politische Bewegung mit Aussicht auf Erfolg bei den jüngeren Gruppen ist die christlich-demokratische Partei, und zwar meines Erachtens deshalb, weil sie eine ideologische Alternative zum Marxismus anbietet und eine integrale Lösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Gesellschaft verspricht.

Was nun den christlich-demokratischen Wahlsieg in Chile betrifft, so ist zu beachten, dass Chile die bestorganisierte und verhältnis mässig grösste marxistische Parteigruppierung in der ganzen Hemisphäre aufweist. Wie Sie wissen, wurde aber statt des Volksfront-Kandidaten Allende der christlich-demokratische Eduardo Frei zum chilenischen Präsidenten gewählt. Dieser kaum vorauszusehende Triumph hat sich in den teilweisen Erneuerungswahlen des chilenischen Parlaments vom 7. März dieses Jahres verstärkt, indem die Partei Freis in der neu gewählten Abgeordnetenversammlung sich die absolute Mehrheit sicherte, was bisher in Chile noch keiner Partei gelungen ist. Dieser Wahlsieg stellt ein Votum der Bevölkerung für Freis Reformpläne dar, die unter dem Leitmotiv "revolución en libertad" und unter dem Schlagwort "Revolution ja, Kommunismus nein" angekündigt worden sind.

Damit ist Frei mächtiger als je ein chilenischer Präsident und praktisch durchaus in der Lage, sein Parteiprogramm der wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu verwirklichen. Dies ist bedeutsam, da Chile schon immer ein wenig als Experimentierfeld Lateinamerikas angesehen worden ist und deshalb ein Erfolg - oder Misserfolg - des christlich-demokratischen Experiments in Chile notwendigerweise einen tiefen Einfluss auf die politische Entwicklung der anderen Länder des Kontinents ausüben muss.

Es fragt sich nunmehr, ob die Regierung Frei tatsächlich den grossen Erfolg erzielen wird, den sie sich zuzutrauen scheint. Ohne eine verbindliche Prognose möchte ich die bisher ersichtlichen positiven und negativen Seiten des neuen Regimes einander gegenüberstellen:

1. Es dient sicher der Stärkung der Regierung, dass offensichtlich eine Mehrheit der Bevölkerung hinter ihr steht und was noch wichtiger ist, dass die Berufspolitiker der Abgeordnetenversammlung mehrheitlich der Regierungspartei angehören. Nachdem die ehrlichen Bemühungen des grossen unabhängigen und integren Präsidenten Jorge Alessandri ständig von einem ihm feindlich gestimmten Parlament zum Scheitern gebracht wurden, ist dies besonders zu begrüssen.

In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass sich in Lateinamerika die Politiker weniger darum kümmern,

was getan werden soll, sondern vielmehr darum, wem man den Verdienst zumisst, falls es ein Erfolg wird. So gibt es Parteien, die systematisch Opposition machen gegen Massnahmen, die sie während Jahren befürwortet haben - und zwar bloss deshalb, weil sie nicht der Regierung angehören.

Die Regierung Frei hat seit dem zweiten Wahlsieg vom 7. März nun aber den erstmaligen Vorteil, wirklich regieren zu können.

2. Als weiteren Pluspunkt kann sich die neue Regierung auf eine relativ junge und sich voll für ihre Ideen einsetzende Bewegung stützen.
3. Eine weitere Garantie für den Erfolg der Regierung Frei stellt vielleicht die Persönlichkeit ihres Chefs dar, der durchaus den Eindruck eines im besten Sinn idealistischen und von seiner Aufgabe erfüllten und zielbewussten Mannes macht. Es ist zu hoffen, dass er von seinem aus dem St. gallischen Toggenburg eingewanderten Vater einzelne schweizerische Qualitäten wie Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und eine gewisse Hartköpfigkeit ererbt hat!

Der Hauptmangel andererseits der neuen Regierung ist eine gewisse Unerfahrenheit ihrer Mitglieder und Beamten, die sich gelegentlich bis zur Naivität steigern kann. Man kann sich auch nicht des Eindrucks erwehren, dass der überwältigende Erfolg ihrer Partei an den beiden Wahlgängen eine erhebliche Hybris ausgelöst hat, die es den Verantwortlichen erschwert, namentlich die Rolle Chiles in der amerikanischen und in der Weltpolitik in den richtigen Proportionen zu sehen.

Auch ist ein doktrinärer Fanatismus der Parteileute zu erwähnen, die auf ihre unzähligen Pläne so stolz sind, als wären sie schon verwirklicht, und so die theoretische Planifizierung mit der harten Wirklichkeit verwechseln.

Die Regierung Frei hat keine leichte Aufgabe angetreten. Wenn es ihr nicht gelingt, sie zu lösen, werden wohl in ganz Lateinamerika die Chancen des Kommunismus gewaltig anwachsen; und umgekehrt: wenn ihrer Tätigkeit auch nur ein wesentlicher Teilerfolg beschieden ist, dürfte sich die christlich-demokratische Ideologie in der ganzen Region immer mehr behaupten und den marxistischen Einfluss in ganz Lateinamerika eindämmen.

Die Regierung Frei ist somit auf das Verständnis und auf die Hilfe der westlichen Nationen angewiesen. Es besteht kein Grund, warum wir sie ihr nicht sollten angedeihen lassen. Sie ist vielleicht dazu berufen, eine neue Entwicklung einzuleiten in diesem Gebiet, das Präsident Kennedy mehrmals als "the most critical area in the world" bezeichnet hat.

M. l'Ambassadeur Maurice: Dans mon bref exposé sur le problème de la solidarité arabe, j'aimerais tout d'abord traiter la question: la solidarité arabe est-elle une fiction ou une réalité? Il est difficile de donner une réponse catégorique.

En dépit de son caractère tendancieux, l'expression la "Nation Arabe" que le Président Nasser affectionne lorsqu'il parle des populations du Moyen-Orient et de l'Afrique du Nord, n'est pas dépourvue de tout fondement.

En effet, malgré leurs différences raciales, malgré des régionalismes, ces populations ont conservé entre elles ce lien puissant que constitue l'Islam. La religion joue donc comme facteur d'unification un rôle important, également dans la RAU.

En étudiant le problème de la solidarité arabe, il faut tenir compte, en outre, qu'à l'exception du Liban dont les habitants jouissent d'un niveau de vie relativement élevé, les autres pays membres de la Ligue ont en commun leur sous-développement. Or, à notre époque, cette sorte d'alignement dans la pauvreté constitue pour celui qui sait l'utiliser à des fins politiques, un levier efficace et le Président Nasser s'entend également là à exploiter ce qu'on pourrait appeler la solidarité dans la frustration et la misère. En plus, les peuples du Maghreb et du Moyen-Orient arabe qui ont tous subi à des degrés variables le joug colonial se trouvent unis dans leurs sentiments anti-impérialistes. Il est par conséquent permis d'admettre l'existence au niveau des masses d'aspirations communes et, par conséquent, les bases nécessaires à la réalisation d'une certaine forme d'unité.

Sur cet état d'esprit s'exercent des influences opposées suivant qu'elles émanent de régimes à tendances conservatrices ou au contraire progressistes, voire révolutionnaires. Cette évolution s'accentue, plus le temps passe, et les doctrines socialistes appliquées plus particulièrement en République Arabe Unie, en Syrie et en Algérie se distancent du conservatisme encore au pouvoir dans les monarchies séoudienne, jordanienne, lybienne et marocaine.

Cependant l'unanimité ne règne pas au sein du camp dit progressiste, comme le montre par exemple la rivalité entre le Nasserisme et le Baathisme. Le monde arabe étant constamment divisé sur le plan gouvernemental, peut-on dès lors parler d'une solidarité politique?

Bien qu'il existe une volonté de coopération surtout dans les travaux de la Ligue Arabe, cette coopération est périodiquement étouffée par des divergences. Toutefois, la solidarité politique s'est jusqu'à présent manifestée avec plus ou moins de ferveur, selon la position géographique de chacun des pays intéressés, dans leur lutte contre Israël. C'est la raison pour laquelle le Président Nasser, dans ses efforts pour s'assurer le leadership du monde arabe, a toujours joué au maximum la carte de l'antisémitisme.

Selon le Raïs, l'unité arabe ne peut se réaliser cependant que sous le signe de la révolution nasserienne qui est seule capable d'annihiler l'influence des puissances étrangères sur l'évolution future du monde arabe.

Comme observateur objectif il faut par contre tenir compte que si quelques pays arabes sont divisés entre eux, ce n'est pas seulement à cause de l'esprit d'intrigue ou de subversion qui anime plusieurs de leurs dirigeants. C'est aussi et peut-être surtout parce que certaines grandes puissances soucieuses de sauvegarder leurs positions économiques (je pense au pétrole) ou stratégiques (je pense aux bases militaires) ont un intérêt à entretenir ces divisions. Je pense donc qu'il existe un terrain favorable à une entente, une coopération et une solidarité politique durables mais que ces dernières ne sauraient se réaliser sans une refonte ou tout au moins un alignement des divers régimes actuellement au pouvoir.

Je serais porté à établir une comparaison entre le processus de l'intégration européenne et les tentatives en vue d'unifier le monde arabe et à aboutir, ce faisant, à la constatation que la nature des obstacles rencontrés n'est pas essentiellement différente. S'agissant des Arabes, les motifs profonds, de nature à favoriser l'unité, sont pour le moins aussi solides que ceux qui poussent les Européens à rechercher l'intégration. C'est ainsi par exemple que le lien constitué par l'Islam joue dans les relations inter-gouvernementales des pays arabes un rôle considérable. C'est sans doute grâce à lui, grâce à une forme de fraternité, que des conflits internes ont pu être évités ou limités. En disant cela, je pense en particulier à la manière dont il a pu être mis rapidement fin aux hostilités entre le Maroc et l'Algérie et aux relations malgré tout pacifiques qui ont pu être maintenues en dépit de l'état de tension alarmant dû à la guerre du Yémen entre l'Egypte et l'Arabie Séoudite.

Ce qui manque aux pays arabes pour que leur sentiment inné de la solidarité puisse triompher de leurs divergences et de leur instabilité, c'est un certain réalisme. Ce qui leur fait également défaut, c'est le sens constructif, car l'islamisme dont le monde arabe est encore tout imprégné et qui dicte à l'individu son comportement est une règle de vie qui ne pousse ni à l'action ni aux réalisations et peut-être moins encore à la continuité dans l'effort.

Nous autres Occidentaux, qui avons fait de l'efficacité une vertu capitale, nous ne sommes pas enclins à comprendre le caractère des Arabes et le rôle que l'illusion joue dans leurs esprits.

La conclusion de cette courte analyse sera que la solidarité arabe n'est pas une simple fiction qu'elle correspond à des aspirations réelles et très générales, mais qu'elle se heurte à tant d'obstacles qu'elle ne parvient pas à s'affirmer.

M. l'Ambassadeur Turrettini: J'aimerais ajouter à ce que vient de dire M. Stiner que l'avènement du président Frei et de son parti au Chili a suscité un grand espoir au Vénézuéla non seulement dans les milieux chrétiens-démocrates mais également parmi la jeunesse. Les chrétiens-démocrates exercent une grande influence dans mon pays de résidence. La jeunesse y représente en plus environ 70 % de la population. Le président du parti chrétien-démocrate est bien connu aussi en Europe et on espère qu'il gagnera lors des prochaines élections.

Frei a choisi une troisième voie, située entre le capitalisme et le marxisme-léninisme, qui peut éviter l'accroissement des partis extrémistes. Les causes de l'extrémisme sont, comme on sait, la misère, l'analphabétisme, l'inégalité de la distribution des richesses, le chômage etc. Frei veut résoudre ces problèmes sans toucher aux libertés essentielles de l'individu. Il est donc souhaitable non seulement pour l'Amérique latine mais aussi pour l'Europe que l'effort de Frei soit couronné de succès. Le danger du "castrisme", qui essaie de gagner sa cause avec persévérance, diminuerait alors.

M. l'Ambassadeur Humbert: J'aimerais brièvement rapporter ce que m'a dit une personnalité influente de l'Amérique centrale: D'après lui, l'Amérique centrale a besoin d'une doctrine pour résoudre ses problèmes. Le "castrisme" n'apporte pas de solution. Il y a le socialisme; cette doctrine n'est cependant pas connue dans ces pays où on l'associe au communisme; le conservatisme, c'est-à-dire le capitalisme est mort. Il reste donc la doctrine chrétienne-démocrate qui représente une synthèse entre le socialisme et le christianisme. A ceci j'ai moi-même cependant quelques réserves à faire. Il se peut bien sûr qu'un pays comme le Costa Rica soit propice à une expérience analogue à celle que se propose de faire le président Frei; je pense par contre que des pays plus arriérés ont encore besoin d'un régime fort.

M. l'Ambassadeur Keller: La thèse que l'Islam est élément fédérateur de la solidarité devrait à mon avis céder le pas à celle qui voit plutôt dans la langue arabe l'élément décisif. L'Empire ottoman en son temps a réuni le monde arabe actuel (sauf le Maroc) et a fait l'unité arabe. Déjà en 1884 Abdul Hamid a tenté de créer un mouvement panarabiste qui, toutefois, était voué à l'échec quand éclatait, lors de la première guerre mondiale, la révolte des Arabes du désert contre le Sultan qui était en même temps le chef religieux des Musulmans. Par la suite une partie du monde arabe n'a fait que changer de chef en tombant sous l'influence britannique et française.

Le même phénomène d'antagonisme entre Musulmans peut être constaté aujourd'hui dans l'affaire chypriote où des chefs arabes soutiennent Makarios contre un autre état musulman.

Finalément il ne faut pas oublier que la plupart des peuples islamiques ne sont pas des Arabes. On devrait donc chercher plutôt dans la langue et le passé commun que dans la religion un des éléments les plus puissants de la solidarité arabe.

Botschafter Ganz: Herr Bundesrat, Sie haben gestern im Zusammenhang mit der Diskussion über die Geltung der Schweiz in der Welt die Möglichkeit erwähnt, fremde Staatsoberhäupter offiziell einzuladen.

Meines Erachtens könnte die Schweiz zu einer solchen Haltung übergehen. Beim Besuch von Präsident Frei in Europa erfolgte aber eine solche Einladung nicht; ich möchte daher fragen, aus welchen Gründen diese Gelegenheit nicht benutzt worden ist.

Botschafter Stiner: Ich habe schon einige Zeit vor dem Besuch von Präsident Frei in Europa vorgeschlagen, eine Geste zu machen und erhielt den Bescheid, dass der Bundesrat in Anbetracht der bestehenden Praxis ihn nicht ausdrücklich einladen könne, er aber willkommen sei, wenn er die Schweiz in sein Besuchsprogramm einschliesse. Ich habe daraufhin den zuständigen Unterstaatssekretär orientiert und darauf hingewiesen, dass eine allfällige chilenische Gegeneinladung wegen unserer bekannten Praxis nicht angenommen werden könnte. Sowohl der Unterstaatssekretär wie auch später der Protokollchef haben im Namen des Präsidenten für diese Einladung gedankt, die leider angesichts des bereits festgelegten Programmes nicht angenommen werden könne, wobei aber nicht ausgeschlossen sei, dass Präsident Frei ihr in ein bis zwei Jahren Folge leisten wird. Auf jeden Fall wurde mit dieser Einladung eine Geste gemacht. Es haben noch vierzehn andere Staaten Präsident Frei zu einem Besuch eingeladen. Meines Erachtens könnte die heutige Praxis geändert werden.

M. l'Ambassadeur Soldati: Quand le Président Frei était à Paris, j'ai été informé que la Belgique et les Pays-Bas l'avaient également invité, mais qu'il ne pouvait accepter ces invitations puisque son périple ne pouvait dépasser six semaines vu les tâches qui l'attendaient à son retour.

M. l'Ambassadeur Zutter: Lors de son passage à Rome, j'ai eu l'occasion de rencontrer le Président Frei qui regrettait vivement de ne pouvoir venir en Suisse.

Bundesrat Wahlen: Bisher befolgten wir eine zurückhaltende Praxis und haben ausländische Staatsoberhäupter nur auf "indirekte" Weise eingeladen, wie dies z.B. beim kommenden Staatsbesuch des dänischen Königs der Fall gewesen ist.

Die Frage des Gegenbesuchs hängt mit dem Problem der Entlastung des Bundesrates zusammen. Es wird schwierig sein, bei unserem Regierungssystem für Staatsbesuche im Ausland noch Zeit zu finden.

Botschafter König: Ich möchte fragen, ob die Initiative zu einer solchen indirekten Einladung ausschliesslich von Bern auszugehen hat, oder ob der Bundesrat von einem Botschafter erwartet, dass er bei einem Gespräch mit dem Staatsoberhaupt seines Residenzlandes spontan eine Anregung in diesem Sinne macht.

Bundesrat Wahlen: Es ist besser, wenn ein Missionschef zuerst mit der Zentrale Fühlung nimmt, weil ihm das Besuchsprogramm des Departementes nicht bekannt ist.

M. l'Ambassadeur de Stoutz: Le gouvernement d'Israël est préoccupé par le problème de la solidarité arabe, malgré ses déboires actuels. On s'attend que cette solidarité ne restera pas une fiction mais se réalisera un jour et présentera une menace directe. Lorsque les menaces s'estompent, les querelles intestines en Israël reprennent comme c'est actuellement le cas du fait que la solidarité arabe a été mise en question par les interventions de Bourguiba. Tout de même, Israël se prépare à faire face aux effets d'une solidarité réelle, surtout maintenant où l'affaire du Yémen, cause d'une dispute sérieuse, est éliminée.

Sans prétendre que l'Islam soit un levier de premier ordre pour arriver à la solidarité, j'y vois un moyen très puissant qui contribuera à cette union. Si elle se précise entre Arabes, on verra une cristallisation des forces en Israël.

M. l'Ambassadeur Pahud: En 1946, j'ai assisté à la création de la Ligue Arabe par la Grande-Bretagne. J'avais l'impression que celle-ci donnait aux Arabes un jouet politique, en sachant qu'ils ne pourraient pas s'en servir. La Grande-Bretagne avait vu juste, car ce n'est pas la Ligue Arabe qui les a forcés à quitter l'Egypte. Il ne faut pas oublier que la méfiance est un trait fondamental dans le caractère des Arabes.

Ils refusent de se soumettre au leadership d'un autre Arabe; Nasser a donc échoué, parce qu'il aspirait à ce leadership. Je ne crois pas à une solidarité arabe qui présenterait un lien réel.

Bundesrat Wahlen: Nous pouvons passer au thème de la présence de la Suisse à l'étranger.

M. l'Ambassadeur de Fischer: Vous avez parlé de la diminution de notre prestige en Grande-Bretagne. Il y a différentes raisons dont je vous énumère quelques-unes. D'abord, les 2/3 des missions étrangères à Londres proviennent des pays sous-développés et font beaucoup de propagande. En plus, la préférence des Anglais va vers les pays nouveaux du Commonwealth. Les petits pays européens qui ont combattu avec les Anglais pendant la deuxième guerre mondiale peuvent toujours jouir de certains liens d'affection qu'ils soignent sur le plan de la propagande culturelle.

Dans l'imagerie que les Anglais se font de la Suisse, j'ai pu constater qu'il y a eu quelques changements depuis un certain temps. Je ne cite que cet exemple: il est devenu courant de parler de l'influence nocive des "gnomes de Zurich" quand il s'agit d'analyser, même dans des journaux sérieux, la situation de la livre sterling. La Suisse est toujours bien vue chez les Tories, surtout dans les milieux passionnés par l'alpinisme. La jeune génération par contre, moins romantique, trouve une autre image de la Suisse dans la littérature moderne, par exemple dans la pièce de Shaw, "Arms and Men", et dans un des livres de Jan Fleming.

Les Labouristes n'ont pas de relations très profondes avec la Suisse. Quelques dirigeants du parti croient que nos formules ne s'adaptent pas à la situation en Grande-Bretagne. Beaucoup d'entre eux se font d'ailleurs une image qui ne répond pas à la réalité; ils ne sont pas prêts à s'en rendre compte quand on leur explique les différences.

Quels sont les remèdes pour corriger cet état de choses? A mon avis, il faudrait doter l'ambassade d'un conseiller culturel qui serait en relation continuelle avec la presse, les auteurs, les universités et les autres milieux exerçant une grande influence sur les masses et les jeunes. Ensuite, il faudrait créer un "Swiss Cultural Center" et lui donner les moyens ainsi qu'un organe. Je vous prie, Monsieur le Conseiller fédéral, de vouloir bien exercer votre influence pour que les crédits nécessaires puissent être préparés le plus vite possible.

M. le Conseiller fédéral Wahlen: Il faut d'abord connaître les bases avant qu'on puisse demander des crédits.

M. l'Ambassadeur Naville: Je me suis demandé si tous les efforts faits jusqu'à présent n'étaient pas plutôt dirigés vers les pays industrialisés et voisins de la Suisse que vers les pays neufs, où, pour beaucoup de jeunes gens, la Suisse est mal connue. Je pense que les ambassades pourraient faire beaucoup de choses, soit par la distribution de films, ce moyen le plus perceptible pour la grande foule. Il faut équiper les missions et les postes avec des projecteurs et simplifier le procédé de la distribution de films. Là où la population ne dispose pas de récepteurs d'ondes courtes, il faut faire émettre des programmes suisses sur le réseau local. J'ai maintes fois constaté, là où j'étais en poste, que les bibliothèques ne sont pas bien dotées de livres suisses modernes. On devrait essayer de combler cette lacune et veiller à ce que nos livres, destinés à l'étranger, soient également traduits en langues espagnole et portugaise.

M. l'Ambassadeur de Rham: J'ai constaté au Japon une sympathie touchante pour notre pays; mais s'il s'agit du prestige de la Suisse, il est exact qu'il a légèrement été atteint. Il y a toutes sortes de raisons parce qu'on se fait en général une image si élevée

et si utopique de notre pays qu'on est déçu si elle ne correspond pas à la vérité, par exemple quand les Japonais voient que nous devons résoudre des problèmes de minorités ou faire des efforts pour maintenir notre stabilité économique. L'autocritique que nous faisons est un exercice sain et le meilleur moyen de regagner l'estime. Je comprends les difficultés concernant les visites de chefs d'Etat, mais il me semble qu'on pourrait les tourner en organisant d'autres visites à un niveau plus bas, par exemple par des délégations commerciales, techniques et culturelles. Il est grand temps de faire quelque chose pour affirmer notre présence; s'il n'y en a pas, nous ne pourrions pas nous plaindre. Un autre moyen consisterait à distribuer plus de films. A Tokio, les autres pays font de grands efforts dans le domaine musical. Pourquoi n'enverrait-on pas une fois l'Orchestre de la Suisse Romande au Japon, où il est fort connu par les disques? Je me réjouis de la nouvelle que la Fondation Pro Helvetia sera bientôt dotée de moyens plus grands.

Bundesrat Wahlen: Ich danke allen Teilnehmern an der Diskussion. Die Selbstkritik ist im Gange, was als Anfang zur Besserung zu betrachten ist. Wir werden Ihre Anregungen prüfen und dann den Missionen zur Stellungnahme unterbreiten. Ich bitte diejenigen, die sich nicht mündlich geäußert haben, ihre Vorschläge schriftlich einzureichen. Wir werden die ganze Frage gründlich behandeln.

M. l'Ambassadeur de Fischer: Monsieur le Conseiller fédéral, je voudrais, au nom de mes collègues, vous remercier de nous avoir invités à ce "cours de répétition des ambassadeurs". Il était très utile de prendre contact et de suivre les exposés sur des questions nationales et internationales. Nous pouvons rentrer après avoir fait le point de la situation, ce qui facilitera nos tâches. Nous mettrons tout en oeuvre pour réaffermir la présence de la Suisse dans les pays où nous sommes accrédités. En plus, j'aimerais remercier tous vos collaborateurs pour l'organisation de cette conférence.

Bundesrat Wahlen: Ich danke Herrn Botschafter von Fischer für seine freundlichen Worte sowie meinen Mitarbeitern für die Organisation dieser Konferenz. Ich bedaure, dass der vorgesehene Ausflug abgesagt werden musste, doch wird sich heute abend und morgen die Gelegenheit ergeben, mit den Mitgliedern des Bundesrates in zwangloser Weise über die behandelten Probleme zu sprechen. Damit schliesse ich die heutige Sitzung, wobei ich noch bekanntgeben möchte, dass die unter Ihnen soeben durchgeführte Kollekte für die Familien der Mattmark-Opfer Fr. 893.- ergeben hat.